

Er scheint täglich außer Montags. Abonnementspreis primum: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 3.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Einzelnummern in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 277.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgezahlte Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondent: Kant 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 15. Oktober 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Auerbach i. B., Ueberschuss der Mai-Festzeitung 12.—
- Altenburg, Wahlkr. 100.—, Berlin, 4. Wahlkr. (Ost) 1000.—
- (darunter Zeitungspedition Juni, Juli 359,40, Cese- und Diskontoklub Nordosten, Ueberschuss bei der Auflösung 12,40,
- Amerikanische Auktion von zwei Tauben bei D. Franke 9.—
- durch Candale 10.—, Wolter'sche Werkstelle, Büschingstr. 7 6.—
- 9 Zischler von Bölling u. Dirsch, Große Frankfurterstraße 20.—
- Berlin div. Beiträge: Dr. S. H. 20.—, Grub einer verstorb. Genossin 53,70, Wertstatt Malchin 9,10, S. und S. B. 5.—, Marten's Frauenversamm. d. Schröder 2.—, Eächf. Genosse in Noabit Juli-Sept. 30.—, Nothe Buchbind. Grünstr. 5.—, Nothe Hochzeit Wörligerstraße 5.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderei von Bading 10.—, Vierprozentige Pianofabrik Eisenbahnstraße durch S. 3.—, Mitgl. d. U.-Tr. 8. Rate 5.—, Friedrich Engels' 5.—, Gutenberg 100.—, J. Pah 2.—, S. C. B. 20.—, Mitteldeutsche Arb.-Radfahrer in Dessau 13. Sept. 6.—, A. G. G., Brunnenstraße 7,20, Sparpfeinige der Löwe'schen Gärler 5,20, Bruch i. W., einige treue Genossen, die am 1. Mai arbeiten mußten 6.—, Burgsteinfurt, gef. auf einer silbernen Hochzeit und auf der Ballaafestier 7,10, Vornburg, 6. und letzte Rate, Müd.-zahlung 50.—, Gotta, 6. sächsischer Wahlkreis 200.—, Cottbus, S. 10.—, Cöpenick, Ueberschuss vom Vergnügen der Zimmerer 5.—, Cassel, die wilden Mauerer 100.—, Dresden, selbst aufgelöster Verein der Kall- und Ziegelträger 100.—, Dabringhausen, d. d. Vertrauensm. 7.—, Döbeln, Romanus II 18,50, Falkenberg (Oberfchl.) 2.—, Flensburg 30.—, Frankfurt a. M. 900.—, Freiburg i. B. 15.—, Gästrow, von Genossen 50.—, Gera (Neuf) 500.—, Grabow i. M. v. Genossen 20.—, Greiz, Genossen v. Gr. und Ung. 100.—, Goldlauter 10.—, Hamburg, Sudler-Uebersch. M. u. G. B. Hochallee 20.—, Hamburg 2. Wahlkr. C. N. 10.—, Hamburg, Neubau Johannishof 13,70, Hamburg, v. d. roten Garde durch S. H. 2. R. 80.—, Hamburg, Getränk-Uebersch. Bau Sachsenstraße d. Markmann 29,95, Hennigsdorf, amerik. Auktion 3,62, Hannover 1000.—, Hamburg, weniger Egoismus 20.—, Hamburg N. R. 50.—, Luckenwalde, rote Kindtaufe 1,50, Langensalza, v. d. Genossen 80.—, Lägerdorf 30.—, Luxemburg 2. 200.—, Lüneburg 15.—, München, Baldläufer 5.—, Metane, von roten Turnern 235, Nürnberg 400.—, Nieder-Schönweide, Auktion eines Schirmes, d. Zischler Schulz 3.—, Neißhtan, auf Veranlassung des „Vogel. Anz.“ 50.—, Nordhausen durch den Vertrauensmann 10.—, Neuenburg bei Soldin 5,20, Reichenbach i. B., alte Garde, 3. Quartal 60.—, Rottschau, von einer Kindtaufe 8,30, Schwabach, von Genossen 25.—, Schwerin a. W., auf Pfisten gesamt, 2,90, Stettin, v. Genossen 250.—, Solingen, durch den Kreis-Vertrauensmann 100.—, Striegau 31,70 (dar. Bierübersch. Königszelt 1,70), Hamburg-Gimsbüttel, den 7. Oktober 1896.

Rehrens!

Noch wenige Stunden und das Wunderwerk im Treptower Park schließt seine Pforten. Es war allmählig stiller und stiller geworden in der letzten Zeit von der „Glanzleistung“ des deutschen, des Berliner Bürgerthums, eine Lobesposaune nach der anderen verstummte, der schrillste Jubelsagott stellte seine Bemühungen ein, und was heute und morgen aus den bürgerlichen Blättern herauskönen wird, mag klingen wie dumpfer Trommelton hinter einem Todten.

Die Berliner Gewerbe-Ausstellung vom Jahre 1896 hat nicht gehalten, was sich überschäumender Lokalpatriotismus, preussisch-deutscher Chauvinismus und das Kapital selbst von ihr versprochen. Am grünen Strand der Spree wollte man der „Arbeit“ ein Fest geben, ein halbes Jahr lang, und alles bisher Dagewesene sollte es in Schatten stellen; wie im Schutz des Militarismus, Gewerbe und Künste blühen, wollte man beweisen. Und wenn alles gut ging, einen Schnitt noch machen, daß die Taschen sich bauschten. Mit dem Schnitt war es aber leider nicht. Es sind keine glücklichen Gesichter, die die Garantiefonds-Zeichner zur Schau tragen, seit es ihnen klar geworden, daß sie eine Million werden bleichen müssen. Die Sache braucht man übrigens nicht zu tragisch zu nehmen. Die Herren haben es, haben es von ihrer Arbeiter Gnaden, und können bezahlen. Aber auch mit dem „Fest der Arbeit“ war es nicht, die Arbeit selbst war am allerwenigsten unter den Bäumen in Treptow zu sehen. Und die Fremden aus dem Ausland? Wie viele kamen denn zur Ausstellung? Wenn ein Verein von 200 Mitgliedern sich zeigte, entstand schon ein Getöse, als sollte eine ganze Völkerverwanderung empfangen werden. Die Stimme der Wahrheit aber hat man damit doch nicht überstimmen können, und die Fremden waren es in vielen Fällen selbst, die schwarz auf weiß darlegten, was sie von den Berliner Veranstaltungen hielten. Die Berliner Gewerbe-Ausstellung war eine Schöpfung des Kapitalismus. Und danach ist sie gerathen und danach mußte sie gerathen. Es ist dem Kapitalismus unmöglich, irgend Etwas anders als unter dem Gesichtswinkel des Verdienens, des Profits, zu betrachten. Und so war „das

Verdienen“ sofort das Haupt- und Leitwort, als der erste Gedanke an eine Ausstellung auftauchte. Was verdienen? Möglichst viel! Das konnte am besten geschehen, wenn die Ausstellung möglichst groß war. Also eine Weltausstellung! Da bewies der Rechenstift, daß die Zeit zu kurz, die vorhandenen Kräfte zu gering, das Risiko zu hoch war. So wollte man sich denn mit einer nationalen Ausstellung zufriedengeben. Aber auch da konnte es noch gefährlich schief gehen, und so begnügte man sich denn schließlich mit einer Berliner Gewerbe-Ausstellung. Wenn man nur den Lokalpatriotismus kräftig ausschürte, konnte auch da etwas abfallen. Wie viel die Profitgier zum Zustandekommen der Ausstellung beitrug, beweist schlagend der sofort losbrechende Streit über den Ausstellungsort. „Die Wihleben!“ und „Die Treptow!“ schrie man, und heroorgelehrt und vorgegeben hat man alles mögliche, sogar die „armen Arbeiter“, die doch nicht so weit laufen könnten. In Wirklichkeit handelte es sich um nichts weiter, als um einen Interessengegensatz zwischen den Grundstückspekulanten des Westens und den Hausbesitzern des Ostens. Die Hausbesitzer liebten Sieger, die Ausstellung kam nach Treptow. Mit welchem Gewinn-Hoffnungen man sich im Osten trug, zeigt am besten die Thatsache, daß Gastwirthe die Arbeitervereine an die Luft setzten, um mehr Raum für die Fremden-Schaar zu haben.

Die Ausstellungsarbeiten werden vergeben. Sofort zeigt sich der Raubthier-Charakter des Kapitalismus im hellsten Lichte. Die Submissionen schwanken ungeheuer. Nur der Mindestfordernde kann hoffen, seinen Auftrag zu erhalten und damit einen Gewinn zu machen. Aber nur dann, wenn die Arbeiter gedrückt und gezwungen werden. So entstehen die schlechten und unzureichenden Sicherheitsvorrichtungen. Wie viel Blut und Thränen fließen an den Balkenimmerungen und Rahmständern der Treptower Ausstellungsbauten! Der Unternehmer will und muß so billig bauen. Er sucht die Arbeitskraft, wenn sie am billigsten ist. So schreiten die Bauten nur ganz langsam fort, ein Stillstand nach dem andern tritt ein, am 1. Mai ist die Berliner Ausstellung trotz aller Pöhlerei so unsertig, wie nur eine ihrer Vorgängerinnen am Eröffnungstage es gewesen. Und welche Wuth bricht los, als in der letzten Zeit die Arbeiter es wagen, ihre Waare Arbeitskraft etwas höher anzusetzen? Ja, das war Hochverrath, Hochverrath an Sr. Majestät dem Kapitalismus.

Unterdessen hatte der Charakter der Berliner Ausstellung seine letzte Prägung erhalten. Noch redete man tagaus tagein von dem ungeheuren Bildungswert der Ausstellung, alles, was Herz und Gemüth, Verstand und Hand veredele und weiter bringe, könnte man da draussehen. Wenn man nun hinausging und sich die Bescheerung besah, was bekam man zu Gesichte? Eine Ausstellung allerdings. Und es kann nicht geleugnet werden, auch der Mann der Arbeit konnte in ihr manches sehen, das ihn erfreute, bei dessen Anblick er die Sorgen und Mühen des Alltags vergaß. Aber diese Ausstellung war mit ein Anhängsel, sie wurde völlig erdrückt von den blanken Vergnügungsstätten, die sie durchsetzten und umdrängten. Daß dem so geworden, liegt in der Sache selbst.

Die Leute, die den Sommer über in Treptow wirthschafteten, kann man in drei Gruppen einteilen. Da sind vorerst die Macher „vons Ganze“. Unter ihnen waren die Geschäftigsten gar oft Herren, denen die Ausstellung nichts war, wie ein Sport. Ob sie heute einen Blumenorso mitmachen oder morgen einem Leichenbegängniß beiwohnen, ist ihnen gleich. Gesehen wollen sie werden und bewundert, und einen Ton wollen sie mitreden. Die Spezies ist wohl voll auf ihre Kosten gekommen. Sie kamen während der ganzen Ausstellung aus dem Festessen und Toasten garnicht heraus, und nach Schluß der Vorstellung wird es wohl auch an einer äußerlichen Ehreung nicht fehlen. Die eigentlichen Aussteller wollten Geschäfte machen. Entweder gleich in der Ausstellung selbst oder später, und so hatten sie Waaren- oder Musterlager gesandt. Ihre Geschäftspesen, Pflanz- und Miethe u. s. w. verringerten sich, wenn es gelang, recht viel andere herbeizuziehen, die mit zahlten. Das konnte am besten bei denen geschehen, die an den Ausstellungsbesuchern verdienen wollten, ohne selbst auszustellen. So wuchs die Zahl der Vergnügungsstätten bis ins grauenhafte. Nun erschrecken doch einige, und so kam die Ansrede, in Berlin seien Unternehmen wie eine Ausstellung ohne etwas Klimbim eben nicht möglich.

Jedem Aussteller ist ein zahlungsfähiger Besucher natürlich lieber als ein armer Teufel. Wie oft werden in den Straßen Kinder verschleucht, die die Herren und Damen nur recht genau sich die Herlichkeiten des Schaufensters betrachten können. Sollte aus dieser Erwägung heraus nicht die hohe Eintrittsgebühr entstanden sein? Was kannst du armer Teufel mir denn bieten? Und auch das Sich-Besserdünken mag eine Rolle gespielt

haben. Die „Elite-Tage“ gaben ja den Fingerzeig, und eine Ausstellungsleitung, die eine „Sportwoche“ einrichtet, ist in dieser Beziehung zu allem fähig. Als dann die ersten Besitzthatten sich zeigten, da wollte man den so oft bewiesenen Dünkel nicht wahrhaben. Man schrie, an dem ganzen Unglück seien nur die Arbeiter schuld, die aus reiner Bosheit nicht in die Ausstellung gekommen wären.

Die Berliner Gewerbe-Ausstellung ist vorüber. Sie war eine Schöpfung des Kapitalismus zu kapitalistischen Zwecken. Wenn sie nicht die Früchte brachte, die die Unternehmer erwarteten, so haben das diese ihrer allzu großen Raffgier zu verdanken und der Leitung, die sie sich selber gegeben. Die Berliner Ausstellung war in der Hauptsache eine Ausstellung wie jede andere.

Aber der eine macht sein Geschäft auf feinere, der andere auf gröbere Weise. In Berlin glaubte man mit dem üblichen Kommandoton auszukommen. Man hat sich getäuscht. Noch tanzt nicht alle Welt nach der Querspeise. So sieht man statt im Fettaufschäumen im Eßigsaß. Der Berliner Arbeiter hat die Ausstellung ruhig kommen und ruhig gehen gesehen. Ihn kann kein Rehrens schrecken. Gätte er etwas davon gehabt, wenn die Herren, die jetzt Jeremiaelieder aufstimmen, ihre Taschen gestopft hätten?

Rehrens, Rehrens!

Politische Uebersicht.

Berlin, 14. Oktober.

Der Bund der Landwirthe und das Vereinsgesetz. Vor einigen Tagen bereicherten bürgerliche Blätter, daß die auf Veranlassung Bebel's eingeleitete Untersuchung gegen den Bund der Landwirthe wegen Uebertretung des § 8b des preussischen Vereinsgesetzes, der das Verbot des Inverbindungtretens politischer Vereine enthält, resultatlos verlaufen sei. Wir nahmen von dieser augenscheinlich seitens des Bundes der Landwirthe inspirirten Mittheilung keine Notiz, weil dem Abg. Bebel seitens der Staatsanwaltschaft bisher keine Mittheilung über den Ausgang der Untersuchung zugegangen war. Wir recht wir hatten, dieser Zeitungsnotiz gegenüber vorfichtig zu sein, geht aus der folgenden Mittheilung der „Dresdener Ztg.“ hervor:

Ein interessantes Schriftstück kommt uns auf den Tisch geflogen, das sehr lehrreich ist für die Frage, ob die Organisation des Bundes der Landwirthe gegen das Vereinsgesetz verstößt oder nicht. Das Schriftstück lautet:

Bund der Landwirthe. Berlin SW. Dossauer Straße Nr. 7. Berlin, den 9. Oktober 1896.

Streng vertraulich!
An

die Herren Vorsitzenden der Provinzial-, resp. Landes-Abtheilungen der Wahlkreise, Bezirks- und Hauptgruppen.

Sehr geehrter Herr!
Es wird Ihnen durch die Zeitungen schon die Nachricht zugegangen sein, daß der Führer der sozialdemokratischen Partei, Bebel, eine Anzeige gegen den Bund der Landwirthe eingereicht hat, weil seine Organisation gegen das preussische Vereinsgesetz verstöße.

Sie werden sich erinnern, daß von der Zentralkommission aus stets das größte Gewicht darauf gelegt worden ist, daß die Provinzial- und Landesabtheilungen bezw. Hauptgruppen es vermeiden müßten, irgendwie ein selbständiges Vereinsleben zu entfalten. Wir bringen insbesondere unser Rundschreiben vom 16. April 1896 in dieser Beziehung in Erinnerung. Wir bitten Sie deshalb wiederholt, die größte Sorgfalt nach dieser Richtung hin walten zu lassen, und bei allen Aeußerungen, die Sie in der Öffentlichkeit veranlassen, zu betonen, daß unser Verein ein einheitlicher Verein ist, der seinen Sitz in Berlin hat, und der selbständige Zweigvereine nicht bilden darf.

Wir empfehlen deshalb ganz besonders, bei den in jetziger Zeit einzuberufenden Versammlungen die Form beobachten zu wollen, daß Sie die Bekanntmachungen wie folgt ablassen:

Der Bund der Landwirthe zu Berlin hält am in eine Bundesversammlung ab. (Unterzeichnet):

Der Vorstand des Bundes der Landwirthe zu Berlin, In Vertretung:

(Der Name des Einberufers.)
Wir betonen, daß diese Fassung in etwas von dem früheren, Ihnen gemachten Vorschlage abweicht, daß wir aber diese für die korrektere und deshalb empfehlenswertere erachten. Insbesondere ist es auch nöthig, daß bei der Klassenverwaltung die strengste Zentralisation beobachtet wird in der Weise, daß die vereinnahmten Gelder sofort an die Ihnen bekannte Adresse in Berlin abzusenden sind. Wir versehen nicht, Ihnen mitzutheilen, daß die königliche Staatsanwaltschaft, wie dies ihre Pflicht ist, Vernehmungen nach dieser Richtung hin bei dem Bundesvorstande bereits ver-

anfaßt hat, und daß es deshalb geboten ist, die Frage mit größtem Ernste zu behandeln.

Wir begrüßen Sie mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung ergebenst

Der engere Vorstand:

Der II. Vorsitzende: Der Direktor:

Dr. Noefke. J. W. Plaskuda.

Damit ist unzweifelhaft von der Bundesleitung das Jugeständnis gemacht, daß der Bund der Landwirthe bisher, also auch zur Zeit, als die Untersuchung und die Verhandlung gegen Auer und Genossen geführt wurde, den § 8b des preussischen Vereinsgesetzes übertraten hat. Wenigstens würde hier und da ein Staatsanwalt aus einem derartigen Geheimzirkular der sozialdemokratischen Parteileitung den Verweis hierfür für vollkommen erbracht erachten.

Wir haben freilich alle Ursache in diesem Falle annehmen zu müssen, daß dem Bunde der Landwirthe kein Härchen gekrümmt werden wird. Denn wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Der historische Genauigkeit wegen wollen wir aber nicht unterlassen, daran zu erinnern, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft im Prozesse Auer und Genossen erklärt hat, den berühmten Rechtsgrundsatz seines vorgelegten Ministers nicht als für ihn maßgebend zu betrachten. Die Frage ist nur, ob der Staatsanwalt, der voller Eifer im Prozesse Auer und Genossen für die Verurteilung der Angeklagten eingetreten ist, auch die ehrenvolle Mission erhält, für die Übertretungen des § 8b des preussischen Vereinsgesetzes durch den Bund der Landwirthe die entsprechende Strafe zu beantragen.

Wir wollen demnächst wieder aufragen, wie sich die Sache weiter entwickelt hat.

Die Verbindungen unseres Junkertums werden von Zeit zu Zeit den Reaktionen von Seiten unserer Freisinnigen vor Augen gehalten und sie mögen wohl daran thun, mit diesen Vorhaltungen ihren Uebermuth etwas zu dämpfen. Aber sie sollten sich zugleich die Frage vorlegen, wie war es möglich, daß dieses Junkertum wieder so hoch kommen konnte, daß es sich die Führerschaft im Lande, die Vertretung des Bauernstandes und das Privileg auf Patriotismus und Religion anmaßen durfte. Dann sollten die Liberalen an ihre Brust schlagen und rufen: Nostra culpa, nostra maxima culpa! Unsere Schwäche, die Schwäche und Feigheit der Bourgeoisie veranlaßte die Fahnensucht von den früheren Idealen des Liberalismus; die Furcht vor dem Volke, vor den Arbeitern ließ die Bourgeoisie vor Militarismus und Bureaucratie in den Staub kriechen und sich zum Piedestal derselben machen. Der Sedantummel brachte die Junker von Jena zu Ehren.

Einen deutschen Sieg stellt ein Antisemitenblatt als das Ergebnis der Zarenreise nach Frankreich hin. In der Jarin habe man eine deutsche Frau gefeiert und während Paris (N) ihr jubelte, habe es der deutschen Weiblichkeit eine Huldigung dargebracht. Die deutsche Weiblichkeit mag sich bei dem vormaligen Abward-Organ bedanken, das deutsche Weiblichkeit darin erblickt, daß ein Weib um den Preis einer Krone — oft thut es auch ein geringerer Preis — Vaterland und Religion fortwirft oder wechselt und nun komödiantisch (holder Anmuth der deutschen Jarin heißt es im Antisemiten-Deutsch) sich als Deutschseindin aufspielt. O über das „edle deutsche Weib!“

Der Jar ist auf der Heimreise, der Dynamitarschwundel ist zu Ende. Nach einer Mittheilung des Reichsstandes Lyman's ist, wie aus Paris gemeldet wird, die Auslieferung desselben endgiltig verweigert worden. Lyman werde sofort in Freiheit gesetzt werden und alsbald nach New-York abreisen. Wie der „Matin“ meldet, hat sich der Justizminister Darlan im Ministerrath gegen die Auslieferung Lyman's ausgesprochen. Ein endgiltiger Beschluß werde jedoch erst noch gefaßt.

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung beschloffen, der Resolution des Reichstages wegen Einführung eines wirksamen Schutzolls auf Quebrachholz keine Folge zu geben. Der Vorlage betreffend die Zollfreie Ablassung von Naphtalin-Motoren bei der Verwendung zum Schiffbau wurde die Zustimmung erteilt.

Die Aussichten der Innungsvorlage im Bundesrath beschäftigen lebhaft die bürgerliche Presse. Der thatsächliche Stand der Angelegenheit scheint zu sein, daß die bayerische und badische Regierung, auf deren Ablehnung der Vorlage bestimmt gerechnet wird, bisher zu ihr noch keine Stellung genommen haben. Doch dürfte an der Ablehnung der Vorlage durch die badische Regierung nach einer Erklärung im Landesverband der badischen Gewerbevereine kaum mehr zu zweifeln sein.

Wie die bayerisch-österreichische „Allgem. Ztg.“ feststellt, haben mit Ausnahme des preussischen die Bundesraths-Bevollmächtigten bisher keine Instruktionen über die Stellungnahme ihrer Regierungen zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Zwangsorganisation des Handwerks. Die Erhebungen in den Einzelstaaten dauern fort. Am 20. d. M. tritt in Weimar der deutsche Gewerbetagtag zusammen, auf dem außer Preußen, Mecklenburg und Oldenburg alle Einzelstaaten vertreten sind. Die Vertreter der Hanfsstädte und des Königreichs Sachsen werden nach Angabe des Münchener Blattes für die Zwangsorganisation sein. Andere Mittheilungen lauten aber dahin, daß von den Hanfsstädten gegen die Zwangsorganisation Einspruch zu erwarten sei.

Vom Kolonial-Kayser. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin zuverlässig erfährt, hat der Kolonialdirektor Dr. Kayser sein Abschiedsgesuch eingereicht. Das Blatt glaubt zu wissen, die Ernennung Dr. Kayser's zu einem anderen hohen Amte im Reichsdienst sei in Aussicht genommen.

Von den Gegnern eines Reichsgesetzes zum Schutze der Bauhandwerker wird darauf hingewiesen, daß ein solches nicht notwendig sei, weil nach § 648 des Bürgerlichen Gesetzbuches in wenigen Jahren jeder Unternehmer verlangen kann, daß ihm eine Sicherheitshypothek eingeräumt wird. Daß diese jedoch selbst in den Kreisen der Reichsregierung nicht als ausreichend angesehen wird, ergibt sich schon daraus, daß vor einiger Zeit das Reichamt des Innern die verbandelten Regierungen um ein Gutachten über die Bekämpfung des Bauhandwerkerschwundels ersucht hat. Dabei hat sich ergeben, daß nach den Erhebungen des bayerischen Ministeriums des Innern die Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches als in jeder Weise unzureichend bezeichnet wird, denn thatsächlich besteht diese Bestimmung in Bayern schon seit Jahr und Tag, ohne gründlich zu helfen. Die bayerischen Vorschläge, die daher eine um so größere Beachtung verdienen, gehen nun dahin, daß vor allem die kaufmännische Buchführung für alle Bauunternehmer obligatorisch gemacht wird, daß Unternehmern, die schon einmal Konkurs gemacht haben, die Erlaubnis zu bauen entzogen wird, daß die Sicherstellung der Bauhandwerker durch Kautionshinterlegung geschehe und schließlich, daß für Eintragung fiktiver Hypotheken schon Strafen vorgesehen werden. Wie wir weiter hören, ist dagegen in Bayern der Vorschlag der Einführung des Befähigungsnachweises, dem man für das Bauhandwerk in Preußen stark das Wort redet, auf den lebhaftesten Widerstand auch in Handwerkerkreisen gestossen.

Eugen Richter hat wieder eine neue Broschüre gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht, die in der bei ihm gewohnten marktschreierischen Weise im redaktionellen Theile der „Freisinnigen Ztg.“ angepriesen wird. Wir wünschen nur, daß die Broschüre „Gegen die Sozialdemokratie“ dieselben Erfolge für uns und für die freisinnige Volkspartei zeitigt, wie die Freisinnigen und der Zukunftsstaat vom „unentwegten“ Eugen. Dann haben im Jahre 1904 die Sozialdemokraten 120 Sitze und die freisinnige Volkspartei keine Mandate zum Reichstag.

Gegen die alten Kamellen unter dem neuen Titel zu polemisieren lohnt nicht.

Gegen die Vätererverordnung erklärte sich der antisemitische Parteitag! Das ist deutsch-soziale Reform.

Das Duell hat in rückhaltloser Weise der evangelische Pastor Keller in einer Rede verurtheilt, die er am letzten Freitag im Konzerfsaale der Düsseldorf-Tonhalle hielt. Wir entnehmen seinen Ausführungen die folgenden Sätze:

„Ehre ist die Anerkennung und Hochachtung, die ich von anderen verlangen kann und verlangen muß. Das hat der letzte Fabrikarbeiter nötig. Und wenn diese dann wirklich von einem anderen verkehrt würde, sind dann zwei Menschenleben nicht ein viel zu hoher Preis? Und wird durch die Tödtung des Gegners wirklich die Ehre wieder hergestellt? Nein. Dadurch, daß man Muth bewiesen, hat man doch keine Ehre. Schiller sagt schon: Muth zeigt auch der Kamelid! und Offiziere, die sich brüsten, einem Dugend Kaufbolben Stand zu halten, haben eben noch lange keine Ehre, wenn sie, gestützt auf die brutale Kraft, Ehrbruch und sonstige „bessere“ Eigenschaften treiben. Nun sagen die Duellfreunde, man habe doch Ehrengerichte! Ja, warum haben denn nur die besseren Kreise Ehrengerichte und warum nicht auch alle Stände? Aber daß der „noblen“ Gesellschaft nicht. Ein „Satisfaktionsfähiger“ kann mein Weib verführen und hat Ehre, wenn er mich deshalb vor die Pistole fordert. Ich habe aber keine Ehre — nach diesen Ehrbegriffen — wenn ich mich nicht vor die Pistole des Ehrebrechers stelle! Und wenn ich dann unschuldig von dem Versüßter meiner Frau geschossen werde, wenn ich einem schredlichen Stichthum verfallte, dann ist's deshalb geschehen, weil — — — mich ein anderer Schurke schwer beleidigt hat! Wer diese Verächtlichkeit nicht bepreist — der thut mir leid! Die Ritter mit dem ausgeordneten Gehirn — auch die in Deutschland — begreifen's allerdings.“

Zu unserer Schande müssen wir auch sagen, daß der evangelische Pastor Schall im Reichstage bedauernd, weil er das Duell vertheidigte, von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Bebel gehörig abgeföhrt wurde! Rein! Christenthum und Evangelium bieten fürs Duell gar keinen Anhalt. Nach dem Schwall'schen Christenthum heißt's: „Leben wir, so leben wir dem Herrn, sterben wir, so sterben wir dem Herrn.“ Ich möchte darunter setzen: „Schließen wir, so schließen wir dem Herrn“, denn mit jenen Sätzen vertheidigte ein militärsrommes Blatt einmal Schall und das Duell!

In der Bibel steht, wer Menschenblut vergießt, soll dem Scharfrichter überliefert werden. Ihr sollt nicht eifer Ehre geizig sein etc. Democh befeitigt man das Duell nicht. Das Duell ist ein „nothwendiges Uebel“ ruft man. Ein toller Widerspruch! Ein Uebel kann doch nicht nothwendig sein! Nothwendige Uebel sind der Krieg nicht, die Hungerlöhne nicht, die Prostitution nicht!

Der Redner giebt nun eine Reihe Beispiele, daß auch frühere Fürsten das Duell mit dem Tode bestraft hätten. Weil das Salzen überhand nimmt etc., habe einmal ein Preussenkönig gerufen und schärfste Befehle gegen das „Salzen“ erlassen.

Hannover, 13. Okt. („Volkswille“). Neuauszutellende Schulente sollen künftig, wie der „Hannov. Courier“ zu berichten weiß, besonders auch daraufhin geprüft werden, ob sie während ihrer Probefrist sich im Verkehr mit dem Publikum bewährt haben und ob sie zu Ausstellungen gegen dasselbe neigen. — Wir wollen hoffen, daß sich die Mittheilung des „Hannov. Courier“ bewahrheitet, denn auch wir halten eine besondere Prüfung der amzustellenden Schulente in dieser Richtung für sehr nothwendig und zweckdienlich. Hannover ist leider wegen der verschlechtenen Verhältnisse im letzten Jahre zu einer nicht gerade beneidenswerthen Berühmtheit gelangt. Wo man hin kommt, überall scheinen die Polizeimahregeln mehrerer hannoverscher Polizeibehörden auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts und andere Leistungen dieser Behörden mit besonderer Vorliebe erörtert zu werden, wobei die verschiedensten Vergleiche oft recht lehrreich sind. Mehr wie einmal schon hörten wir auch aus bürgerlichen Kreisen, daß man die jetzt vom „Hannov. Courier“ erwähnte Maßregel für weit nothwendiger erachte, als die fortwährenden Verbote von Festlichkeiten organisirter Arbeitervereine, bei denen Ausschreitungen nur höchst selten vorkommen, und wenn, dann fast lediglich auf eine gewisse Sorte Nudeldies zurückzuführen sind, aber gleichwohl doch sehr schnell beigelegt werden.

Leipzig, 13. Oktober. (Fig. Ber.) Zum Handels-gesetzbuch-Entwurf nahm am 13. Oktober die Leipziger Handelskammer Stellung. Die Kammer hat selbst wenig Ausstellungen an dem Entwurf gemacht, sondern sich nur die Ausstellungen anderer Kammern und der Unter-Ausschüsse des Deutschen Handelstages zu eigen gemacht. Bemerkenswerth für die Gehilfenfreundlichkeit der Handelskammer ist, daß selbst drei Gutachten zum sechsten Titel des Entwurfs (Handlungsgehilfen und -Lehrlinge), seitens Gehilfen-Organisationen, die Kammer nicht vernochten, die gemachten Abänderungs- und Verbesserungs-vorschläge zu beschließen und zu verlangen, daß die im Entwurf getroffenen Bestimmungen verschärft werden. Das ganze, was sie that, war, daß sie die eingelangten Gutachten dem sächsischen Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel zur Kenntnissnahme übersandte. So werden die Handlungsgehilfen-Interessen gewahrt.

Die partikularistischen Absonderlichkeiten, von denen die Regierung von Neus a. S. von Zeit zu Zeit Kunde giebt, werden mit weniger Mühe und vielem Behagen in der „guten“ Presse dreigekreut. Zene Kundgebungen sind ziemlich harmlos und mitunter durchaus nicht verwerflicher Natur. Wenn die Regierung von Neus der Stadt Berlin die Bezeichnung „Reichshauptstadt“ versagt, so ist das recht gleichgiltig, und wenn es den Sedantummel in Schule und Kirche keine offizielle Stätte anweist, sogar recht löblich und nachahmenswerth. Da haben wir in Preußen Akte von viel schlimmerem Partikularismus erlebt, die weit eher geeignet sind, die nationale Einheit des Reiches zu erschüttern. Das schlimmste Beispiel hat Preußen damit gegeben, daß es, wozu ebenso jeder andere deutsche Staat berechtigt wäre, nicht bloß seine besondere innere, sondern auch eine vom Reiche unabhängige Politik verfolgte, wie es beim Abschluß des russisch-deutschen Auslieferungsvertrages unter den Auspizien des Fürsten Bismarck als Reichsanzler gethan hat. Wollten die anderen deutschen Staaten diesem preussischen Bismarck'schen Vorbild folgen, dann wäre bald auch noch auswärts die deutsche Einheit gesprengt und wir hätten die ganze Zerissenheit aus den Bundestags-zeiten wieder. Unsere deutschen „Nationalen“ verschlucken Elephanten und seihen Mäcken.

Ueber die Bluthat des Lieutenants von Bräsewicz in Karlsruhe, der in der Sonntag Nacht ein Menschenleben zum Opfer fiel, wird jetzt allmählig Licht verbreitet. Die „Bad. Landesztg.“ meldet: Siebmann kam mit zwei Damen in das Lokal und stieß auf Versehen an den Stuhl des Lieutenants v. Bräsewicz, ohne sich zu entschuldigen. Als Bräsewicz verlangte, Siebmann solle ihn um Entschuldigung bitten, antwortete Siebmann, er solle ihn in Ruhe lassen. In größter Aufregung sprang nun v. Bräsewicz auf und ging mit

gezücktem Säbel auf Siebmann los. Nur durch das energische Eingreifen des Wirthes und des Stellners wurde ein Unglück im Lokal verhütet. Als Siebmann bald darauf in den Hof ging, sprang v. Bräsewicz auf und rief: „Ich bin in meiner Ehre tödtlich verletzt und muß mich rächen, sonst muß ich den Dienst quittiren.“ (N) Der Wirth vertrat ihn jedoch den Weg und verhinderte ihn, in den Hof zu gehen. Hieran nahm von Bräsewicz seinen Mantel und seine Wähe und entfernte sich durch den Ausgang zu der Karstraße hin, um gleich darauf von der Seitenstraße her wieder durch das Gäßchen in den Hof zu gehen. Dort traf er den Siebmann, der unter dem wiederholten Rufe, v. Bräsewicz möge ihm doch verzeihen, sich zu der hinteren Thür des Hofes flüchtete, wo ihm der Offizier ohne weiteres den Säbel durch den Leib ramnte. Der Schwerverletzte wurde darauf in ein Zimmer gebracht, wo er einige Stunden später seinen Geist aufgab. Dies der Thatbestand. Von einer Ohrfeige, die der Offizier bekommen haben soll, wissen die Augensengen absolut nichts. Der Verbrecher ist bis jetzt noch nicht verhaftet.

Wie die „N. Bad. Landesztg.“ hört, beabsichtigt die freisinnige Stadtverordnetenfraktion folgende Anträge an den Stadtrath zu richten:

„Was gebührt der Stadtrath zu thun, um für die Zukunft zu verhüten, daß in den belebtesten Straßen der Stadt Mannheim seitens des Militärs von scharf geladenen Schusswaffen Gebrauch gemacht wird?“

Zu den heftigsten Landtagswahlen wird aus Offenbach gemeldet, daß alle Versuche gemacht wurden, um eine möglichst große Anzahl unserer Wahlmänner-Mandate für ungiltig zu erklären. Der Versuch ist aber kläglich gescheitert. Obgleich man nach anscheinend recht gekünstelter Anlegung 15 unserer Mandate kassirt hat, verfügen wir noch immer reichlich über die Stimmen, welche bei der eigenen Wahl des Abgeordneten den Sieg unserer Partei sichern.

Ungarn.

Budapest, 12. Oktober. (Fig. Ber.) Die Sozialdemokratie in der Wahlbewegung. Gestern Nachmittag hielten in Budapest im VII. Bezirke die Sozialdemokraten die erste Wählerversammlung ab. Circa 3000 Wähler und Nichtwähler waren anwesend. Genosse Rádi referirte über die Abgeordnetenwahlen und die Sozialdemokratie und betonte die Gründe, warum wir in den Wahlkampf eintreten. Hieran wurde durch Genossen Dr. Csillag von Seiten des Kandidatenkomitees Genosse Dr. Adolf Solner zum Abgeordneten kandidirt. Nachdem dieser gesprochen und die Kandidatur angenommen hatte, ging die Menge auseinander. Auf der großen Ringstraße, die nahe zum Versammlungsort liegt, begegnete sie dem liberalen Kandidaten, der schon seit vielen Jahren Abgeordneter des VII. Bezirkes war, und der einer der größten Arbeiterfreunde ist. Erregte Besucher unserer Versammlung nahmen seinem Gesolge die Fahnen weg und bewarfen ihn und seine Anhänger mit Koth. Hieran ergriffen die Liberalen die Flucht. Bei dieser Affaire waren etwa 20000 Menschen anwesend.

Genosse Bolanyi tritt in Droschka und O'Beese als Kandidat auf; Genosse Wanko kandidirt in Neusohl, Dr. Solner noch im Mowor Bezirke; Genosse Herenzi in Szegedin und in Gyula; Genosse Pfeifer in Zenta; Rádi in Gapsied und Godejswasparhaly u. s. w. Insgesamt hat die sozialdemokratische Partei in 20 Bezirken, wo sie gegen 80 Versammlungen abhalten muß, Kandidaten aufgestellt. Donnerstag Abend hält Dr. Solner im VII. Bezirke seine Programmrede und am 18. Oktober in Kleinspeß (Mowor Bezirke).

In Droschka, wo Genosse Bolanyi kandidirt, hat sich ein Komitee von 400 Wahlberechtigten gebildet, das seine Wahl durch eifrige Agitation erzwingen will. Gelingt es, die für die Wahlbewegung nöthigen Geldmittel aufzubringen, so dürfte seine Wahl gesichert sein.

Von allen Seiten kommen an die ungarländische Parteileitung Aufforderungen, sozialistische Kandidaten zu empfehlen.

Ungarische Wahlen ohne Wahlauschreitungen sind Unnahmen, deshalb ist den Vorgängen im VII. Budapest'ser Wahlbezirke keine besondere Bedeutung beizumessen. Gätten freilich die ungarischen Genossen statt in jahrzehntelangen inneren Streitigkeiten ihre Kraft aufzuheben, dieselbe auf die Gewinnung und Disziplinirung der Arbeitermassen verwannd, so wären solche Vorgänge nicht möglich. Red. d. „Vorw.“

Schweiz.

Bärid, 12. Oktober. (Fig. Ber.) Bis heute Mittag waren in der Bundeskanzlei in Bern 56300 Unterschriften für das Referendum übergehren gegen das Bundesbankgesetz abgegeben, während deren nur 30000 erforderlich sind und die Frist für Unterschriftenabgabe erst Mittwoch abläuft. Die meisten dieser Unterschriften stammen aus der welschen Schweiz, in der, wie auch in der deutschen Schweiz, die Unterzeichner vielfach ihre wirtschaftliche Uebermacht dazu mißbrauchen, die Arbeiter zur Unterzeichnung der Referendumsbogen zu veranlassen; dieselben werden hoffentlich in einem Vierteljahr nun erst recht für das Gesetz stimmen. Der Bundesverfassungsrath, welcher dem Bunde das Recht auf das Banknotenmonopol verleiht und erst das vorliegende Gesetz möglich machte, ist am 18. Oktober 1891 in der Volksabstimmung mit 231 578 gegen 158 615 Stimmen angenommen worden. Daraus, sowie aus der Annahme des Eisenbahngesetzes, Gesetzes darf man auch auf die Annahme des Bankgesetzes schließen. — Die Genossen im 2. eidgenössischen Wahlkreise haben Otto Sang als Nationalratskandidaten aufgestellt.

Frankreich.

Paris, 14. Oktober. Die Blätter und der größte Theil der Parlamentsmitglieder verlangen den Zusammenritt des Parlaments am 27. Oktober. — Nach einer Korrespondenz aus Paris dürfte aber das Parlament kaum vor dem 8. November zusammenzutreten.

Paris, 14. Oktober. Der Waffenstillstand, welcher zu Ehren des Jaren während der Festtage seitens der Zeitungen geherricht, ist zu Ende. Die inneren politischen Kämpfe beginnen von neuem. Es werden bereits Interpellationen angekündigt über die Zurücksetzung des Parlaments beim Jarenempfang, ferner über die Verträge des Protokolls, sowie über die Erziehungsberechtigung dieser Einkettebehörde.

England.

London, 12. Oktober. (Fig. Ber.) Rosebery's Rücktritt von der Führerschaft der liberalen Partei hat natürlich großen Staub aufgewirbelt und eine lebhaft Diskussion über die Frage hervorgerufen, ob man ihn zur Zurücknahme der Demission auffordern oder seinen Rivalen Harcourt wählen soll. Eine Art Plebiszit, welches die „Daily News“ unter den repräsentativen Mitgliedern der Partei veranstaltet, zeigt bisher eine überwiegende Mehrheit für Rosebery. Vor allem ist der Norden, das Bollwerk des englischen Liberalismus, für ihn. Er hat den Rest der bei den Liberalen verbliebenen Whigs und die meisten Sozialreformer für sich. Für Harcourt sind dagegen die Radikalen alten Schlags und ein Theil von radikalen sozialistischer Färbung, die persönlich Rosebery den Vorzug geben würden, es aber für unmöglich halten, daß die im Hand der Lords ohnmächtige liberale Partei durch einen an jenes gebundenen Peer geführt wird. Der diesen Elementen genehme Vertreter wäre Mr. Aquith, dem doch Rosebery in Edinburgh die bereinigte Führerschaft der Partei prophezeit. Aber daß Aquith schon jetzt gewählt wird, ist ausgeschlossen. Rosebery oder Harcourt ist die Parole, und trotz des Plebiszits wird wahrscheinlich Harcourt den Platz behaupten.

London, 14. Oktober. Sir W. Harcourt erklärt das Gerücht, daß er seine Stellung als liberaler Parteiführer aufju-

geben und sich vom politischen Leben zurückziehen gedente, für unbegründet. —

Italien.

Rom, 12. Oktober. (Fig. Ber.) Wie schwierig und verwickelt die Aufgabe ist, welche das für Sizilien eingesetzte Landesministerium übernommen hat, und wie alle politischen und sozialen Uebelstände sich auf jener Insel in gesteigertem Maße vorfinden, das kann eine kurze Zusammenfassung der Vorgänge der letzten Woche in Sizilien zeigen. Seit mehreren Tagen finden in vielen Gemeinden der Insel zahlreiche, sich jetzt schon auf mehrere hunderte belauende Verhaftungen statt, welche eine nicht geringe Aufregung hervorruft. Die Crispi'schen Zeitungen vermuteten anfangs in dieser Maßnahme politische Gründe. Inzwischen hat sich bald herausgestellt, daß die Verhaftungen lediglich einer weitverzweigten Verbrecher- und Hehlereigesellschaft, der sog. Mafia gelten, welche in allen Schichten der Bevölkerung, auch unter den Begüterten, ihre Mitglieder hat und jeder Maßregel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch ihre Verbindungen die Spitze abdrückt; die Verhafteten sind zum Teil Leute mit Adelstiteln und dergleichen. Gleichzeitig mit diesen Verhaftungen, die noch fortdauern, traten neue Anzeichen der tiefen Verberbnis der Gemeindeverwaltungen in Sizilien zu Tage. In Palermo wies eine behördliche Untersuchung der Stadtkasse einen Kassendefizit von einer halben Million Francs auf. Der Gemeinderath der kleinen Kreisstadt Callanetta mußte aufgelöst werden, weil die finanzielle Mißwirtschaft die gesamte Verwaltung zum Stillstand gebracht hatte; die vorjährige Verwaltung hatte mit einem Defizit von 450 000 Fr. abgeschlossen, die Schuldenlast war auf 2 Millionen Francs angewachsen, die mit wucherischen Prozentsätzen verzinst werden mußten; und dieser Zustand war vorzugsweise dadurch herbeigeführt worden, daß die kleine Stadt an Besoldungen für städtische Beamte jährlich 300 000 Fr. ausgab, also eine Menge von begünstigten Maßgängern auf Stadtkosten ernährte. Die allgemeine Korruption im Lande hat in diesen Tagen in Palermo einen Aufruf zur Gründung eines politischen Vereins veranlaßt, dessen Hauptzweck die Bekämpfung der Geschäftspolitiker, der Kammerjäger und der Wahlbestechung sein soll. Mag dieser Zweck erreicht werden oder nicht, in jedem Falle zeigt der unternommene Versuch, daß man sich in Sizilien über die Hauptschäden des öffentlichen Lebens, welche sich unter der Regierung Crispi's zu beträchtlich verschlimmert haben, keiner Täuschung hingibt. Mit der Mißverwaltung der bürgerlichen Kreise geht die Nothlage der arbeitenden Klassen Hand in Hand. Das Landesministerium hatte, nachdem der Ausgangszoll auf sizilischen Schwefel aufgehoben worden war, den Besitzern der Schwefelgruben die Erwartung ausgedrückt, daß der Vortheil von dieser Begünstigung auch den Arbeitern zu gute kommen werde. Diese aus von den Arbeitern selbst getheilte Erwartung ist getäuscht worden, eine Lohnerhöhung wurde verweigert und seit einigen Tagen befinden sich auf einem Theil der Gruben die Arbeiter im Anstand. Welchen Erfolg dieser auch haben mag, jedenfalls ist er ein erstes Zeichen des in einer bisher völlig verkommenen Arbeiterbevölkerung erwachenden Klassenbewußtseins. —

Bulgarien.

Sofia, 18. Oktober. Heute begann vor dem Gerichtshof erster Instanz die Verhandlung in dem Prozesse gegen die Mörder Stambolow's. Der Angeklagte stellt sich, daß zwischen Noman Zuseffschiff, Michael Stawreff, genannt Galin, Boni Georgiew, Manas Jwetanow, genannt Kalin, und dem Hoff ein Einverständnis in betref des Verbrechens bestand. Die Ermordung Stambolow's sei durch Galin, Galin, Boni Georgiew mit Hilfe des kaiserlichen Hoff vollführt worden. Nach Verlesung der Anklageschrift stellte der Gerichtshof fest, daß von 170 vorgeladenen Zeugen 31 nicht erschienen sind, darunter 18 sehr wichtige. Der Staatsanwalt beantragte in Folge dessen Vertagung der Verhandlung. Der Gerichtshof beschloß demgemäß; widerspenstige Zeugen sollen abdam eventuell mit Gewalt vorgeführt werden.

Am 27. Oktober sollen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Partei-Nachrichten.

Unerkörte Vorgänge haben sich am Sonntag in Breslau abgespielt. Es wird uns darüber von dort berichtet:

Die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen wollten in dem Paulschen Etablissement auf der Gräbchenerstraße ein gemüthliches Beisammensein abhalten; da aber früher diese geselligen Zusammenkünfte als Versammlungen angesehen und die weiblichen Vertrauenspersonen bestraft worden sind, weil sie dieselben nicht angemeldet hatten, so meldeten sie diesmal eine Versammlung an, was ihnen auch in der üblichen Weise bewilligt wurde. Nun waltet in jener Gegend, wo sich das genannte Lokal befindet, der Polizeikommissarius Leder, der als Sozialistenhasser bekannt ist. Dieser Herr ging schon ein paar Tage vor dem angekündigten geselligen Beisammensein zu dem Wirth des Etablissements und sagte ihm, daß er (Leder) die Versammlung unter keinen Umständen leiden würde. Der Wirth müsse seinen Saal schließen und die Sozialdemokraten nicht hinein lassen. Thue er das nicht, dann würde er, der Polizei-Kommissarius, den Saal selbst abschließen. Als nun am Sonntag Nachmittag die Genossen und Genossinnen in großer Anzahl erschienen, erklärte der Wirth, Herr Paul, er könne seinen Saal nicht geben, da er der Gewalt weichen müsse. Das ganze Lokal wimmelte von Schulheuten, auf der Straße hatten sich ebenfalls eine Anzahl postirt, die in der barschesten Weise jeden zum Weitergehen aufforderten, so daß selbst das unparteiische Publikum darüber in Unwillen gerieth. Herr Leder selbst war nicht anwesend und mußte durch Schulheute herbeigeholt werden. Daß die Versammlung angemeldet worden war, mußten die Hüter der öffentlichen Ordnung zugeben, aber diese Versammlung hätte im Saal stattfinden müssen; die Anwesenden besaßen sich jedoch gar nicht im Saal. Auf die Erwidrerung, der Saal solle nur freigegeben werden, dann würde man dieser Aufforderung nachkommen, äußerten die Schulheute, daß ginge sie gar nicht an, die Versammlung könne nur in dem bezeichneten Räume stattfinden; die anderen Schanklokaleitäten dazu zu benutzen, gäbe der Wirth keine Erlaubnis. Aber der Wirth gab seine Erlaubnis. Genosse Kühnel eröffnete die Versammlung und ertheilte dem Genossen Weiser das Wort. Aber kaum hatte Weiser zu sprechen angefangen, als ein Schutzmann aufsprang und die Versammlung für aufgelöst erklärte, ebenso, daß das Lokal in fünf Minuten zu räumen sei. In aller Ruhe verließen die Anwesenden die Stätte politischer Wirksamkeit, um, wie üblich, nachher als Gäste wiederzukehren. Aber diesmal waren die Eingänge polizeilich besetzt und einige hundert Frauen und Männer wurden daran verhindert, das Lokal wieder zu betreten. Die Genossen gingen nun in ein schrägüber gelegenes Etablissement. Die Polizei folgte auf dem Fuße und begann hier dasselbe Spiel. Klavierunterhaltung, Gesänge und Dclamationen wurden verboten, als aber die Melodien: „Heil Dir im Siegertranz“ und „Ich bin ein Preuße“ etc. erklangen, schritten die Schulheute nicht ein. Sie blieben an der Thür stehen und schüttelten nur hin und wieder nachdenklich ihre Häupter, weil der Text doch merkwürdig anders war, als wie sie ihn sonst zu hören gewöhnt sind. Als aber die Arbeiter-Marschlieder angestimmt wurde, erklärten die Beamten, das wäre kein Lied, das sie gesungen dürften. Hierauf gingen alle wieder in das frühere Lokal, das nun freigegeben war, zurück. Die Schulheute versuchten zwar, den Eintritt zu wehren, doch gaben sie dann klein bei,

und nun endlich konnte das gesellige Beisammensein stattfinden, wobei die Polizeibeamten vor den Saalthüren standen.

Selbstverständlich werden alle Schritte gethan werden, um den Ungehelichkeiten ein Ende zu machen. Die Szenen auf der Straße, durch die Schulheute veranlaßt, machten das größte Aufsehen, und noch an demselben Abend wurde in allen Lokalen Breslau's der Vorfall besprochen. Wir sind in Schlesien's lieblicher Residenz schon an vielen gewöhnt, der neueste Vorfall steht aber allem die Krone auf, und wir sind begierig zu erfahren, was die Regierung zu dem Auftreten der Polizeibeamten sagen wird.

In einer Besprechung der Ursachen des schlechten Besuchs der letzten Parteiversammlung in Frankfurt am Main führt die dortige „Volksstimme“ u. a. aus; Es muß einmal gründlich die Frage untersucht werden, woher diese geringe Theilnahme bei allgemeinen Versammlungen, in welchen politische Tagesfragen erörtert werden sollen, kommt. Denn bei festlichen Versammlungen, wie Lausfeier, September-, März- und Maifeier genügen meist die vorhandenen Räume nicht, sodas fast immer einer Ueberfüllung durch bedrückte Fürsorge vorgebeugt werden muß! Von verschiedenen Seiten wird nun die Meinung ausgesprochen, daß wir an einem Uebermaß von Versammlungen, an einer Ueberfüllung in dieser Hinsicht leiden! Wir müssen dieser Anschauung vollständig beipflichten! Es ist leider eine große Zersplitterung der Arbeiterbewegung vorhanden, die ja zum Theil durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt ist, deren Schäden aber doch durch eine planmäßige Agitation erheblich vermindert werden können. Die verschiedenen Gewerkschaften und Verbände müssen ja unbedingt ihre regelmäßigen Versammlungen haben. Aber man sollte sich in denselben auf die Förderung von örtlichen oder allgemeinen Werksstätten-Angelegenheiten, Lohn- und Arbeiterschutzfragen und dergleichen beschränken und öffentliche Branchen-Versammlungen nur in ganz wichtigen Fällen, bei Lohnbewegungen, veranstalten. Statt dessen aber werden über ganz allgemein interessirende Tagesfragen, wie z. B. jetzt über den preussischen Zwangs-Zunungs-Entwurf, Referate in den einzelnen Gewerkschaften verlangt und die zu diesen Zwecken veranstalteten allgemeinen politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiter-Versammlungen müssen wegen geringen Besuchs häufig verlegt oder aufgehoben werden. Hierzu kommt aber noch ein anderer, wahrer Krebsgeschwür. Es ist das die noch weit größere Zersplitterung in dem Verhältniß zu den Vereinen der Arbeiter. Es ist ja durchaus notwendig für die proletarische Bewegung, daß auch das Interesse für die Künste, insbesondere für den Gesang, für Redekunst (Deklamation) u. s. w. gepflegt wird. Und hierin könnte etwas sehr Nützlichem geleistet werden, wenn es im großen Maßstab! Etwa zwei, auch drei große Gesangvereine und ein deklamatorischer-rhetorischer Verein könnten unter gediegener Leitung wirklich sachverständiger Lehrer unzweifelhaft etwas Gutes, Würdiges leisten. Statt dessen haben wir mindestens ein Duzend derartiger Vereine und Verbände, die trotz mancher hübschen Leistung doch nicht so etwas Nenniges bieten können, wie wir es z. B. von dem Kölner Arbeiter-Gesangverein hörten. Hier muß unbedingt Wandel geschehen; und bezüglich der Versammlungsfrage wird sich wohl auch ein Wille und damit ein Weg finden. Hinsichtlich der Sänger dürfen wir freilich unsere Erwartungen nicht allzu hoch fransen; aber wir zweifeln nicht, daß auch sie endlich zur Einsicht kommen im Interesse einer gesunden Partei-Entwicklung. Dem Gewerkschaftsartikel und andererseits dem Sozialdemokratischen Verein dürfte wohl in erster Linie die Aufgabe zufallen, für eine wirksame Regelung des Versammlungswezens einzutreten.

Ein Landagitations-Komitee ist nun auch für den fünften Landtags-Wahlkreis in Neuß J. L. gewählt.

Todtenliste der Partei. In Straßburg i. N. ist am 7. Oktober der Steinseher Heinrich Stöwer im 40. Lebensjahre an der Choleraerkranktheit verstorben. Er war Vorsitzender des dortigen Arbeiter-Bildungsvereins und die Partei verliert in ihm einen der thätigsten und opferwilligsten Genossen. Im vorigen Jahre widersprach ihm das bei seinem Leiden doppelt schwere Geschick, wegen einer angeblichen Majestätsbeleidigung vier Monate im Gefängnis zubringen zu müssen. Die zahlreiche Theilnahme an seinem Begräbniß zeigt, in welcher hohen Maße sich Stöwer die Sympathie der Arbeiterheit erworben hatte. Sein Andenken wird dauernd in Ehren gehalten werden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen eines Artikels über den Werner'schen Klempnerstreik in Düsseldorf ist bekanntlich gegen den Redakteur der „Niederrheinischen Volksstimme“, Genossen Wessel in Düsseldorf, ein Verfahren im Gange. Grober Unfug lautet das Vergehen, dessen man ihn schuldig hält. Da man aus dem Redakteur nichts herausbekommen konnte, geht man jetzt gegen den Verleger, Genossen Huhn, ebenfalls vor, um zu ermitteln, ob dieser über den inkriminirten Artikel nichts weiß. Und alles das wegen eines Streiks, der von den Arbeitern bereits gewonnen, also beigelegt ist! — Gegen Genossen Wessel ist noch ein nicht minder interessanter Prozeß im Gange. Durch eine Honorarrente-Einladung der „Niederrheinischen Volksstimme“ hat sich der Verleger des Düsseldorfer „General-Anzeigers“ beleidigt gefühlt. Anstatt die Sache mit der Feder auszumachen, ist der Mann zum Rabi gelaufen. Auch ein Zeichen der Zeit!

— Wegen Beleidigung des Landgerichts-Präsidenten v. Mangold in Zwickau ist vom dortigen Landgericht am 6. Juli der verantwortliche Redakteur des „Säch. Volksbl.“, Genosse Keil, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Das Vergehen wurde in einer Notiz gefunden, wonach Herr v. Mangold auf 3 Monate vom Amte suspendirt sein sollte. In der nächsten Nummer des Blattes war die Mittheilung dahin richtig gestellt, daß der genannte Beamte aus Gesundheitsrücksichten enturlaubt worden sei. Die Revision, welche der Angeklagte eingelegt hätte, wurde vom Reichsgericht verworfen.

— Bayerisches. In Bayern dürfen Minderjährige nicht an politischen Versammlungen teilnehmen. In einer Wander-Versammlung, die der Münchener sozialdemokratische Verein in Schwabing abhielt, hatte sich auch ein 19jähriger Metallarbeiter eingeschunden, der still in einer Ecke saß und am Schlusse der Versammlung ruhig den Heimweg antrat. Für den Besuch der Versammlung ist nun dem jungen Manne auf dem Mandatswege eine Strafe von zwei Tagen Gefängnis auferlegt worden.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Gewerkschaften Verlust! Alle diejenigen, welche noch Sammellisten vom Streik der Privatpost-Angehörten im Besitz haben, werden dringend aufgefordert, selbige mit den gesammelten Beträgen bis spätestens 25. Oktober im Gewerkschaftsbureau, Annenstraße 16, oder an Oswald Schumann, Adalbertstr. 47, Hof part., abzuliefern.

Zu Brünn (Mähren) ist ein Tapeziererstreik ausgebrochen. Es wird gebeten, den Bezug aufs strengste fern zu halten. Der Fachverein der Tapezierer Berlins.

Den deutschen Lederarbeitern zur Kenntniß, daß die Protokolle über die Verhandlungen der ersten internationalen Lederarbeiter-Konferenz und über die Verhandlungen der 3. Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands soeben erschienen sind und vom Verleger H. Weismenger, Berlin, Prinzen-Allee 90, bezogen werden können. Die Protokolle sind in einer 80 Seiten starken Broschüre vereinigt; der Preis beträgt nur 10 Pf.

Au die Metallarbeiter aller Branchen richtet der „Lübeder Volksbote“ das Ersuchen, den Bezug nach Lübed. fernzuhalten.

Aus Stettin wird gemeldet, daß ein Maurerstreik ausgebrochen und deshalb Bezug fernzuhalten ist.

In Hamburg: Altona haben die Buchbinder ihre Forderungen bis jetzt von 61 Firmen, 75 pSt. aller in betracht kommenden, bewilligt erhalten. 638 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten zu den neuen Bedingungen. Im Streik stehen in Hamburg 48 Arbeiter und 30 Arbeiterinnen. Man hofft, daß die Bewegung in 8-14 Tagen siegreich zu Ende geführt ist.

Bei der Ewerführer-Firma F. R. Scharfe haben 20 junge Leute im Alter von 15-19 Jahren die Arbeit eingestellt. Sie fordern für diejenigen von 15 bis 17 Jahren einen Lohn von 12 M., von 17 bis 19 Jahren 15 M., über 19 Jahre 18 M. und dann nach einigen Wochen den üblichen Lohnsatz für Ewerführer, 4 M. pro Tag. Bisher erhielten sie nur 6-15 M.

Weiter haben 72 Schiffreiner der Hamburg-Amerika-Linie die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen denselben Lohn, der bei anderen Rheedereien bezahlt wird. Derselbe ist bei gewöhnlichen Arbeiten pro Tag 3,50 M., für Extra-Arbeiten, wie Malen oder Beschlagen, 4 Mark. Für Sonntags- und Nachtarbeit werden 4 M. und für Ueberstunden 40 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit bezahlt. Bei der genannten Gesellschaft dagegen wird gegenwärtig ein Tagelohn von 3,00 M. bezahlt. Die Ueberstunden werden mit 33 Pf. berechnet. Für diesen Lohn müssen die Leute alle vorzukommenden Arbeiten verrichten und auch auf der Unter-Erde beim Laden oder Wägen der Dampfer Schaueremannsarbeiten ausführen und in den Reichern der Gesellschaft bei den Wägen arbeiten.

Aus Hannover wird über die Bewegung im graphischen Gewerbe mitgetheilt, daß eine Reihe Firmen bewilligt haben. Die Buchbinder der Firma Osterwald haben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Bei Schäfer haben 4 und Klindworth sämtliche Lithographen und Steindruckerkundigen. Die bekannte Kautobuch-Firma J. G. König u. Ehardt wollte anfangs gar nichts bewilligen, als dann das Personal kündigte, gab sie, wie der „Volkswille“ berichtet, insofern klein bei, als sie sich zu Verhandlungen herbeiließ und erklärte, die neunstündige Arbeitszeit bewilligen zu wollen, freilich unter Bedingungen, die von den Steindruckern und Lithographen als unannehmbar bezeichnet wurden. So sollen die Steindrucker bei 2 1/2 M. einen Lohnsatz von 2 1/2 pSt. und die Lithographen einen solchen von 5 pSt. erhalten. Den Buchdruckern will man die ihnen im Juli gewährte Entschädigung von 1 M. dafür, daß die neunstündige Arbeitszeit nicht eingeführt wurde, wieder nehmen. Nähernd erwähnt wird im Gegenfah hierzu die Firma Molling u. Komp. Diese hatte den Buchdruckern aus denselben Gründen eine Entschädigung von 2 M. gewährt, bei der Anerkennung der neunstündigen Arbeitszeit aber trotzdem erklärt, den einmal eingeführten Lohnsatz bestehen lassen zu wollen. Wie wenig die Firma J. G. König u. Ehardt auf eine friedliche Lösung der Differenzen zu geben scheint, geht wohl daraus hervor, daß wegen der geringen Kleinigkeit von 84,88 Mark pro Woche das gesamte Personal in Kündigung steht und die Firma auch bereits in dem bekannten „Allmählichen Anzeiger“ neues Personal sucht. 84,88 M. beträgt nämlich die Summe insgesammt, welche die Firma den etwa 100 Steindruckern und Lithographen durch die 2 1/2 bezw. 5 pSt. abzwacken will.

In Köln ist der Ausstand der Spinner der Kölner Baumwollspinnerei für beendet erklärt.

In Chrdrus i. Th. haben die Seher der Buchdruckerei von H. Lukas (Verlag des „Thüringer Volksboten“) durch Arbeitsniederlegung die schriftliche Anerkennung des neuen Tarifs durchgesetzt. Schon nach drei Stunden gab der Prinzipal nach.

Beim Streik des Personals des „General-Anzeigers“ in Bützburg war es mit den zugereisten Streikbrechern zu Thätlichkeiten gekommen. Ein Steindrucker und ein Schlosser, die sich daran betheiligten, sind jetzt zu 2 und 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Der zu 2 Monaten verurtheilte Steindrucker hat 3 Monate in Untersuchungshaft sitzen müssen.

In Prag-Bubna haben die Werksstätten-Arbeiter der Staatseisenbahn-Gesellschaft die Arbeit ebenfalls wieder aufgenommen. Damit ist der Streik der Werksstätten-Arbeiter dieser Gesellschaft überall zu Ende. Während die Wiener Werksstättenleitung die Friedensbedingungen, zu denen das Besprechen gehörte, daß niemand gemahregelt werden sollte, loyal innehält, hat die Werksstättenleitung in Prag-Bubna, die überhaupt während des ganzen Streiks provolatorisch auftrat, 12 Werksstätten-Arbeiter von Prag nach Bubna versetzt, was von den Arbeitern als Maßregelung betrachtet wird.

Die erwähnten Friedensbedingungen, die in Wien zwischen dem Vertreter der Staatseisenbahn-Gesellschaft, Hofrath Grimburg, und Dr. Harpner, als Bevollmächtigten der Werksstätten-Arbeiter, mündlich festgesetzt wurden, lauten: 1. Das Zustandnis der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit bleibt aufrecht; bemerkt wird, daß die Absicht besteht, wenn sich diese Änderung bewähren sollte, nach einem geeigneten Uebergangsstadium zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden zu schreiten. 2. Die eventuelle Ueberzeit wird bei Lohnarbeiten anderthalbmal gerechnet; Akkordarbeiter erhalten für jede Stunde Ueberzeit eine halbe Stunde ihres Tagelohnes als Zulage. 3. Arbeiter, die infolge von Krankheitsfällen in ihren Familien der Werksstätte fernzubleiben gezwungen sind, erhalten für jeden Tag der Abwesenheit einen halben Tagelohn. 4. Die Regelung der Akkorde und Eöhne (sowie die damit zusammenhängende Höhe der Krankengelder) wird von der Direktion im Einvernehmen mit dem sofort zu wählenden Fabrik-Ausschuß in kürzester Frist vorgenommen werden, so daß sie, wie schon früher zugelanden wurde, binnen längstens drei Monaten durchgeführt ist. 5. Zur Beseitigung der Zweifel über die Erhaltung der Ansprüche der nach Beendigung der Waffenübungen wieder aufgenommenen Arbeiter ist durch den Ausschuß der Krankenkasse das Nöthige veranlaßt und von der Direktion bereits veranbart worden. 6. Um Beschwerden bezüglich der Ungleichheit der Eöhne innerhalb der Partien abzuheben, wird eine Regelung in jedem einzelnen Falle zugefugt. 7. Der letzte Abfah der Rundmachung vom 8. Oktober 1898, die Entlassung betreffend, ist gegenstandslos, wenn die Arbeit aufgenommen wird, und wird neuerlich zugesagt, daß Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht vorgenommen werden.

Auch betrefß der Erhaltung der Provisionansprüche der Werksstättenarbeiter wurden beruhigende Aufklärungen gegeben. Die Werksstättenarbeiter haben also durch ihren Streik einen vortheilhaften Vergleich erreicht.

In Marseille haben die Eisengießer mehrerer Firmen die Arbeit eingestellt. Ueber die Ursache berichtet eine bürgerliche Korrespondenz: Bisher bezahlten die Fabrikanten die Unfallversicherung, behielten dafür jedoch ein Prozent des Lohnes zurück. Hiermit sind die Arbeiter nicht mehr einverstanden. Die Fabrikanten wollten nun auf den Abstrich vom Lohne verzichten, verlangten aber, daß die Frühstückspause wegfiele. Beide Theile kamen hierin auch überein, aber plötzlich besannen sich die Arbeiter anders und verlangten eine Lohnerhöhung von täglich 5 Cts. Das verweigerten die Fabrikanten. Daraufhin legten 350 Arbeiter die Arbeit nieder.

Soziales.

Um das deutsche Gefängniswesen kennen zu lernen, besichtigt, wie ein Berichterstatter meldet, gegenwärtig der kaiserlich japanische Gefängnis-Direktor Ogawa aus Tokio sämtliche größeren Strafanstalten des Deutschen Reiches. In seiner Begleitung befinden sich die Herren Geheimrath Krone, Geh. Ober-Justizrath Werner und Geh. Ober-Baurath Rath, sämtlich aus Berlin. Hossentlich erfährt Herr Ogawa hierbei auch, wie in Preußen politische Gefangene behandelt werden, zumal wenn sie der Sozialdemokratie angehören.

Die Einführung der Lohnzahlung am Freitag ist auch im Gewerbegericht zu Kassel von den Arbeiter-Vertretern angeregt worden.

Lothales.

Der „Wahre Jakob“ Nr. 267 ist gestern, Mittwoch, erschienen, also einen Tag später als sonst üblich.

Der Magistrat und seine Hilfsarbeiter. Aus dem Rathshaus wird triumphierend berichtet:

Die Stadtgemeinde Berlin hat wiederum in einem Prozesse gegen einen Hilfsarbeiter vor dem Kammergericht ein obliegendes Erkenntnis erstritten. Der Fall lag diesmal für die Stadtgemeinde um so ungünstiger, als es sich hier um einen Militär-Anwärter handelte. — Wann wird man hören, daß der Magistrat sich mit seinen Angestellten in ein befriedigendes Einvernehmen setzt, statt in Prozessen Siege über die Hilfsarbeiter zu erringen?

Von allerhand „Schloßverschönerungs-Plänen“ weiß die „Volks-Zeitung“ zu berichten. In erster Linie handelt es sich um die Befestigung der Schinkel'schen Anatademie. Nach wie vor strebt man darauf hin, dieses Gebäude abzubauen, um das alldamals freigewordene Gebiet zu einer Verbreiterung des Spreelaufes benutzen zu können. Die Berliner Bevölkerung brauche deshalb kein besonders lebhaftes Interesse an dem Plan zu nehmen, weil ihr aus seiner Durchführung keinerlei Kosten erwachsen sollen; sämtliche Kosten des Unternehmens würden von der Postasse gedeckt werden. Allerdings müßten mit der Befestigung des Schinkelplatzes auch die auf diesem Platze stehenden Denkmäler der drei „Bürgerlichen“, nämlich Benth's, Schinkel's, des großen Baumeisters, dessen Namen der Platz trägt, den man durchaus unter Wasser setzen will, und Thae'r's, des Begründers der Agrilkulturwissenschaft, aus der Umgebung des Schlosses und des Kaiserdenkmals entfernt werden.

Direktor Meyer von der Urania ist nach Christiania abgereist, um die Mitwirkung Hansen's an den Vorbereitungen zu dem großen wissenschaftlichen Ausstattungsberichte zu erbitten, der die Löhne Fahrt des Norwegers schildern wird. Da auch ein Ueberblick über die früheren Nordpolerpeditionen gegeben werden soll, so wird Herr Dr. Meyer auch Kapitän Nordberg, der bekanntlich die beiden ersten deutschen Expeditionen leitete, und Julius Payer, den bekannten österreichischen Nordpolfahrer und trefflichen Künstler, zu gewinnen suchen.

Im Volkstheater des Herrn Ruge ist gestern die Posse „Der vorfichtige Mann“ in neuer Fassung aufgeführt worden. Die Titelrolle wurde von Herrn Conrad gegeben; der Künstler hat Herrn Emil Thomas manches abgedudelt und sucht das Erworbene recht glücklich an der neuen Wirkungsstätte zu verwerten. Weniger vorthellhaft debutierte Herr Blamm; die Rolle des Liebhabers wurde von ihm gar zu sehr nach den auf Liebhaberdarstellungen gangbaren Prinzipien gespielt. Nicht droßig suchte Herr Ernst Kettner dem ewig lächelnden Schweppe durch geradezu geniale Sprünge die gebührende Beweglichkeit zu verschaffen. Den Haupttrumpf spielte aber Fräulein Helene Schuhmann als „Gute“ aus. Ein in jeder Beziehung resoluter und gewandter Kustretter bewies, daß die junge Dame das Zeug zu einer tüchtigen Soubrette besitzt. Das Publikum zeigte sich dankbar und targte nicht mit seinem Beifall.

Selbstmordversuch eines Soldaten. Am Sedanufer, in der Nähe der Waterloo-Brücke, versuchte vorgestern ein Garde-Kürassier sich im Landwehrkanal zu ertränken. Er wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Kaserne gebracht.

Unfälle im Straßenverkehr. Dienstag früh fiel in der Mauerstraße der obdachlose Arbeiter Adolf Richter in Krämpfen hin und wurde, da er sich nach längerer Zeit noch nicht erholt hatte, nach der Charitee gebracht. — Auf dem Leipziger Platz fuhr vormittags der Kutscher Adolf Radie mit seinem Schlächtersuhrwerk gegen einen Pferdebahnwagen und wurde dabei vom Bock geschleudert. Er erlitt eine anscheinend leichte Verletzung im Gesicht. — Beim Spielen fiel nachmittags der sechsjährige Sohn des Färbers Janke von der Schillingstraße in die Spree, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, von einem Vorübergehenden mit einem Handtuch aus dem Wasser gezogen und nach der Unfallstation III gebracht. — In der Wrangelstraße wurde das Pferd des Milchhändlers August Heinrich Iken und lies mit dem Wagen gegen ein vom Mariannenplatz kommendes schwerbeladenes Kohlenfuhrwerk. Durch den heftigen Zusammenstoß wurde Heinrich sowie die drei übrigen Insassen des Wagens auf den Damm geschleudert. Hierbei erlitt Heinrich eine erhebliche Verletzung an der Stirn, während die Uebrigen unversehrt blieben. — In der Straße Alt-Moabit fand ebenfalls ein von dem Kutscher Wilhelm Bernow durch übermäßig schnelles Fahren herbeigeführter Zusammenstoß zwischen zwei Geschäftswagen statt, wobei der Kutscher Herman Sehorn an den Knien bedeutend verletzt wurde. — Abends wurde der 12-jährige Sohn der Wittwe Kesper in der Dreidenerstraße von dem Hausdiener Wilhelm Ulrich mit einem Dreirade überfahren und am Kopfe erheblich verletzt. Er erhielt auf der Unfallstation II. einen Verband.

Ein schwerer Unfall ist am Dienstag Abend dem 28-jährigen Fensterputzer Karl Wierfeld aus der Reibestraße zugefallen. Er gerieth mit beiden Händen in eine ähnde Flüssigkeit und verbrannte sich so schwer, daß er in die königliche Klinik gebracht werden mußte.

Ein Deserteur ist auf eigenthümliche Weise in dem benachbarten Müdersdorf verhaftet worden. Derselbe, 33 Jahre alt, hatte 10 Jahre in der französischen Fremdenlegion gedient, wohin er von Deutschland vor Ableistung seiner Heerespflicht geflüchtet war. Sehnlich hatte ihn vor Jahresfrist in die Heimath getrieben. Als er von Frankreich aus in die deutschen Boden betrat, wurde er sofort von den Militärbehörden festgenommen und dem 61. Regiment in Thorn als mislicherer Heerespflichtiger überwiesen. Dort desertierte er vor 14 Tagen und begab sich in sein in seinem Zivilanzuge nach Berlin in der Absicht, dem Kaiser ein Besuch und Bestätigung vom Militärdienst zu überreichen. Bis Müdersdorf war er glücklich gekommen, da gerieth er mit jungen Leuten in Schlägerei und wurde verhaftet. Sein Rücktransport nach Thorn ist durch die Militärbehörden bereits erfolgt.

Geriichts-Zeitung.

Eine Liebesstragödie beschäftigte gestern das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Voigt. Unter der Anklage des versuchten Mordes wurde die unverheiratete Mätherin Pauline Helene Seide aus der Untersuchungshaft vorgeführt; sie wird beschuldigt, in mörderischer Absicht im April und Mai dieses Jahres zwei Revolveranschläge auf ihren Geliebten, den Kellner Georg Werl ausgeführt zu haben. Dieser war verheiratet, unterhielt aber verschiedene Liebschaften und lag mit seiner Frau im Scheidungsprozeß. Von Eifersucht gepreßt, hatte die

von dem Werl verführte Angeklagte bereits im April auf ihren Geliebten einen Revolveranschlag abgesetzt, der aber nicht traf. Einige Wochen später feuerte sie auf ihn zwei Schüsse ab. Die eine in die Schläfe gedrungene Kugel, welche noch nicht gefunden ist, hat den Verlust des rechten Auges zur Folge gehabt, außerdem ist ihm eine Kugel in den Hinterkopf gedrungen, welche bereits entfernt werden konnte. Er hat den Geruch- und Geschmack verloren und leidet viel an Schwindelanfällen.

Nach Verübung der That machte die Angeklagte einen Selbstmordversuch, der aber vereitelt wurde. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Schuldig der versuchten Tödtung in einem Falle, doch wurden der Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten auf die Untersuchungshaft. Die Angeklagte erklärte, die Strafe sofort antreten zu wollen.

Ein neuer „Weber-Prozeß“ wird Donnerstag Vormittag vor dem Ober-Verwaltungsgericht in Berlin verhandelt werden. Die Sache handelt es sich um ein Verbot, das der Oberpräsident der Provinz Hannover, Herr v. Bennigsen, gegenüber dem Stadttheater zu Hannover erlassen hat. Die beiden früheren „Weber-Prozesse“, die das „Deutsche Theater“ zu Berlin und das „Lobe-Theater“ zu Breslau geführt haben, haben bekanntlich mit der Freigabe des Stückes geendet. Die Vertretung des Klägers hat, wie in den früheren Prozessen, Rechtsanwalt Dr. Richard Orelling in Berlin übernommen.

Sittenvergehen. Der „Volks-Zeitung“ wird aus Münster i. Westf. berichtet:

Am 8. d. M. stand der bekannte antisemitische Redakteur Kaiser aus Münster als Angeklagter vor der Strafkammer des Landgerichts zu Münster. Kaiser war der Begründer und langjährige Redakteur der „Westfälischen Reform“, eines in Dortmund herausgegebenen, vor kurzem an Abonnentenmangel faust verschiedenem antisemitischen Heftblattes schlimmerer Sorte. Er hatte dann in Münster ein neues Blatt desselben Charakters begründet, die „Deutschen Worte“, worin er gegen die unferne Staate und Volle von der jüdischen Sittenverderbnis drohenden Gefahren in echt arischer Entrüstung losdonnerte. Diefem Rettungswerte machte jedoch der Staatsanwalt schon ein Ende, ehe Kaiser das Volk mit dem ersten Tugend Nummern seiner „Deutschen Worte“ beglücken konnte. Kaiser, der Sittenrichter über die Schlichtigkeiten der Juden, hatte in einer Reihe von Fällen kleine Mädchen im Alter von 5-7 Jahren durch Verabreichung von Süßigkeiten an sich gelockt und dann mit ihnen unsittliche Handlungen vorgenommen, deren Einzelheiten sich der öffentlichen Darstellung entziehen. Er war im großen und ganzen gesündigt und wurde vom Gericht wegen Sittlichkeitsverbrechen in sieben Fällen zu einer Gesamt-Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurtheilt.

Das Schwurgericht in Gütrow fällt am Mittwoch das Urtheil über den Direktor der Mecklenburger Kreditbank zu Parchim, Ehlers und Genossen, welche des betrügerischen Bankrottes, der Bank und anderer von ihnen geführten Firmen, der Unterschlagung und der Beihilfe zu diesem Verbrechen angeklagt waren. Direktor Ehlers wurde zu 3 Jahren Zuchthaus, Zriebfers zu 7 Monat Gefängnis, Ehlers jun. zu 1 Monat Gefängnis und der Kolportage-Buchhändler Veetsch aus Berlin wegen Beihilfe zu 6 Monat Gefängnis verurtheilt.

Verfammlungen.

Metallarbeiter. Am Sonntag, den 4. Oktober fand im Feenpalast eine gutbesuchte Versammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend statt. Die Tagesordnung lautete: I. Was lehren uns die diesjährigen Lohnbewegungen und welche Taktik gedenken wir in Zukunft einzuschlagen? II. Wie stellen sich die Mitglieder zur Erhöhung der Beiträge? Zum ersten Punkt wies der Vorsitzende des Verbandes, Litzin, auf die große Bedeutung der diesjährigen Lohnbewegung und auf die Erfolge, die erzielt wurden, hin. Doch meinte der Redner, haben sich im Verlauf des Kampfes eine Reihe Dinge herausgestellt, die so dringend der Abhilfe bedürfen, daß eine Aussprache über dieselben nicht verschoben werden könne. Ohne alle Leidenschaft müsse die Frage untersucht werden, ob es nicht dringend am Platze sei, eine Aenderung der bisherigen Taktik herbeizuführen. Die Organisation muß vor allen Dingen, am feindsüchig wirken zu können, den Versuch unternehmen, ihre Mitglieder dauernd an sich zu fesseln. Das sei allerdings heute nicht möglich, weil der größte Theil der Berliner Metallarbeiter auf dem Standpunkt stehe: „ob organisiert oder nicht, unterstellt müssen wir ja im Falle eines Streiks doch werden.“ Um vor allen Dingen in dieser Anschauung Wandel zu schaffen, hält es der Vorstand an der Zeit, den Mitgliedern die Frage vorzulegen, ob es nicht besser sei, daß anstatt der in öffentlichen Versammlungen gewählten Kommissionen in Zukunft die Organisation die Leitung aller Lohnbewegungen in die Hand nehme. Die Thätigkeit der öffentlichen Vertrauensleute soll dadurch in keiner Weise eine Einbuße erleiden. Nur würde schon den Mitgliedern dadurch begreiflicher werden, daß es die Organisation ist, welche ihre Interessen wahrnimmt, sie würden sich aus diesem Grunde fester an dieselbe anschließen. Jedoch auch nach außen müsse der Organisation größere Kraft und Stärke verliehen werden. Die Unternehmner müssen bei jeder Gelegenheit fühlen, daß sie der organisierten Arbeiterschaft gegenüber stehen, dieses sei schon allein ein wesentlicher Grund, in der vorgezeichneten Weise vorzugehen. Nachdem der Redner noch eine ganze Reihe von Beispielen angeführt, die den Vorstand bewegen haben, diese Vorschläge zu machen, spricht er zum Schluß die Erwartung aus, daß die heutige Versammlung durch eine rege Diskussion dazu beitragen möge, daß die Organisation stärker und kräftiger ihre Aufgabe erfüllen könne.

In der nun folgenden Diskussion spricht Kärstien seine Ueberzeugung dahin aus, daß es wohl nur verlegte Eitelkeit einzelner Personen wäre, die den Vorstand veranlaßt hätten, derartige Vorschläge zu machen. Die Sache sei undurchführbar. Er bitte deshalb die Versammelten, alle nach dieser Richtung gestellten Anträge abzulehnen. Die Vertrauensleute hätten gut gearbeitet. Würden die Vorschläge angenommen, so wäre denselben das Feld ihrer Thätigkeit genommen. Behold tritt zunächst der Anführer Kärstien's, daß den Vorstand persönliche Motive geleitet haben, energisch entgegen. Der Vorstand habe das Beste für die Organisation gewollt. Seien die Mitglieder anderer Meinung, so wäre es auch gut; Mos in einer Aussprache bei der Versammlung zusammenberufen. Näher ist gleichfalls dafür, daß die Vorschläge abgelehnt werden. Wenn nur eine Organisation am Ort vorhanden wäre, könnten dieselben ausgeführt werden, da aber mehrere Organisationen bestehen, bedeute die Annahme derselben eine offene Kriegserklärung an alle übrigen Verbände. Redner führt noch des näheren aus, daß sich schwerlich eine andere Form als bisher finden lasse. Daher sei es das Beste, sich den augenblicklichen Verhältnissen anzubequemen und danach unsere Taktik einzurichten. Nachdem noch eine große Reihe Redner fast sammtlich gegen die Annahme des Vorstandsantrages gesprochen, meint Litzin am Schluß: Wenn der Vorstand heute auf diesem Standpunkt angelangt sei, so entspricht dies der Erfahrung, welche bei allen Lohnbewegungen gemacht wurde. Ohne jede persönliche Spitze habe die Vorstandsmittglieder das Beste gewollt. Die Aussprache war notwendig und dienlich, darum möge jeder, wie auch die Abstimmung ausfalle, nach wie vor auf dem Posten sein, dann wird es auch gelingen, dem Kapital größere Vortheile, als es bisher der Fall war, abzurufen. Die Abstimmung ergab Ablehnung aller gestellten Anträge. Der zweite Punkt wurde der vorgeschriebenen Zeit halber von der Tagesordnung abgesetzt.

Nachdem noch beschlossen wurde, den an der Lohnbewegung der Gütler, Brüder etc. Theilnehmenden vom ersten Tage an die übliche Unterstützung zu gewähren, erfolgte um 2 Uhr der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Verband deutscher Zimmerleute hielt am Sonntag, den 11. Oktober, seine dritte Generalversammlung in den Arminshallen ab. Kulert als provisorischer Kassier verlas die Abrechnung. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug 8258,41 M., die Einnahme der Lokalkasse 1781,10 M., die Ausgabe 1072,78 M.; somit verbleibt ein Bestand von 708,53 M. Die Einnahme an Streifenmarken betrug 1508,80 M., die Ausgabe 1456,50 M., somit verbleibt ein Rest von 52,30 M. Dagegen die Gesamtabrechnung niemand etwas einzuwenden hatte, wurde dem Kassier Decharge erteilt. Sodann wurde die Neuwahl des Zahlstellen-Kassiers vorgenommen. Kulert wurde einstimmig gewählt. Für den Bezirk IV wurde Kamerad Müncho gewählt, für den Bezirk V wurde Heymann, für den Bezirk VI Krüger gewählt. Die Adresse des ersten Schriftführers ist jetzt Holzmarktstr. 33, Hof 2 Tr. bei Webers. Hierauf referirte Genossin Frau Emma Zyrer über den englischen Gewerkschaftskongreß. Sie schloß ihren vortrefflichen Vortrag mit einem Appell an die Arbeiter aller Länder zur Organisation, um gemeinschaftlich dem Kapitalismus scharf entgegenzutreten. Sodann gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: Die heutige gutbesuchte Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute verpflichtet sich, sich den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses zu unterordnen und verspricht dafür einzutreten, daß das Band, welches die Arbeiter der ganzen Welt verbindet, noch bekräftigt wird. Auch ein Glückwunsch-Telegramm an den Gothaer Parteitag abzulesen, wurde angenommen. Der Vorsitzende Knäuper erklärte im weiteren, daß augenblicklich unter den Zimmerern Berlins etwas Schläffigkeit eingetreten ist, was sehr bedauerlich sei, da bei nicht energischerem Zusammenhalten die stündliche Arbeitszeit im nächsten Jahre verloren gehen könnte. Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes ist es, für die Organisation zu wirken und auch für den öffentlichen Unterstützungsfonds zu sammeln.

Daß unsere Meister und Innungsheben nicht ruhen, wie wir es vielleicht denken, das beweist folgendes Schriftstück: Innung: Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu Berlin. Geschäftssamt Kochstr. 3. Berlin, den 2. Oktober 1896.

Gehrler Herr Kollege.

Nachdem durch die verschiednen bemessene Arbeitszeit auf den einzelnen Baustellen vielerlei Unzuträglichkeiten entstanden sind, dürfte es der lebhafteste Wunsch aller Fachgenossen sein, daß vom nächsten Frühjahr an eine gleichmäßige Arbeitszeit auf allen Bauten bzw. Arbeitsplätzen innegehalten wird. Die unterzeichnete Kommission glaubt auch nicht in der Annahme selbige, daß es gleichermassen in dem Wunsch der Herren Kollegen liegt, wieder die zehnstündige Arbeitszeit in vollem Umfange als Normal-Arbeitszeit einzuführen. Zur Vornahme der geeigneten Schritte nach dieser Richtung hin ist es vor allen Dingen nöthig, zuverlässige Angaben darüber zu erhalten, welche Arbeitszeit überwiegend in dieser Saison in den einzelnen Geschäften innegehalten wurde. Wir ersuchen Sie daher ebenso höflich wie dringend, den angehefteten Fragezettel, gewissenhaft ausgefüllt, binnen drei Tagen dem Geschäftssamt der Innung einzuliefern.

Jochachtungsvoll
Die Kommission zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
Krenß. Biederer. Böbler. Gottheimer. Hartmann.
Pannier. Schloppe.

Vermischtes.

Eine Duellangelegenheit hält der „Märk. Volks-Zeitung“ zufolge, zu Posen seit einiger Zeit die „betheiligten Kreise“ in hochgradiger Aufregung. Es handelt sich bei derselben um eine Beleidigung, die ihrer Natur nach ausschließlich nur „mit Menschenblut“ abgewaschen werden konnte, sodah die Standeslehre des betreffenden Beleidigten ein Duell aus übliche Waffen gebieterisch forderte. Es wurde auch das Erforderliche in aller Form vorbereitet. Die duellwüthigen Ehrenmänner waren — Obersekundaner! — Die verworfenen jugendlichen Rowdies werden hoffentlich in Zwangsverziehung genommen werden.

In Königsberg i. Pr. verurtheilte das Schwurgericht am Dienstag die 19-jährige Dienstmagd Kranke wegen Mordmordes, begangen an der 73-jährigen Wittve Blage zu Weidehnen (Kreis Fischhausen) zum Tode. Die Angeklagte hatte auch gegen die Tochter der Ermordeten, die Besitzersfrau Wiemann zu Weidehnen, und deren beide Söhne einen Mordversuch durch Vergiftung begangen.

Nedebüthe. In einem Dresden Blatt wird der national-liberale Parteitag besprochen, wobei eine herrliche Rede von unterließ. Das Blatt sagte nämlich, es wolle nicht — nach dem Beispiel mancher konservativen und christlich-sozialen Blätter — dem sterbenden Tiger noch ein Lintensaß an den Kopf werfen. — Armer Tiger!

Herrmann Manz in Wien, der Mitinhaber der bekannten großen Verlagsfirma Carl Gerold und Sohn, hat sich heute Morgen, wie dem „Berliner Tagebl.“ gemeldet wird, mittels eines Revolvereschusses in seinem Bureau entleibt.

Aus Brezgen meldet man: Der 22-jährige Mediziner Nemih aus Köln a. Rh. wird vermisst; derselbe hatte Ende September Partien durch den Brezger Wald unternommen und ist seitdem verschollen. — Aus dem Bodensee wurde die Leiche eines verheirateten Monteurs der Friedrichshofener Maschinenwerke sommt seiner Geliebten, welche beiden sich mit Stricken zusammengebunden und aus unglücklicher Liebe den Tod gesucht hatten, herausgezogen.

Deyeschen und letzte Nachrichten.

München, 14. Oktober. (Privatdepesche des „Vormärts“.) In dem Aufsehen erregenden Berchtold-Prozesse wurde der Hauptangeklagte wegen Raubmordes zum Tode, Smets-Kofer wegen Diebstahls zu drei Jahren Gefängnis und dauerndem Ehrverlust verurtheilt.

Darmstadt, 14. Oktober. (W. Z. B.) Bisher stehen folgende Ergebnisse der hessischen Landtagswahlen fest. Es sind gewählt: 9 Nationalliberale, 8 Antisemiten bzw. Christlich-Soziale, 3 Sozialdemokraten, 2 Mitglieder des Zentrums, 1 Kandidat des Bauernbundes und 1 Freisinniger.

Wien, 14. Oktober. (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. In der fortgesetzten Generaldebatte über das Heimathsgesetz betonte der Ministerpräsident Baden, das Recht der Gemeinden, das Heimathrecht selbständig zu verleißen, bleibe unverändert. Es sei aber Pflicht der Gesetzgebung, dafür zu sorgen, daß, wie das öffentliche Interesse erheische, das Heimathrecht auch gegen den Willen der Gemeinden erworben werden könne. Es sei ein trasser Mißstand, daß ein noch so langer Aufenthalt ein Heimathrecht in den Gemeinden nicht begründe. Des weiteren sprach sich der Ministerpräsident gegen die Erhebung von Gemeindegebühren für die Aufnahme in den Heimathverband aus.

Sofia, 14. Oktober. (W. Z. B.) Wie die Agence Valcanique befragt, hat die Regierung die Municipalwahlen in Philippopol, wo schwere Verletzungen der Wahlfreiheit vorgekommen sind, für ungültig erklärt. Die neuen Wahlen werden am 25. D. stattfinden. Da Philippopol das politische Zentrum der Unionisten ist, wird dieser Verfügung der Regierung eine politische Bedeutung beigegeben. Auch in Stanimata und Kotel wurden die Wahlen für ungültig erklärt.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag. Gotha, 14. Oktober 1896. Vormittags-Sitzung, 9 1/4 Uhr.

Den Vorsitz führt Soc. Einige Begrüßungsschreiben sind eingelaufen.

Es wird in die Tagesordnung eingetragen. Verhandelt wird Punkt 8: „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit“.

Mit zur Verhandlung gestellt werden die Anträge:

68. Parteigenossen in Striegau: Die Reichstags-Fraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Alters- und Invaliden-Versicherung bezweckt. Dergleichen einen weiteren Antrag, der verlangt, daß sämtliche aus Unfällen entstehende Kosten vom Tage des Unfalls an den Berufsgenossenschaften zur Last fallen.

69. Parteigenossen in Sangerhausen: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, bei Beratung der Alters- und Invaliditätsversicherungsnovelle zu beantragen, daß die Altersgrenze bei der Altersrente auf 60 Jahre herabgesetzt werde, sowie daß der Nachweis der Beschäftigung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in Wegfall kommt. Ferner, daß die Invalidenrente gezahlt wird, wenn sich die Erwerbsfähigkeit um 25 pCt. vermindert hat, sowie wenn eine weitere Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist, daß dann die Rente um so viel Prozente erhöht wird, als sich die Erwerbsfähigkeit vermindert hat. Die Vollrente soll 75 pCt. des bei völliger Erwerbsfähigkeit erzielten Lohnes betragen.

70. Parteigenossen in Krefeld: Die Fraktion hat im Reichstag zu beantragen: Es besteht keinerlei Ähnlichkeit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, gleichviel welcher Branche.

71. Parteigenossen des Kreises Barch. Belg. Lützenwalde. Jüterbog: Die Reichstags-Fraktion soll dahin wirken, daß die Bundesrats-Verordnung vom 1. Januar 1894 (die verlängerte Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ziegeleien) § 189a der Reichs-Gewerbe-Ordnung betreffend, nicht erneuert wird.

72. Parteigenossen in Elberfeld: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, alsbaldig einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages und die Beseitigung der mittelalterlich-reaktionären Gesinde-Ordnungen einzubringen.

Außerdem folgende neu gestellten Anträge:

96. Unsere Fraktion möge im Reichstag beantragen: Es soll alsbaldig im Januar eine Arbeitslosenstatistik durch die Reichsregierung aufgenommen werden. Die Genossen im Kreise Jena. Neustadt. E. Vogel. Voermon. E. Wölner. Paul Seige. E. Lang. Theodor Schwarz. A. Albrecht. Ad. Thiele. Köhler. Brüne. Braun. Reuter-Apolda. Bandert-Apolda. Broescher. Mühlhausen. Heßner. Mühlhausen. S. Wainstat. A. Schlicher. Voigt-Berlin IV. S. Krenwinkel. Krumm-Behlar.

97. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach welchem, um Hitzschlägen, wie sie in diesem Jahre sich ereigneten, vorzubeugen, die Arbeit einzustellen ist, wenn die Temperatur einen bestimmten Wärmegrad erreicht hat. Ausgeschlossen hiervon kann die Hausindustrie werden, weil diese von der Hitze nicht so schwer betroffen werden, als die auf Konten, Plätzen und in Fabriken beschäftigten Personen. Krüger-Königsberg. Schulze-Königsberg. Greifenberg. J. Timm. Gurtsche-Berlin IV. Schmidt-Berlin III. Böhm. A. Schuster. Albrecht-Galle. Töber-Goswig (Anhalt I). Dr. Dietrich. Köhler. Halberstadt. Eckerhede-Wernigerode. Weims-Goslar. Trautwein-Cuedlinburg. Ersurth-Lauterberg. Wenzel-Königs-Linter. Stolpe-Tangis. Feldmann-Langenbielau. Appel-Stettin. Fabian-Magdeburg. Jauch-Braunschweig. Schwiggdele-Treuenbrichen.

Antrag 29 findet eine genügende Unterstützung. Berichterstatter Max Schipfel verzichtet auf das Referat. Ein ausführlicher Bericht liegt gedruckt vor. Diejenigen Gegenstände, über die sich etwas sagen ließe, sind zu Punkt 4 verweisen. Der Referent behält sich vor, wenn es nötig wird, in die Debatte einzugreifen.

Die Diskussion wird eröffnet. Schmidt-Magdeburg: Ich muß mich gegen die Auffassung des „Hamburger Echo“ verwahren, daß unser, freilich nicht genügend unterstützter Antrag Nr. 29 ein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion bedeutet. Wir wollen damit lediglich die Kosten verringern.

Groth-Köster: Ich bin beauftragt, den Berichterstatter um Auskunft darüber zu ersuchen, warum in der bekannten Impf-Debatte im Reichstag ein Teil der Fraktion dafür und ein Teil dagegen gestimmt hat. Fürchten Sie nicht, daß ich hier eine längere Rede halte (Heiterkeit), ich soll nur Aufklärung darüber schaffen, wie sich die Fraktion zu solchen Anträgen verhält, die mit unserem Parteiprogramm nichts zu tun haben. Wir wollen wissen, ob da jeder Abgeordnete abstimmen kann wie er will oder ob vorher die Fraktion sich darüber schlüssig wird, damit eine zwiespältige Abstimmung unserer Genossen nicht im Lande auf Mißverständnisse stößt, wie dies bei der bekannten Dampfer-Subventions-Frage vor 10 Jahren der Fall gewesen ist.

Wander-Apolda spricht für den Antrag 68 der Genossen in Sangerhausen und erweitert ihn dahin: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, bei Beratung der Alters- und Invaliditäts-novelle zu beantragen, daß die der Parteileitung diesbezüglich mitgetheilten Mißstände des Gesetzes in Wegfall kommen. Die Genossen aus Apolda würden der Reichstags-Fraktion das erforderliche Material zustellen. Die ganze Textilindustrie ist daran interessiert.

Frohme: Dem Genossen Schmidt gegenüber bestreite ich, daß das „Hamburger Echo“ den Magdeburger Antrag mißverständlich aufgefaßt hat. Es ist in dem Antrag davon die Rede, daß die Wahl der Abgeordneten ein Protest gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung sei. Demgegenüber erkläre ich ausdrücklich, daß die Abgeordneten unserer Partei ihre Stellung nicht nur als diesen Protest aufzufassen haben, sondern auch der Nothwendigkeit der positiven Mitwirkung im Volksinteresse nach Kräften zu genügen haben. Ich bestreite, daß die Fraktion nicht in jeder Beziehung, auch in der Agitation, ihre volle Schuldigkeit gethan habe.

Ebert-Bremen: Im Auftrage meiner Mandatgeber habe ich die Fraktion auf einen Punkt der Unfallversicherung hinzuweisen, auf den sie bei der kommenden Reform der Versicherungs-gesetzgebung ihr Augenmerk lenken soll. Das bestehende Unfallversicherungsgesetz stellte die Seeleute tatsächlich unter einen Ausnahmestand. Während für alle anderen Arbeiter die Grundlage für die Rente berechnet wird nach dem örtlichen Tageslohn, fehlt der Reichskanzler diese Grundlage für die Seeleute durch Verfügung fest. Hierbei kommen die Seeleute nun zu kurz. So ist der Monatsverdienst für einen Oberheizer auf 50 M. monatlich festgesetzt, während er tatsächlich im Durchschnitt 70 M. verdient. Nur 9 Monate werden berechnet, während für alle anderen Arbeiter 300 Arbeitstage für die Be-

rechnung jährlich gelten. Für Kost und Logis werden monatlich nur 18 Mark berechnet, ein Betrag, der viel zu niedrig gegriffen ist. So wird für die Heizer ein Jahresverdienst von 612 M. als Grundlage für die Rentenberechnung angenommen und die Vollrente beträgt demnach nur etwa 400 M. Bei den Steuermännern liegt es ähnlich. Als monatlicher Durchschnittsverdienst ist ein Betrag von 90 M. festgesetzt, während die Heizer in Wirklichkeit 180-400 M. monatlich beträgt. So beträgt die Vollrente für einen Steuermann nur 625 M. jährlich. Das sind Mißstände und Ungerechtigkeiten, worauf die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt werden und die abzustellen die Fraktion sich bemühen muß.

Mollenhuth (Hamburg): Die Forderung, die der Antrag Nr. 69 unserer Genossen in Sangerhausen enthält: Die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersrente auf 60 Jahre, ist freilich ganz populär und auch viel bei der Agitation verwendet worden, thatsächlich aber würden wir damit vielleicht niemandem einen größeren Gefallen thun als den östpreussischen Junkern. Es ist ja bei dem Mißverhältnis zwischen Beiträgen und Leistungen leicht erklärlich, daß man in weiten Kreisen das Bestreben hat, die Leistungen der Alters- und Invaliditäts-Versicherung zu erweitern. Das Gesetz ist aufgebaut auf dem System des Kapitaldeckungsverfahrens, so daß, wenn das Gesetz jetzt aufgehoben würde, die gegenwärtigen Rentner die Rente bis an ihr Lebensende beziehen würden. Man hat sich aber insofern verrechnet, als man einen größeren Zugang vorausgesetzt und einen geringeren Abgang angenommen hat, als thatsächlich der Fall ist. Es hat eine Kapitalansammlung auf Kosten der Arbeiter stattgefunden. Heute befinden sich die Rentner namentlich in den Provinzen, wo viel ländliche Arbeiter sind. So bekam z. B. Ostpreußen in Jahre des Bestehens des Gesetzes 19 140 Rentner, während Berlin, das etwa 1/4 so viel Arbeiter wie Ostpreußen hat, nur 2960 Rentner hatte. Im Landkreis Oldenburg kommen auf je 1000 Einwohner 15 Rentner, in Altona nur 1,5. Bei einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre würde das Verhältnis dasselbe bleiben und es würde doch wieder nur eine Versteuerung der gesammten Arbeiter zu Gunsten des platten Landes oder in letzter Linie zu Gunsten der Gutsbesitzer eintreten, da man kein Mittel hat, den Arbeitgeber zu verhindern, daß er die Renten vom Lohn abzieht (Sehr richtig!) Die Berechnung ergibt, daß bei einer Herabsetzung der Altersgrenze die Zahl der Renten rund eine Million betragen würde, während die Beiträge sich auf 900 000 M. belaufen würden. Die ganzen Gelder würden also für die Altersrenten vorausgibt, und es würde kein Pfennig für die Invalidenrente vorhanden sein. Will man wirklich reformieren, so soll man nicht die Altersgrenze als Maßstab nehmen, sondern den Rückgang der Erwerbsfähigkeit. Dann wird die Vertheilung der Rente auf industrielle und landwirtschaftliche Arbeiter eine gleichmäßige sein.

In den Motiven zu dem Gesetze war angenommen, daß am Schluß des dritten Jahres 191 000 Empfänger von Invalidenrenten vorhanden sein werden, während de facto nur 71 700 da waren, also 120 000 weniger als vorausgesehen war. Die Erlangung der Invalidenrente ist mit soviel Schwierigkeiten verknüpft, daß die Rente sie erst dann erhalten, wenn sie längst der Armenpflege zur Last gefallen sind. Den Arbeiter vor der Armenkasse zu schützen, muß Aufgabe des Gesetzes sein, und deshalb muß die Rente bewilligt werden, sobald die Krankenunterstützung ausbleibt. Es muß ferner insofern eine Reform der gesammten Versicherungs-gesetze angestrebt werden, als alle die Leute, welche auf Grund des Alters- und Invaliditätsgesetzes versicherungspflichtig sind, auch gleichzeitig der Krankenversicherungspflicht unterworfen werden. Ferner muß den Krankenkassen zur Pflicht gemacht werden, mindestens für 26 Wochen Krankengeld zu zahlen. Dann muß sofort die Invalidenrente in einer solchen Höhe eintreten, daß der betreffende davon leben kann. Dann werden die Arbeiter wirklich einen Nutzen von dem Gesetze haben. Legt man hingegen das Hauptgewicht auf die Herabsetzung der Altersgrenze, so wird selbstverständlich die Invalidenrente schwerer bewilligt werden, denn die Berechtigung zum Bezug der Altersrente kann man niemandem bestreiten; man braucht nur seinen Tauschlohn vorzuzeigen. Ich bitte Sie deshalb, den Teil des Antrages 69, der eine Herabsetzung der Altersgrenze bezweckt, abzulehnen und getrennt über die beiden Theile des Antrages abzustimmen. Wir müssen verhalten, daß die Versicherungsgesetze Gesetze zur Unterstützung nothleidender Jünger werden! (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Zum Antrag 96 (Arbeitslosen-Statistik) ist ein Amendement Eichhorn eingegangen:

Ferner soll die Reichstags-Fraktion einen motivirten Antrag behufs Veranlassung einer Reichsenquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn einbringen.

Webel: Daß der Magdeburger Antrag nur mit finanziellen Gründen motivirt wird, habe ich vorher zum ersten Male von Schmidt gehört. Es wäre mir interessant zu wissen, wo und in welchen Fragen die bisherige Fraktionsthätigkeit im Parlament sich auf Dinge erstreckt hat, die nicht mit den Interessen des Proletariats in Beziehung sind; — das ist doch der Sinn des Antrags, nicht die Kostenersparnis.

Die Antwort auf seine Frage wegen der Stellung der Fraktion zur Impffrage hat sich Genosse Groth selbst gegeben. Es muß scharf unterschieden werden zwischen politischen und wirtschaftlichen Fragen, die einen parteiprogrammatischen Charakter haben, und solchen Fragen, die in keiner Weise etwas damit zu tun haben. Die Impffrage ist eine solche neutrale Frage. Ich bestreite auf das allerentschiedenste, daß das Verhalten der Fraktion in dieser Frage irgend welches Aufsehen gemacht habe; da hätten unsere Gegner uns gegenüber noch viel dünner sein, als sie es schon sind. (Sehr wahr!)

Ich freue mich ansehnlich, daß Mollenhuth, gestützt auf das offizielle Beweismaterial, endlich einmal der durchaus falschen Taktik entgegengetreten ist, die in Bezug auf das Alters- und Invaliditätsgesetz in der Agitation von einem Teil unserer Genossen, weil sie die Verhältnisse nicht kannten, befolgt worden ist. Wir müssen den Hauptnachdruck darauf legen, daß der Bezug der Invalidenrente bedeutend erleichtert und ihr Betrag bedeutend erhöht wird. (Sehr richtig!) In der Fraktion ist der Beschluß hinsichtlich der Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre nur mit sehr geringer Mehrheit gefaßt worden. Wir werden immer wieder diese Frage erörtern müssen, weil wir bei einer so fundamentalen Veränderung des Gesetzes nicht anher acht lassen dürfen, wie die Mehrzahl davon ausgebracht werden; es dürfte sehr leicht darauf hinauskommen, daß auch die Beiträge der Arbeiter erhöht werden. Es ist leicht gesagt: erhöhen wir den Reichszuschuß! Er wird ja hauptsächlich auf dem Wege der indirekten Steuern aufgebracht; geben wir uns doch keinen Illusionen hin: gegenüber der jetzigen Reichstagsmajorität werden wir eine Reichs-Einkommensteuer nicht durchsetzen. Schon jetzt schwebt das Projekt der Biersteuer über dem Reichstag. Daher müssen wir nach allen diesen Richtungen hin die Sache uns ganz genau ansehen, um von der Veränderung des Gesetzes möglichst viel Vortheil für die Arbeiter herauszuschlagen. Ich bitte nicht nur den ersten Theil des Antrags 69, sondern den ganzen Antrag abzulehnen. Ich bin im Augenblick ganz außer Stande zu überschauen, welchen finanziellen Effekt die Zahlung der Invalidenrente bei Verminderung der Erwerbsfähigkeit im

25 pCt. haben wird. Ich ersuche Sie, einfach den Antrag 69 als Material der Fraktion für die Beratung der Alters- und Invaliditätsnovelle zu überweisen; es ist das für uns von der größten Wichtigkeit.

Krüger-Königsberg tritt für den Antrag 97 ein. Gerade in Königsberg sind im letzten Jahre viele Todesfälle durch Hitzschlag vorgekommen. 87 Personen, meistens Arbeiter, die auf Plätzen und Bantzen beschäftigt waren, sind der Hitze zum Opfer gefallen. Nehliches ist in Pillau und Memel geschehen. Redner bittet den Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Lehmann-Dortmund: Der Antrag 97 ist nicht annehmbar, besonders nachdem wir die Begründung gehört haben. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, einen solchen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Ein Beispiel aus der Montanindustrie: Die Hochöfen können bei Hitze nicht ausgeblasen werden.

Thiele-Galle: Ich möchte die Fraktion auf die großen Ungerechtigkeiten hinweisen, die bei der Kürzung der Unfallrente vorkommen. Die Kürzung erfolgt rein mechanisch. Leider fehlt jede Statistik, aber es wird nur wenige Fälle geben, wo die ursprüngliche Rente nicht nach Verlauf eines Jahres gekürzt wird. Besonders arg sind die Zustände in den Knappschaffslagen, gegen die ein Vorstoß am Platze wäre. Am meisten leiden die ländlichen Arbeiter unter dem jetzigen Unfallversicherungsgesetz. Ihre Rente ist minimal und reicht nicht aus. Wenn eine Aufforderung an die Parteipresse ergeht, Material hierüber zu sammeln, so könnte sehr reichhaltiger Stoff zusammengebracht werden. Die Fraktion muß mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Renten Kürzung legen.

Schwartz-Lübeck richtet die Aufforderung an die Fraktion, den Staatssekretär für die Marine bei der Budgetberatung zu fragen, ob es gebräuchlich werden soll, daß auf Schiffen, die sich in höchster Gefahr befinden, das Flaggenglied angestimmt und Hochs ausgebracht werden sollen. Da in Deutschland alles nachgeahmt wird, soll es mich nicht wundern, wenn sich auch auf Kauffahrtschiffen ähnliche Szenen wie beim Untergange des „Titis“ ereignen. Wir können gewärtig sein, daß ein Kapitän eines Handelsschiffes, das in höchster Noth ist, vielleicht mit Kognat gedöhtem Gesicht den Befehl giebt, das Flaggenglied zu singen und das Schiff mit Mann und Maus zu Grunde gehen läßt. (Sehr richtig!) Als ich den Bericht über den Untergang des „Titis“ las, glaubte ich zuerst, die nationalliberale Presse habe wieder einmal, wie sie es immer thut, die patriotische Saite in Schwingung gesetzt, um das ungeborene Elend zu verdecken. (Sehr gut!) Dann aber kam die offizielle Bestätigung. Ich kann nur sagen, daß die Nachricht in Seemannskreisen Kopfschütteln erregte. Wenn sich ein Schiff in höchster Noth befindet, dann heißt es alle Kräfte zur Rettung anzuwenden, dann heißt es für das eigene Leben zu arbeiten und nicht zu singen. (Sehr gut!) Ich habe zwei schwere Schiffbrüche mit durchgemacht, aus denen ich nur mein nacktes Leben rettete. Gätten wir gesungen, statt alles daran zu setzen, um uns zu retten, so stände ich heute nicht hier. (Bewegung.) Der Kapitän des „Titis“ ist für sein Verhalten gelobt worden, während es Tadel verdient. (Sehr richtig!)

Redner unterfährt die Anregung Eberts-Bremen und ergänzt sie. Er weist auf den Mangel an freien Hilfsstellen für Seeleute hin und hebt hervor, daß die Krankheiten der Seeleute meist dann auftreten, wenn sie abgemüdet sind. An Bord wird alles mit Blaubierkurirt. (Heiterkeit.) Sein Beruf wirft den Seemann bald herein, bald darhin; er hat wenig Gelegenheit, sich einer Hilfskasse anzuschließen. Ein viel schwererer Uebelstand aber ist der, daß die Angehörigen fremder Nationen, die unter deutscher Flagge dienen, von jeder Unfallentschädigung ausgeschlossen sind. Der Seemannsstand ist international, zwischen Vorder- und Hintertheilen eines deutschen Schiffes stehen Engländer, Amerikaner, Franzosen. Es ist eine Ungerechtigkeit, sie von der Entschädigung auszuschließen, wenn sie die Rente nicht in Deutschland verzehren. Es ist ja jetzt von einer kommenden Reform der Seemanns-Unfallversicherung die Rede. Viel Hoffnung auf Reichstag und Regierung habe ich nicht. Die Seeleute müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen und ich habe die Ueberzeugung, daß es nicht lange dauern wird, bis die Seeleute in unseren Reichen stehen. (Beifall.) Die Dampfschiffahrt mit ihren Reichenfahrten macht die Seeleute anständig; damit ist die Möglichkeit ihrer Organisation erst gegeben. (Beifall.)

Sachs-Jwidan: Ich halte es für nothwendig, daß bei der nächsten Unfallversicherungsnovelle unsere Fraktion im Reichstage dahin strebt, daß die Invaliditätsrente für jugendliche Arbeiter erhöht wird. Wenn heute ein jugendlicher Arbeiter im Beruf verunglückt, so bekommt er höchstens den örtlichen Tageslohn und ist seinen älteren Kollegen gegenüber im Nachtheil, die gewiß auch nicht zuviel bekommen. Ein anderer Uebelstand ist die Artfrage. Es besteht eine direkte Furcht der Kerze vor den Berufsgenossenschaften, von denen sie abhängig sind. Der Unfallrentner erhält infolgedessen kein Zeugnis, auf Grund dessen er eine Erhöhung seiner Rente durchsetzen kann. Vielleicht läßt sich in das Gesetz eine Bestimmung aufnehmen, wonach die Bezirksärzte einen Unfallrentner auf sein Verlangen untersuchen müssen.

Quart: Die Uebelstände rühren zum großen Theil von der Zersplitterung der Organisation der Versicherung her; Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung sind auf drei verschiedene Karren geladen. Eine Zentralisation der Versicherung würde den Versicherten kolossale Vortheile bringen. Dahin muß die Fraktion bei der Beratung der Novelle einen Vorstoß machen. Die Deutschrift zur Vorlage macht die windige Ansucht, daß die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter nicht in der Krankenversicherung seien. Die Fraktion soll darauf damit antworten, daß sie den Antrag stellt, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in die Krankenversicherung aufzunehmen. Wenn die Invaliditätsversicherung den Krankenkassen zugewiesen wird, wo wir die Selbstverwaltung in der Hand haben, dann werden wir auch den Hebel an dem Unternehmertum der Berufsgenossenschaften ansehen können. Dann werden wir viel mehr für die Arbeiter anstreben, als wenn wir mit an einzelnen Stellen mit Anträgen zur Kerzefrage u. s. w. an dem Gesetze herumwuseln. (Beifall.) Von großer Wichtigkeit ist auch eine Vernehmung der Stellen zur Unterrichtung der Arbeiter in den Versicherungsangelegenheiten, wie das Nürnberger Sekretariat. (Beifall.)

Pogarell-Dresden befürwortet das Amendement zum Antrag Eichhorn hinsichtlich der Enquete über Arbeitslohn und Arbeitszeit.

Schulze-Königsberg ersucht um Annahme des Antrages betreffend Einstellung der Arbeit bei großer Sonnenhitze. Wenn man sagt, daß in vielen Betrieben trotz großer Hitze gearbeitet werden muß, so muß man auch nachweisen, daß die Hitze am Glühofen ebenso verheerend wirkt, wie die Sonnenhitze. Dieser Nachweis ist bisher nicht erbracht. Wegen die außerordentliche Hitze dieses Sommers in Ostpreußen ist seitens der Behörden und den Unternehmern nichts geschehen. Die Zahl der an Hitzschlag Erkrankten ist eine überaus große. Wir sollen nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern rechtzeitig Maßregeln treffen, um die schlimmen Folgen zu verhüten.

Stadtthagen: So sehr ich mich darüber freue, daß einzelne kleine Vorschläge zur Verbesserung der Versicherungsgesetze gemacht werden, so muß ich doch hervorheben, daß man sich in einem großen Irrthum befindet, wenn man annimmt, daß die

Unfallversicherung eine Versicherung des Arbeiters ist. Die heutige Unfallversicherung ist keine Versicherung zu Gunsten der Arbeiter, sondern nichts weiter als eine Versicherung der Arbeitgeber gegen das große Risiko. Der Arbeitgeber müßte für jeden Unfall, gleichviel ob eine Verletzung der Arbeiter vorliegt oder nicht, haften, und wir müßten ferner dahin streben, daß für den Fall der Nichtmöglichkeit der Haftung des Arbeitgebers Genossenschaften oder größere Verbände einzutreten haben. Es ist bereits darauf hingewiesen, wie schlecht der jugendliche Arbeiter daran ist. Gewiß, es besteht eine solche Brutalität gegenüber dem jugendlichen Arbeiter, und auch eine solche Bevorzugung des Großbetriebes gegenüber dem Handwerk, daß es sonderbar erscheint, daß in der Unfallversicherungs-Novelle keine Änderungen in dieser Beziehung enthalten sind. Wenn heute ein jugendlicher Arbeiter verunglückt, so wird die Rente während seines ganzen Lebens nach dem Verdienst berechnet, den er zur Zeit des Unfalls hatte; dies würde im günstigsten Falle höchstens 10 bis 20 M. monatlich ausmachen. Da das Unfallgesetz lediglich vom Standpunkt des Unternehmers ausgeht, ist die Unannehmlichkeit begrifflich, wonach der Arbeitgeber das Recht hat, die Aufnahme des Arbeiters in ein Krankenhaus zu veranlassen, wonach er dem Arbeiter einen Arzt aufbringen darf, zu dem dieser kein Vertrauen hat, und der ein erhebliches Interesse daran hat, den Kranken gesund zu schreiben. Der Arbeitgeber darf ferner den Arbeitnehmer, falls die häusliche Pflege nicht ausreicht, Heilanstalten oder besser gesagt, Quarkanstalten überweisen. Dadurch, daß sie durch die Sache gewachsene Leute vertreten sind, haben die Berufsgenossenschaften einen großen Vorteil erlangt und ich freue mich, daß auch in Berlin bei den Arbeitern, die ein Schiedsgericht anrufen, allmählich der Gedanke sich Bahn bricht, daß mehr als bisher sachverständiger Rat den Arbeitern zu Theil werden muß. Freilich halte auch ich, ebenso wie der Genosse Quard, eine Einheitlichkeit der Versicherungs-Gesetze für notwendig, viel wichtiger aber erscheint mir die Betonung unseres Standpunktes, daß wir die Versicherung zu Gunsten der Arbeiter und nicht zu Gunsten der Unternehmer verlangen. Ich freue mich, daß dieselben Gedanken, die in größerer Breite von unseren Genossen im Reichstage vorgebracht worden, auch hier ausgesprochen sind, und ich richte an die Genossen den Appell, jetzt, wo die Novelle vorliegt, in Versammlungen und Vereinen immer und immer wieder die Schäden, die Nachtheile und die Ungerechtigkeit dieses Gesetzes zu betonen und mit Material aufzuwarten. Auch die Presse sollte systematischer und weniger widersprüchlich sich die Rechtsprechung ansehen. Wer dies Gebiet kennt, der ist manchmal erschrocken, wie selbst in der Presse unserer Partei, von der kapitalistischen gar nicht zu reden, etwas als ganz neue Entscheidung hingestellt wird, das schon zehn Jahre oder länger besteht. Es wird wesentlich auch Sache der Gewerkschaften sein, in dieser Beziehung Material zu sammeln und der Reichstags-Fraktion zu unterbreiten.

Bismarck-Hamburg: Die Frage der Unfallversicherung ist jetzt besonders aktuell wegen der im Reichstage in der kommenden Session zu erwartenden Novelle. Dem Unwesen in dem Verhältnis der Unternehmer zur Unfallversicherung muß in Presse und Versammlungen viel ernsthafter zu Leibe gegangen werden, als es bis jetzt geschieht. Dem Verhalten der Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften muß geteuert werden. Von 1889 bis 1894 kamen in den gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht weniger als 188 428 entschädigungspflichtige Unfälle vor. Daraus entfielen im Jahre 1889 Unfälle mit dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit 2337. Während nun vom Jahre 1889 an die Zahl der Unfälle überhaupt außerordentlich gestiegen ist, ist die Zahl der Unfälle mit dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit ganz ungeheuerlich zurückgegangen, bis zum Jahre 1894 auf 855! (Hört! hört!) Bald wird die Zeit kommen, wo die Vertrauensärzte überhaupt keinen Fall von dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit mehr werden gelten lassen. So konstatirt man bei einem Krappel, dem ein Bein amputirt werden mußte, nach 6 Monaten theilweise Erwerbsfähigkeit. Es ist wirklich schon bald so, daß nur der für völlig erwerbsunfähig erklärt wird, dem beide Beine, beide Arme abgeschnitten sind — und auch der Kopf. (Heiterkeit.) Hier und ebenso in der Frage der Unfallversicherung muß in Presse, Versammlungen und im Parlament viel schärfer auf Beseitigung des Unwesens gedrungen werden.

Der Königsberger Antrag bitte ich abzulehnen. Wir sollen doch nicht die Fraktion mit solchen Anträgen beladen, die noch viele Jahre keine Aussicht auf Erfüllung haben. (Beifall.) Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlusswort hebt Schippel hervor, daß die Bedeutung der Debatte in der Aussprache der Genossen darüber liegt, welche Punkte sie in der Thätigkeit der Reichstagsfraktion besonders berücksichtigt zu sehen wünschen. Dagegen erwünscht es sich nicht, durch Annahme fest formulirter Anträge die Bewegungsfreiheit der Fraktion einzuschränken. (Zustimmung.) Der Antrag der Magdeburger Genossen (29) ist nicht genügend unterfüttert und damit erledigt worden. Bebel hat bereits darauf hingewiesen, daß die Partei niemals eine rein protektionistische Auffassung der Thätigkeit der Fraktion gehabt hat. Genosse Schmidt-Magdeburg hat übrigens selber gesagt, daß er den Antrag für unglücklich formulirt hätte.

Was den Antrag zur Impfrage betrifft, so wundere ich mich nur, daß Genosse Groth die Antwort auf die Frage, die er heute hier gab, nicht schon auf dem Mecklenburger Parteitage gegeben hat. Die Impfrage ist eine hygienische Frage, keine Frage der Klassenbewegung des Proletariats. (Sehr richtig.) Ein vorgeschrittener Arbeiter kann ein Impfgegner, ein zurückgebliebener Konservativer ein Impffreund sein und umgekehrt. Mit der Frage der Dampfersubvention lassen sich die verschiedenen Meinungen, die in der Impfrage in der Fraktion herrschen, nicht vergleichen. In der Impfrage können wir dem einzelnen vollständige Freiheit lassen. (Zustimmung.)

Was den Antrag 69 betrifft, so ist sein erster Theil seitens der Fraktion selbst in einem Gesetzentwurf formulirt worden. Mollenbuhr hat sehr gute Gründe gegen die Herabsetzung der Altersgrenze angeführt, wenn ich auch nicht zugebe, daß seine Zahlen so viel beweisen, wie er glaubt. Den ersten Theil des Antrages 69 bitte ich also abzulehnen; der zweite Theil kann, wie das Amendement Bebel's will, der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden, wenn ich auch nicht glaube, daß viel dabei herauskommt. Berührt hat die Debatte noch die Versicherung der Textilarbeiter und der Seelente. Bestimmte Anträge liegen hier nicht vor, die Anregungen wird die Fraktion zweifellos beachten.

Den Antrag 96 bitte ich abzulehnen. Gewiß wäre eine Arbeitslosen-Statistik im Januar sehr interessant, aber viel können wir damit nicht anfangen. Die Gegner werden sagen, daß die Saisongewerbe im Januar immer stillstehen und das Bild der Arbeitslosigkeit deshalb nicht zureichend ist. Im Auge werden wir die Anregung behalten, aber bestimmte Direktiven sind besser zu vermeiden.

Antrag 97 ist abzulehnen. Der § 120a der Gewerbeordnung verbietet schon jetzt, was der Antrag treffen will, soweit sich die Dinge überhaupt voraussagen lassen. Ein allgemeines Gesetz läßt sich überhaupt nicht formuliren, wonach bei gewisser Temperatur die Arbeit eingestellt werden muß. Gälten wir zum Beispiel ein solches Gesetz, so hätte der Parteitag zum Beispiel gestern Nachmittag die Arbeit einstellen müssen. (Heiterkeit und Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag 69 abgelehnt, dagegen das Amendement Bebel's angenommen. Auch der Antrag 98 wird abgelehnt, aber dem Amendement Eichhorn zugestimmt.

Antrag 97 wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt. Punkt 4 „Arbeiterklub“ wird auf Wunsch des Referenten Wurm, der die Nacht hindurch gefahren und ermüdet ist, auf

den Nachmittag verschoben und zunächst die Punkte 5 und 6 erledigt.

Punkt 5 ist die Maifeier. Der Berichterstatter Gerisch beantragt folgende Resolution: In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Massenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdige Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen, für die allgemeine Arbeitruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Im vorigen Jahre wiesen wir in unserer Resolution auf die aufsteigende Konjunktur hin und forderten auf, sie für die Maifeier auszunutzen. Das ist auch zweifellos geschehen; die Maifeier ist das letzte Mal in viel stärkerem Umfang begangen worden. Weiter zu gehen halten wir diesmal nicht für möglich. Wir haben, entsprechend dem Antrage der Wandbender Genossen, unsere Resolution diesmal nur insofern verschärft, als es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht werden soll, wo es möglich ist, die Maifeier zu begehen. Die Anträge 66 und 67 betreffen sich ziemlich mit der Resolution. Der Antrag 65 ist ein alter Bekannter; die Niederbairner müssen schlechte Erfahrungen mit den Referenten gemacht haben. (Heiterkeit.) Lehnen Sie diesen Antrag ab. Man kann froh sein, wenn man am 1. Mai überhaupt genügend Referenten bekommt; es kommt doch auf die Vermögenslage derselben an. Ich bitte Sie, der Resolution des Parteiausschusses zuzustimmen und dahin zu wirken, daß auch im kommenden Jahre die Maifeier in großartigem Maßstabe begangen wird. (Beifall.) Der Antrag 65 (Unentgeltlichkeit der Maifeier) findet nicht genügende Unterstüßung.

Die Debatte wird eröffnet. Brand-Frankfurt a. M. befürwortet die Frankfurter Resolution 64. Die Zentralorganisation wird nicht in eine Zwangslage gebracht werden, da als die Voraussetzung der Arbeitruhe die Möglichkeit dazu betont werden soll. Brinkmann-Kassel fordert aus den Kasseler Erfahrungen heraus, daß mit aller Energie auf die Arbeitgeber ein Hochdruck seitens der gesammten Arbeiterschaft ausgeübt werden soll, um die Arbeiter, die die Maifeier begehen, gegen Maßregelungen zu schützen.

Ebert-Bremen legt den Nachdruck auf die Worte in der Frankfurter und der Wandbender Resolution, daß die Arbeitruhe „mehr als bisher“ erfolgen soll. Die Resolution des Parteiausschusses enthält diese Worte nicht.

Ebert-Frankfurt a. M. hält für die Hauptsache die ausdrückliche Verpflichtung für die Arbeiter zur Maifeier, wo es möglich ist und empfiehlt demnach die Resolution Gerisch. Metzger (Hamburg) stimmt dem Vordere zu. Die Aufnahme der Worte „mehr als bisher“ würde gerade die schlimmen Folgen hervorrufen, die wir durch unsere Beschlüsse auf den früheren Kongressen haben verurtheilt. In Berlin glaudte eine gut organisirte Gewerkschaft auch durch Kampf die Maifeier erzwingen zu können, und was war die Folge? Noch heute befindet sie sich zum größten Theile im Ausstand; und diejenigen, die es nicht mehr sind, haben bis zu einem gewissen Grade Kapitalisten müssen. Durch scharfe Beschlüsse durchbrechen Sie den Ring der Unternehmer nicht. Die Genossen, die die scharfe Resolution beantragen, sollen zunächst für eine umfossendere Organisation sorgen. (Verbäster Beifall.)

Schumier-Wien: Den Genossen in Oesterreich wird derjenige Beschluß am besten gefallen, der da fordert, daß die Maifeier durch allgemeine Arbeitruhe begangen wird. Bei uns liegen die Verhältnisse anders als in Deutschland, wo die Partei ihre Stärke bei den Wahlen zeigen kann. Wir werden ja im nächsten Jahre auch den Versuch machen, natürlich brauchen wir dazu Geld. (Heiterkeit.) Wie verkehrt die Zustände bei uns sind, beweist die Thatsache, daß Lanzüge mit rothen Fahnen und Musik, die in vielen Städten erlaubt sind, in Wien verboten werden. Wir Wiener helfen uns damit, daß wir Fernsprecher voranzusetzen lassen mit seiner rothen Nase, damit wir wenigstens etwas Noth bei uns haben. (Stürmische Heiterkeit.) Es kann uns kosten, was es will, der erste Mai wird bei uns durch allgemeine Arbeitruhe gefeiert. Wenn auch die behauerlichen Vorgänge im Vorjahre, wo es im Prater zu einer förmlichen Schlacht gekommen ist, die bürgerliche Presse zu dem Jubeln verleitet haben, daß es mit der Maifeier in Wien vorüber ist, so erkläre ich doch hier in Deutschland: Wir werden in Wien an der Maifeier nach wie vor festhalten. Allerdings werden wir darauf sehen, daß solche Unfälle in Zukunft verhütet werden. Die Maßregelungen schaden uns nicht. Ebenso wie Laaße — es ist dies vielleicht sein einziges Verdienst — dadurch, daß er in einer einzigen Nacht 300 Genossen anzuweisen hat, 300 Agitatoren schuf, ebenso werden auch diejenigen, die infolge der Maifeier gemahregelt werden, um so energischer für die Partei agitiren, und wir haben den Vortheil davon. Hoffentlich erleben wir es noch, daß auch in Deutschland am 1. Mai jede Arbeit ruht!

Müller-Gamenz hat die Erfahrung gemacht, daß in seiner Provinz das Unternehmertum der Feier des 1. Mai nichts entgegensteht. (Zuruf: Das ist aber eine Seltenheit!) Ja, das gebe ich zu, aber wenn mit der Feier des 1. Mai keine weiteren Forderungen verbunden werden, so wird das Unternehmertum mehr und mehr sich damit einverstanden erklären. Wir müssen die Forderung des Achtstundentages mehr in den Vordergrund stellen und für eine vollständige Durchföhrung der Arbeitruhe eintreten, wenn es auch harte Kämpfe erfordert. Ohne Kampf kein Sieg!

Bömelburg-Hamburg: Es kommt wenig darauf an, welche von den beiden Resolutionen angenommen wird. Viel wichtiger ist die Frage, wer sich an der Feier des 1. Mai ruhen lassen die Arbeit beschließt. In der Hauptsache sind es kleine Geschäftskente und Handwerker. Die Organisationen der Arbeiter sind noch nicht stark genug, um einen Einfluß auf die Verkürzung der Arbeitszeit durch Arbeitsentstellung am 1. Mai auszuüben. Verstärkung der Organisation, das ist die Lösung, die überall am 1. Mai erhoben werden muß. Agitatoren werden durch Maßregelungen, soweit sie Familienväter betreffen, nicht geschaffen, im Gegenteil, gemahregelte Familienväter gehen für die Agitation verloren. (Sehr richtig!) Den Arbeiterorganisationen muß selber die Entscheidung darüber überlassen bleiben, ob sie stark genug sind, die Arbeitruhe durchzuführen. (Sehr richtig.) Wer verlangt, daß die Arbeitruhe grundsätzlich am 1. Mai durchgeföhrt wird, legt der Partei damit die Verpflichtung auf, für die Opfer der Arbeitseinstellung zu sorgen. Kann die Partei eine solche Verpflichtung übernehmen? Unsere paar Kröten würden bald zu Ende sein. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird, nachdem Hildebrandt-Stuttgart dafür, Voigt-Berlin dagegen gesprochen, angenommen.

In seinem Schlusswort wendet sich Gerisch gegen die Ausführungen Schumier's, wenn sich auch nicht verkennen lasse, daß jetzt größeres Verständnis unter den österrreichischen Genossen über die Stellung der deutschen Partei zur Maifeier verbreitet ist. Es liegt auch im Interesse der österrreichischen Genossen, und unseres Weg in dieser Frage gehen zu lassen. Bömelburg hat ganz Recht: wenn wir die Arbeitruhe am 1. Mai durchzuführen, dann haßtet die Partei auch ökonomisch für alle Folgen. Nun laug die heutige u. die geistige Rede Schumier's immer in einem Restrain aus, der auch lebhaft an die Schreiben des Kandidaten Jobbes an seine lieben Eltern erinnerte: „Vergelt mir die zwölf Dukatn nicht!“ (Große Heiterkeit.) Wenn aber unsere Parteikasse leer wird durch die Folgen der Maifeier, dann haben wir auch diese zwölf Dukatn nicht. (Heiterkeit und Beifall.)

Bei der Abstimmung wird Antrag 64 mit großer Majorität abgelehnt; die Resolution Gerisch dagegen mit großer Mehrheit angenommen.

Mit der Annahme dieser Resolution sind alle übrigen Anträge erledigt.

Der nächste Punkt ist die Berichterstattung über den internationalen Kongress in London. Dazu liegt der Antrag 77 der Parteigenossen des Reiches Delitsch-Bitterfeld vor: „Der Kreislag des Delitsch-Bitterfelder Bezirkskreises, welcher am 18. September in Delitsch stattfand, stellt hiermit der deutschen Delegation des internationalen Kongresses in London ein Vertrauensvotum aus für die von derselben eingebrachten Resolutionen, welche die fernere Theilnahme der Anarchisten an sozialistischen Kongressen unmöglich macht.“

Berichterstatter Bebel: Parteigenossen! Ich habe keine Veranlassung genommen, Ihnen eine Resolution vorzulegen, und ich weiß auch nicht, ob der Antrag 77 zu empfehlen ist. Es handelt sich auf diesem Parteitage weit weniger um eine Stellungnahme zu den Beschlüssen des Londoner Kongresses, als Ihnen nur in allgemeinen Zügen ein Bild zu entwerfen von seiner Bedeutung und der Wirkung, die er auf die zukünftige Gestaltung der Arbeiterbewegung haben kann.

1893 haben, wie es in Zürich mit der größten Genugthuung begrüßt, als die Trades-Unions, die die weitaus große Mehrheit der englischen organisirten Arbeitermassen umfassen, und in denen der Sozialismus und die auf internationale Verbrüderung gerichteten Bestrebungen bisher vergleichsweise sehr wenig Boden gefunden hatten, ihre Zurückhaltung aufgaben und erklärten, sich am Kongress theilnehmen zu wollen. Wir feierten uns darüber schon aus dem Gesichtspunkte, als es für uns von großer Wichtigkeit war, uns durch eigenen Augenschein zu überzeugen, wie die Dinge in England liegen. Wenn die Vertreter der englischen Trades-Unions und vermutlich auch die Mehrheit der Arbeiter, die hinter ihnen stehen, mit dem Verlaufe des Kongresses nicht zufrieden waren, ja sogar mit einer gewissen Mißstimmung den Kongress verließen, so waren daran Verhältnisse schuld, die außerhalb der Macht der Delegirten lagen. Wenn also der englische Trades-Unionismus heute noch keinen Anstoß an den Sozialismus genommen und noch keine bestimmte Stellung eingenommen hat, so sind doch andererseits im Laufe der letzten Jahrzehnte in England sozialistische Organisationen entstanden, die sich allerdings nicht entfernt mit der Anhängerzahl der Trades-Unions messen können. Neben den Trades-Unions, die ihre Stellungnahme immer von Fall zu Fall bemessen, sind im Laufe der Jahre Organisationen auf direkt sozialistischem Boden entstanden, die Sozialdemokratische Föderation und die Sozialistische Liga. Letztere hat dadurch, daß ein großer Theil ihrer Mitglieder sich dem Anarchismus zu wandte, der ja überall da, wo er einen gewissen Einfluß auf Arbeiterorganisationen erlangt, zerschanden wird, sehr an Bedeutung verloren, und besteht heute nur noch als Schatten. Es besteht in England ferner die Unabhängige Arbeiterpartei, die aus der Mitte der Trades-Unions hervorgegangen ist, deren gesammte Führer mehr oder weniger eine Rolle in der englischen Trades-Unions-Bewegung spielen und die insolgedessen weit mehr als die Sozialistische Föderation Einfluss auf die Trades-Unions im Sinne des Sozialismus gewinnen wird. Auf dem Kongress war noch eine dritte Organisation vertreten, die auf sozialistischem Boden steht, aber doch in der grundsätzlichen Auffassung wesentlich von dem Sozialismus der übrigen englischen und auch der amerikanischen und deutschen Sozialisten abweicht, die Fabian Society, eine Organisation, wie sie nur unter den ganz eigenartigen englischen Verhältnissen möglich ist. Diese Gesellschaft, die jetzt vielleicht 900 Mitglieder zählt, rekrutirt sich nahezu ausschließlich aus Angehörigen der höheren Klassen. Sie leitet ihren Namen her von dem römischen Heerführer Fabius Cunctator und vertritt die Ansicht, daß man den richtigen Moment abzuwarten, dann aber mit aller Macht und Energie vorzugehen hat. Den Klassenkampf-Standpunkt hält sie für falsch und glaubt, daß nur durch das Zusammenwirken der verschiedensten Klassen der Gesellschaft die Ziele des Sozialismus sich verwirklichen lassen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sich die Haltung der englischen Bourgeoisie gegenüber den Arbeitern vortheilhaft von der Haltung der deutschen oder der irgend eines anderen Landes auszeichnet. Während wir jahrzehntelang die ausgedehntesten Kämpfe zu bestehen hatten, um nur die kleinsten geschlichen Reformen durchzusetzen, ist die englische Bourgeoisie in weit höherem Maße geneigt, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, sobald sie einsieht, daß sie auf die Dauer diesen Wünschen keinen Widerstand mehr leisten kann. Dazu kommt, daß die englischen Arbeiter auf grund der Erfahrungen in ihren gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen mehr als die Arbeiter eines anderen Landes zu der Anschauung neigen, es sei überflüssig, eine spezielle politische Partei zu bilden, es genüge, bei den Wahlen ihr Gewicht dafür in die Waagschale zu werfen, daß bürgerliche Vertreter ins Parlament kommen, die das durchsetzen, was sie für notwendig halten. Das Verhältnis der verschiedenen Klassen in England ist allerdings das Produkt einer jahrhundertlangen Entwicklung, die grundverschieden ist von der auf dem Kontinent. England war durch Jahrhunderte das führende Land in der Kulturwelt in bezug auf Handel und Verkehr, es war bis vor kurzem der größte industrielle Staat der Welt, und die englische Bourgeoisie war infolge dessen in der Lage, mit ganz anderen Vermögen rechnen und ihren Arbeitern viel nobler gegenüberzutreten zu können, als irgend eine andere Bourgeoisie des Kontinents. Das hat wesentlich dazu beigetragen, der Gewerkschaftsbewegung in England diesen eigenthümlichen Geist zu geben, der sie veranlaßt hat, ihren Kampf anders zu führen, wie es auf dem europäischen Kontinent der Fall ist. Im letzten Jahrzehnt haben sich die Verhältnisse geändert, England sind mächtige Konkurrenten auf allen Gebieten des Weltmarktes erwachsen, und namentlich hat die Entwicklung der nordamerikanischen und der deutschen Industrie dazu beigetragen, daß die Vorrechtstellung Englands auf verschiedenen Gebieten des Weltmarktes zurückgedrängt ist. Die bedeutendsten Staatsmänner und die einflussreichsten Industriellen bemühen sich, geeignete Vorschläge zu machen, um die Vorherrschaft Englands aufrecht zu erhalten und die unbedequate Konkurrenz Amerikas und Deutschlands wieder auf das alte Niveau zurückzudrängen. Das ist allerdings unmöglich, denn auch der Weltmarkt hat seine Begrenzung, und wenn im Laufe der nächsten Jahre die europäischen Industrieprodukte Aussicht haben, in viel höherem Maße auf dem asiatischen Markte in China zur Geltung zu kommen, so darf man nicht erwarten, daß, wenn dies kolossale Absatzgebiet eröffnet wird, eine solche Konkurrenz seitens Russlands erwächst, daß die erwarteten Wirkungen ausbleiben müssen. Auch China droht mit seiner geschlichen, bedürfnislosen Bevölkerung, seinem kolossalen Wohlstand ein gefährlicher Konkurrent für die europäische und amerikanische Industrie zu werden. Europäisches Kapital selber wird die Entwicklung des Industrialismus in China überdauern. In kleinerem Umfange sehen wir diese Entwicklung sich in Japan bereits vollziehen. Die englische Industrie und der englische Handel haben also keine Aussicht, ihre Position auf dem Weltmarkte wesentlich zu verbessern; im Gegenteil, sie ist aufs äußerste bedroht auch durch die Konkurrenz Indiens. Der internationale Konkurrenzkampf wird trotz aller Erweiterungen des Weltmarktes immer schwieriger. Die Zeit läßt sich also absehen, wo die englische Industrie und mit ihr auch der englische Arbeiter aus der bevorrechtigten sozialen Position gedrängt werden, die sie jetzt dem Festlande gegenüber einnehmen. Dieser Einsicht verschließen sich auch die englischen Arbeiter nicht.

Wenn sich also jetzt auch noch kein Anstoß der englischen Trades-Unions an den Sozialismus vollzieht, so ist jedenfalls bereits die Erkenntnis von der Nothwendigkeit vorhanden, mit den Arbeitern der ganzen Kulturwelt gemeinsame Sache gegen

den Kapitalismus zu machen. Dieses Bestreben ist bereits so weit gekommen, daß die englische Bergarbeiter-Gewerkschaft es durchgesetzt hat, einen internationalen Kongress der Bergarbeiter alle Jahre stattfinden zu lassen, was sogar nach der Ansicht unserer deutschen Bergarbeiter des guten ein bischen zu viel ist. (Sehr richtig!)

Nun, die Exklusivität und souveräne Geringschätzung der Trades-Unions gegen die kontinentalen Arbeiter ist mehr und mehr geschwunden. Damit ist der erste Schritt getan, um in letzter Potenz der kapitalistischen Gesellschaft die Wurzeln zu legen (vehemente Zustimmung). Das wird der Gang der Entwicklung sein, wenn auch niemand im Stande ist, zu sagen, in welcher Zeit sie sich in England vollziehen wird. Diese Forderung nach Möglichkeit zu fördern, war eine unserer Hauptaufgaben auf dem Kongress in London. Leider muß ich da allerdings ausdrücken, daß wir bei denen, auf die wir bei der Ausführung dieser Pläne in England am meisten rechnen mußten, am wenigsten Unterstützung gefunden haben. Was geschah? Zunächst entstand eine gewisse Rivalität zwischen der Independent Labour Party und der Socialdemocratic Federation und zwischen diesen einzigen Organisationen einerseits und den Trades-Unions andererseits. Ihrer Wichtigkeit gegenüber den Trades-Unions suchten erstere durch eine so große Zahl von Delegierten auszugleichen, daß sie sie überstimmen konnten, und sie gingen dann in der rücksichtslosesten Weise vor, majorisierten sie, schlossen sie aus den Komitees aus und erzeugten dadurch eine Mißstimmung, die die unheilvollsten Wirkungen auf den Verlauf des Kongresses ausübte. Ja, die Sozialdemokratische Föderation stellte sogar einen Antrag, dessen Annahme den Ausschluß der englischen Trades-Unions von den künftigen internationalen Kongressen zur Folge gehabt hätte. Wenn man in den Kreisen der Genossen nicht besser einsehen, wie man den Trades-Unions gegenüber sich zu verhalten hat, dann werden wir allerdings noch länger darauf warten können, daß diese von sozialistischem Geiste erfüllt werden. Daß dieser Geist trotzdem zunimmt, kann niemand leugnen. Ich erinnere an die Resolution, die der Kongress in Norwich annahm und der eine Verwandlung der gesamten Produktionsmittel, des Grund und Bodens, der Bergwerke u. s. w. in Gemeineigentum verlangte. In Edinburgh verbanderte man durch allerlei Mittel eine nochmalige Abstimmung über diese Resolution, um eine Spaltung, die möglicherweise eingetreten wäre, zu verhindern.

Die Logik der Thatsachen selber wird im Laufe der nächsten Jahre die Trades-Unions mit sozialistischem Geiste durchdringen. Dagegen glaube ich nicht, daß die Trades-Unions eines Tages zu einer rein sozialistischen Organisation werden wird, was sie, soweit die politische Bewegungsfreiheit in Frage kommt, in keinem Lande so leicht können, wie gerade in England. Noch einmal will ich es hier aussprechen: Die gewerkschaftliche Organisation ist eine absolute Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung! Ueber das Maas der Aufgaben, die der Gewerkschaftsbewegung zufallen, mag man streiten, es kann keinen Zweifel unterliegen, daß wir die Gewerkschaften mit allen Mitteln auszubauen haben, daß jeder Arbeiter die bestimmte Verpflichtung hat, einer Organisation beizutreten. (Beifall.) Niemand aber wird es einer rein gewerkschaftlichen Organisation möglich sein, die politischen Aufgaben zu erfüllen, die für die Arbeiterklasse zu erfüllen sind. Die Tageskämpfe nehmen die Gewerkschaften so in Anspruch, die gewerkschaftlichen Führer sind mit Arbeiten so überlastet, daß sie ihre Kraft gar nicht im notwendigen Umfang den allgemeinen Aufgaben zuwenden können. Die politische Tätigkeit der Sozialdemokratie ist weiter auch eine fortgesetzte Aufklärungsarbeit. Zur Erfüllung auch dieser Aufgabe reicht die Gewerkschaftspresse nicht hin. Die Grenzlinie zwischen der Tätigkeit der Partei und der der Gewerkschaften ergibt sich also von selber.

Ich glaube nicht, daß die englischen Gewerkschaften sich als politische Partei konstituieren werden, wohl aber meine ich, daß sie bald so von sozialistischem Geiste durchdrängt sein werden, daß sie auf eine politische Organisation der Arbeiterklasse hinarbeiten und so eine Macht gewinnen werden, die sich in keinem Lande so leicht von der Arbeiterklasse erobern läßt, wie gerade in England. Den heftigen Auslassungen einiger englischer Gewerkschaftler auf dem letzten Trades-Unions-Kongress über den internationalen Kongress lege ich deshalb keine große Bedeutung bei.

Bedauerlich ist es, daß John Burns, den ich meinen Freund nannte, für die englische Arbeiterbewegung verloren ist. Seine Stellung ist ganz unmöglich geworden. Selbst sein Erscheinen auf dem internationalen Kongress war eine Unmöglichkeit. Seinen Gegensatz zum englischen Sozialismus und seinen Führern hat er dann auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er, als der Kongress geschlossen, in der ungezogensten Weise, wie ich sagen muß, über seine Beschlüsse hergezogen ist. Große Hoffnungen waren auf Burns gesetzt. Er ist ein glänzender Redner, ein geborener Organisator und im Besitze kolossaler Energie. Mehr wie jeder andere schien er der berufene Führer einer sozialistischen Partei Englands zu sein. Das ist nun vorbei. Er hat festlich immer noch den Glauben, daß erst alle anderen sozialistischen Führer abgewirtschaftet müssen und daß er dann ihr Erbe antreten wird. Ich glaube, er wird sich gewaltig täuschen, seine Stunde wird nicht mehr kommen.

Ein weiteres Moment war der dreitägige Zank mit den Anarchisten. Selbstverständlich konnte man nichts gegen die Anwesenheit solcher Männer von anarchischer Anschauung einwenden, die sich das Vertrauen ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen erworben hatten und als deren Vertreter erschienen. Darüber waren wir alle einig. Dagegen aber erschienen auf dem Kongress Vertreter rein anarchischer Organisationen, namentlich 6 Deutsche, unter ihnen der bekannte Landauer, der sich, entsprechend der durchaus friedlichen und ungefährlichen Wendung, die der Anarchismus neuerdings bei uns genommen hat, sogar zum Vertreter einer Konsum-Genossenschaft aufgeschwungen hatte. (Weiterkeit.) Wir machten den Herren in unserer Sektion bald klar, daß wir Vertreter von Konsum-Genossenschaften nicht annehmen könnten und daß nach dem bekannten Beschluß von Zürich Anarchisten als Vertreter rein anarchischer Gruppen ein für alle Mal ausgeschlossen sein sollten. Es ist unbegreiflich, wie der Kongress drei Tage seiner kostbaren Zeit mit diesen Debatten verbringen konnte, nachdem in Zürich nach zweitägiger Debatte die von Adler, Bernstein und mir eingebrachte Resolution mit kolossaler Mehrheit angenommen war, und die deutschen Anarchisten Landauer, Werner und Genossen den Kongress infolge dessen verlassen hatten. Es gehörte schon ein großes Maß von Unverschämtheit dazu, dennoch nach London zu kommen und alle Mittel zu versuchen, um Zutritt zu erhalten. Freilich, wer den Anarchismus kennt, wundert sich nicht darüber. In allen Ländern ist er nur noch eine kümmerliche Sekte, mit der sich eine Debatte nicht mehr lohnt. Denn wenn ich mit jemand gemeinsam berathen will, so muß ich mich auf einen gemeinsamen Boden stellen können und die Gewissheit haben, daß ich ihn überzeugen kann. Das kann man aber bei den Anarchisten nicht voraussehen. Nachdem sie in Deutschland die blödsinnige Agitation für die Propaganda der That ausgegeben haben, sind sie in vielen Punkten allmählich auf den Gaby herabgekommen (Weiterkeit), ein Beweis, was für Konfessionari die Herren sind. Es wäre schmachlichste Zeitvergeudung gewesen, wenn wir uns mit den Anarchisten in Debatten eingelassen hätten, die schließlich doch nur in Standesausgeartete wären. Im Verlaufe der dreitägigen Debatte verließen sogar die Engländer ihren sogenannten Gerechtigkeitsstandpunkt und bei der Formulierung der Geschäftsordnung des nächsten Kongresses wurde unter Zustimmung des gesamten Kongresses mit Ausnahme eines kleinen Theils der Franzosen der Ausschluß der Anarchisten beschlossen.

Allerdings war durch diese Verhandlungen, verbunden mit den Standesausgearteten, die aus ihnen resultierten, kostbare Zeit für die Erledigung der eigentlichen Tagesordnung des Kongresses

verloren gegangen; und nur durch die ruhigen und sachlichen Verhandlungen in den Sektionen, wo wir ohne Anarchisten arbeiteten, wurde es möglich, die Beschlüsse zu fassen.

Freilich ist die eine oder andere Resolution derart ausgefallen, daß wir Deutsche nicht für sie stimmen konnten; ich erinnere an die Erziehungsresolution, wo man sich viel zu sehr von radikalen Phrasen beherrschen ließ.

Das ist in der Hauptsache das Bild, das ich Ihnen von dem Londoner Kongress zu geben habe. Ich erinnere nur noch daran, daß beschlossen ist, den nächsten internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress 1899 in einer deutschen Stadt stattfinden zu lassen. Wir haben uns alle Schwierigkeiten, die der Abhaltung eines internationalen Kongresses in dem vollständig regierten Deutschland entgegenstehen, nach allen Seiten gründlich überlegt. Es kommt ja hinzu, daß von den Männern, die für internationale Kongresse nun einmal unentbehrlich sind, eine Anzahl sich befinden, die, besonders aus Preußen, ausgewiesen sind. Und auch die geographischen Schwierigkeiten der Reise nach dem Kongressorte innerhalb Deutschlands mußten berücksichtigt werden. (Weiterkeit.) Und es ist uns wirklich möglich gewesen, nicht nur einen, sondern mehrere deutsche Länder zu finden, in die hineinzukommen für jene Kongress-Teilnehmer möglich ist. Selbstverständlich ist die Voraussetzung, daß 1899 nicht ein ganz besonderer östlicher Wind weht und von gewisser Seite nicht ein Druck auf die betreffenden Staaten und Städteverwaltungen ausgeübt wird, daß man uns die Sache unmöglich macht. Ich glaube aber, man wird sich doch gegenüber der gesamten internationalen Welt ein wenig schämen. (Rufe: Na! Na! Weiterkeit.) Sie sehen, daß ich trotz aller bösen Erfahrungen ein unverwundlicher Optimist bin. Ich persönlich bin ja insofern besonders interessiert, als es mir, wie Sie wissen, nicht möglich sein würde, an einem Kongress in Frankreich theilzunehmen. (Weiterkeit.) Aber das sind Nebensachen. Ob der einzelne dabei sein kann oder nicht, spielt keine Rolle. Jedenfalls bin ich davon überzeugt, daß alle Genossen freudig bereit sein werden, auch unter Aufwendung großer materieller Opfer, die die deutsche Partei ja leichter wie jede andere bringen kann, dem nächsten Kongress eine würdige Stätte zu bereiten und alles zu thun, daß seine Verhandlungen einen Verlauf nehmen, mit dem wir zufrieden sein können. (Echtes Beifall und Handklatschen.) Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

(Privatbesprechungen des „Vorwärts“.)

Um 2 1/2 Uhr eröffnet Vock die Sitzung mit der Mittheilung eines Telegramms aus Großsteinheim, wonach wir bei der Wahlmänner-Abstimmung in Offenbacher Landkreise mit 28 gegen 19 Stimmen gesiegt haben. Nachdem der festhaltende Beifall sich gelegt hat, wird die Debatte über Punkt 6 (Internationaler Kongress) eröffnet.

Liebkecht: Nur einigen Mißverständnissen, die die Rede des Referenten hervorgerufen konnte, möchte ich vorbeugen. Es ist nicht ganz richtig, daß die Independent Labour Party engere Beziehungen zu den Gewerkschaften hat, als die sozialdemokratische Föderation. Gerade die letztere verpflichtet ihre Mitglieder, in den Gewerkschaften sich zu betheiligen. Prinzipielle Differenzpunkte zwischen den beiden Richtungen giebt es überhaupt nicht. Nur alte Traditionen und persönliche Dinge verhindern vorläufig noch die Einigung. Auch der Behauptung, daß den Trades-Unions bei der Vertretung in den Kommissionen Unrecht geschehen sei, kann ich nicht beipflichten. Ich habe mich auf das genaueste danach erkundigt und habe ja selbst den letzten Sitzungen des vorbereitenden Komitees beigewohnt. Dort wurde beschlossen, daß ein Trades-Unionist den Kongress eröffnen sollte. Ebenso war ihnen der richtige Prozentsatz der Vertretung in den Kommissionen gegeben. Wichtig ist, daß unter einzelnen Gewerkschaftsführern Mißstimmung über den Kongress entstanden ist. Es war anzunehmen worden, daß die Frage der Zulassung des Anarchismus gleich in der ersten Sitzung abgemacht werden sollte; es wäre auch alles nach Wunsch gegangen, wenn nicht der Vorliegende sich durch das Dazwischentreten einiger Krakeeler auf den Tribünen hätte irritiren lassen; am nächsten Tage erhielt der Streit feiliche Nahrung durch eigene Schuld unserer englischen Genossen, die nicht für genügende Vertretung in den Sektionen gesorgt hatten und sich haben überstimmen lassen. Was Bebel in bezug auf John Burns gesagt hat, ist leider richtig. Es ist unter den dortigen Genossen kein Zweifel, daß er sich vollständig an die bürgerlichen Parteien angeschlossen und für uns verloren ist. Der Artikel, den er an das vornehmste der französischen Bourgeoisblätter geschrieben hat, hat ja zu seiner vorläufigen moralischen Ausweisung aus der sozialistischen Organisation den Anstoß gegeben. Mir gegenüber hat einer der Führer unserer Genossen der Hoffnung Ausdruck gegeben, es werde möglich sein, eine Verständigung der sozialdemokratischen Föderation mit der Independent Labour Party anzubahnen und später eine vollkommene Verschmelzung. Bebel hat vollkommen recht, die Trades-Unions, die größte Arbeiterorganisation der Welt, sind auf dem Wege in das sozialistische Lager. Während des Kongresses und nachher hat die bürgerliche Presse versucht, die Trades-Unionisten gegen den Kongress auszuheulen, aber es ist ihnen nicht gelungen. Der Kongress wirkte vielleicht auf einige Führer verstimmen, auf die Masse der Trades-Unionisten wirkte die Sachlichkeit der Debatten durchaus günstig.

Noch ein Wort über den Anarchismus. Bebel hat ja schon darauf hingewiesen, daß die Anarchisten, die so ansehnlich radikal thun, in den politischen Maßnahmen so rücksichtslos sind. So ist in Frankreich Bronsse, dem wir niemals weit genug gingen, auf die Gewerkschaften gekommen und in Deutschland sind die Anarchisten jetzt zu den Schulze-Delisch'schen Genossenschaften heruntergefallen. Ein Beweis dafür, daß der Anarchismus seinen Ursprung in der bürgerlichen Gesellschaft hat, denn das Programm des heutigen Anarchismus ist das, was vor 30 Jahren von Schulze-Delisch aufgestellt wurde. Im ganzen können wir mit dem Verlauf des Kongresses zufrieden sein. Es besteht kein Zweifel, daß die beiden sozialistischen Parteien in England sich vereinigen werden und daß die Trades-Unionisten mehr als bisher in das Lager der Sozialdemokraten getrieben werden.

Grenz-Weipzig: Ich bin von einigen Genossen hier ironisch als Anarchist begrüßt worden, ohne jeden Grund. Anarchistische Anwendungen habe ich durchaus nicht, wie ich im vorhinigen versichern will. Das Recht der freien Meinungsäußerung ist gegen hier wiederholt proklamirt, und zum Beispiel von Schmidt-Windberg und Fischer in bezug auf einen Genossen, der seit fünfzig Jahren für die Partei kämpft, in der Weise von demselben Gebrauch gemacht worden, die vor einigen Jahren, als diese Genossen noch nicht solche Stellungen in der Partei bekleideten, unmöglich gewesen wäre und von der ich mich nur wundern darf, daß sie nicht beanstandet geblieben ist. (Ruf: Sehr richtig!) Von diesem Recht der freien Meinungsäußerung will ich nun auch Gebrauch machen. Ich bin nicht damit einverstanden, daß man die Anarchisten von dem internationalen Kongress ausgeschlossen hat. (Unruhe.) Bebel hat die Anarchisten als eine Handvoll Krakeeler bezeichnet. Wenn das der Fall, hätte ich auch nichts dagegen, wenn sie ausgeschlossen werden. Aber der Genosse aus Holland hat uns gefragt, daß es einigen Führern gelungen ist, einen großen Theil der organisirten Arbeiter Hollands ins anarchische Lager zu führen. Es ist also nicht bloß eine Handvoll Krakeeler. Nicht auf die sogenannten Führer kommt es mir an, sondern auf ihren Anhang. Und da ist doch wohl ein gemeinsamer Boden vorhanden. Das Proletariat theile ich in zwei Theile (Lachen). Der eine will die bestehenden Verhältnisse reformiren, der andere ihre Grundlage sofort beseitigen. Der Anhang der Anarchisten das sind Arbeiter, die da meinen, es müßte ein bißchen schärfer gehen, es geht zu langsam. Mit diesem haben wir doch den gemeinsamen Boden, daß wir gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpfen. Ich hätte es nicht

für gefährlich gehalten, wenn die Anarchisten zum Kongress zugelassen worden wären. Bindende Beschlüsse kann ein internationaler Kongress ja doch nicht fassen. Wir debattiren ja im Reichstag auch mit Wagnern. Die drei Tage, die über die Frage ihrer Zulassung debattirt worden ist, hätten besser dazu verwendet werden sollen, ihnen die richtige Meinung vom Sozialismus beizubringen. (Lachen.) Redner erklärt, daß er sich der Abstimmung in dieser Sache enthalten werde. Die Majorität der Leipziger Genossen sei mit dem Ausschluß der Anarchisten einverstanden gewesen. Er sei anderer Meinung und Schoenlant habe in der Leipziger Parteiversammlung sogar die Frage aufgeworfen, ob ein Mann mit einer solchen Ansicht einen Vertrauensposten in der Partei erhalten könne. Trotzdem sei er von den Leipziguern delegirt worden.

Schoenlant: Weder ich noch irgend einer von Ihnen wird dem Genossen Grenz das Recht bestreiten, eine eigene Meinung zu äußern. Aber der Parteitag ist nicht der Ort, sich über die Privatansichten des Vorredners zu unterhalten, nachdem die allein kompetente Stelle, eine Leipziger Volksversammlung vom 27. August mit erdrückender Mehrheit in einer Resolution die Beschlüsse des Kongresses gebilligt und das Verhalten der Anarchisten getadelt hat. Damit ist für uns die Sache erledigt und ich überlasse es Ihnen, sich selbst ein Urtheil zu bilden.

Hildebrand-Stuttgart: Wenn ich auch nur einen Augenblick die Absicht hatte, die Ausführungen des Genossen Grenz zu unterstützen, so hat mich eine Volksversammlung in Stuttgart, in der der Ober-Anarchist Landauer sprach, gründlich davon kurirt. Landauer erklärte: daß es sich für ihn nicht darum handelt, sich auf internationalen Kongressen mit den Sozialdemokraten auszu-einanderzusetzen, sondern Agitation für den Anarchismus zu betreiben. Da wir aber ernstere Dinge zu thun haben, so ist es nur zu billigen, daß der Kongress die Anarchisten ausgeschlossen hat.

Bliegen-Holland: Da wo das allgemeine Wahlrecht besteht, werden die Arbeiter von selbst vom Anarchismus zurückgehalten. Aus diesem Grunde konnte z. B. die niederländische Arbeiterbewegung nicht den Charakter annehmen wie die belgische, und nur dadurch haben bei uns die Anarchisten größeren Einfluß erlangt. Unzufriedenheit treibt, wenn man kein Mittel zur Abhilfe kennt, die Leute dem Anarchismus in die Arme. So hat die mißlungene Landarbeiterbewegung bei uns auch zum Stärkerwerden des Anarchismus beigetragen. Es ist richtig, daß der industrielle Aufschwung der siebziger Jahre in Deutschland die Arbeiterbewegung gefördert hat, und daß da, wo dieser Aufschwung fehlt, die Arbeiterbewegung zurückbleibt, daher war auch die Entwicklung der Bewegung in England eine so langsame. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß auch bei uns der Anarchismus bald verschwindet und daß man in drei Jahren nichts mehr davon weiß. Was den Vergleich mit der Bourgeoisie betrifft, mit der wir in den Parlamenten verhandeln, so darf man nicht vergessen, daß wir dort mit ihnen nicht palatzen, sondern sie bekämpfen. Im übrigen stehen uns die Anarchisten so fern wie die Bourgeoisie. Fragen Sie einen Stumm oder einen anderen von diesen allmählichen Reaktionen über den Arbeiterschnitz und Sie werden dieselbe Antwort bekommen wie von den Anarchisten.

Schöpfung: Die Anarchisten bei uns in der Banst haben offen erklärt, nach London zu gehen, um dort für sich Propaganda zu machen. Wir haben mit diesen Burschen nur eine große Portion Schereeren. Wenn wir uns auch mit ihnen einlassen wollten, so ist es ja gar nicht möglich, mit ihnen wirklich zusammen zu arbeiten, fehlt ihnen doch etwas im Oberstübchen. Durch alle mögliche Velleit sind sie verdrängt geworden, bis schließlich die allgemeine Explosion in ihrem Kopfe kam. (Weiterkeit.)

Liebkecht: Der Delegirt aus Weipzig hat den Grundsatz aufgestellt, man müsse mit den Anarchisten diskutiren, wie im Reichstag mit den anderen Parteien. Die internationalen Kongresse sind aber dazu da, die Grundlagen für die Verwirklichung der Forderungen des Proletariats aufzubauen, sie sollen keine Schwatzkranzen sein, in denen über Fragen, die für uns längst abgethan sind, leeres Stroh gedroschen wird. In einer so ernten Arbeit lassen wir uns durch eine handvoll Schreier nicht führen. Wo über Arbeiterinteressen, Arbeiterschnitz und dergl. wirklich zu reden Gelegenheit war, haben sie geschwiegen. Sie haben den Kongress nur benutzen wollen als Viehdial, von dem man sie gesehen werden wollten, da man sie wegen ihrer Kleinheit sonst nicht sieht. In die Gewerkschaften drängen sie sich überall mit ihren Proteus-Gestalten, die sie haben. Dem muß man einen Niegel vorschieben, denn sind erst einige dieser Burschen drin, dann ist es schwer, sie wieder herauszubekommen. (Sehr wahr.) Wir müssen das Recht der freien Meinung respektiren, sagt Grenz. Gewiß! Wer verhindert sie denn, ihre eigene Kongresse abzuhalten. (Sehr richtig!) Das können sie aber nicht, weil sie nichts anderes machen können, als Standal. (Beifall.)

Beurteilt-Kpolda weist die Ansichten von Grenz zurück. Der Anarchismus ist die verkörperte Selbsthilfe Schulze-Delisch's, die ins Faustrecht ausgeartet ist. Ein Vertrauensvotum für den internationalen Kongress hält Redner aber für überflüssig. Daß die Anarchisten ausgeschlossen bleiben, hält er dagegen für selbstverständlich.

Zwei Schlusstränge liegen vor. Limm für den Schluß: Die Anarchisten sind nicht soviel werth, daß wir uns mit diesen Stänkerfrisen lange aufhalten. (Weiterkeit.)

Der Schluß wird angenommen. Vener-Leipzig stellt fest, daß die Leipziger Genossen geschlossen den Ausschluß der Anarchisten billigen.

Das Schlusswort hat Bebel: Liebkecht hat mich zum theil mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, daß die Independent Labour Party den Gewerkschaften näher stehe, als die sozialdemokratische Föderation, sondern daß der größte Theil ihrer Anhänger aus den Gewerkschaften selbst hervorgegangen ist. Ich bin noch jetzt der Meinung, daß wenn man von Seiten des Bureau's in London richtig vorgegangen wäre, es unmöglich gewesen wäre, der Anarchisten wegen drei Tage zuzubringen. Nur der Züricher Beschluß konnte maßgebend sein, sonst würde der nächste Kongress wieder das Recht haben, entgegen dem Londoner Beschluß die Anarchisten zuzulassen. (Sehr richtig.) Daß Grenz kein Anarchist ist, davon bin ich überzeugt. Er hat aber eine ganz schiefe Anschauung von den Anarchisten. Für uns ist die Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft nur dazu da, um unseren Kampfboden so günstig wie möglich zu schaffen. (Beifall.) Die Anarchisten können gar keinen Kongress abhalten, es giebt ja nicht zwei Anarchisten auf der ganzen Welt, die dieselbe Grundanschauung haben. (Weiterkeit und Beifall.) Daß Grenz sich der Abstimmung enthalten will, ist sehr klug von ihm, er wäre sonst der einzige, der gegen gestimmt hätte, und man blamirt sich nicht gern. (Weiterkeit.)

Die Resolution der Parteigenossen des Kreises Weipzig-Bitterfeld:

Der Kreistag des Weipzig-Bitterfelder Wahlkreises, welcher am 18. September in Weipzig stattfand, stellt hiermit der deutschen Delegation des internationalen Kongresses in London ein Vertrauensvotum aus für die von derselben eingebrachte Resolution, welche die fernere Theilnahme der Anarchisten an sozialistischen Kongressen unmöglich macht." wird einstimmig angenommen. Damit ist Punkt 6 erledigt. Punkt 4 (Arbeiterschnitz) und 7 (Frauenagitation) werden auf Wunsch der Referenten vertagt und zu Punkt 8 (Organisation) geschritten.

Zu diesem Punkte liegt folgende Resolution vor: Nachdem durch polizeiliche Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidiums, welche durch richterliche Entscheidung in

*) Meergreis der griechischen Sage, der die Fähigkeit hatte, alle möglichen Gestalten anzunehmen.

erster Instanz befähigt worden sind, die im Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei vorgesehene Parteileitung (Vorstand und Kontrolleure) als ein politischer Verein erklärt worden ist, welcher angelehnt gegen die Bestimmungen des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes verstoßen habe und die Schließung dieses Vereins ausgesprochen worden ist, protestiert der Parteitag gegen die durch diese Maßnahme beabsichtigte Ausnahmebehandlung unserer Partei. Der Parteitag konstatiert, daß sämtliche bürgerliche Parteien in Bezug auf ihre Organisation und speziell ihre Parteileitung Einrichtungen haben, welche, wenn sie nach dem Maßstabe gemessen würden, welcher gegen unsere Parteiorganisation angewendet beliebt wurde, in viel weitgehender Weise gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, als dies bei unserer Organisation der Fall ist. In Erwägung des Umstandes, daß die erstgerichtliche Entscheidung gegen unsere Parteiorganisation noch beim Reichsgericht als letzter Instanz anhängig ist, beschließt der Parteitag, bis auf weiteres von einer Aenderung der Parteiorganisation abzusehen. Der Parteitag billigt die durch die Fraktion aus Anlaß der polizeilichen Vorläufigen Schließung des Vereins "Partei-Vorstand" getroffenen provisorischen Maßnahmen, die Einsetzung eines geschäftsführenden Ausschusses mit dem Sitz in Hamburg und die Leitung der politischen Angelegenheiten der Partei durch die Reichstags-Fraktion, und beschließt, dieses und aufgezogene Provisorium bis zur endgültigen richterlichen Entscheidung resp. bis zu dem nächsten Parteitag aufrecht zu erhalten. Zur Ausführung der Kontrolle über die Handhabung der Parteigeschäfte und als eventuelle Beschwerdeinstanz setzt der Parteitag eine Kontrollkommission ein, welche aus sieben Personen bestehen soll und ebenso wie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses auf dem Parteitag zu wählen ist."

Verichterstatter Auer: Durch die bekannten polizeilichen Maßnahmen sind wir gezwungen worden, die Organisationsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Wir waren mit der Organisation, die wir uns in Halle gegeben haben, vollständig zufrieden und hatten durchaus keine Ursache, Änderungen in unserem Organisationsstatut vorzunehmen, wenn wir nicht durch die bekannten Vorgänge dazu genötigt wären. Wir müssen freilich darauf Rücksicht nehmen, daß die erstgerichtliche Entscheidung, monoch die gesammte Parteileitung aufgelöst ist, noch beim Reichsgericht als letzter Instanz anhängig ist und daß wir noch nicht wissen, wie die endgültige Entscheidung ausfallen wird.

In Bezug auf die Organisation hat sich im Laufe der Jahre innerhalb unserer Partei eine mächtige Wandlung vollzogen; die ursprüngliche Organisation beruhte auf dem Gedanken eines einzigen großen Vereins mit einer über ganz Deutschland verbreiteten Mitgliedschaft. Deshalb war z. B. der Zutritt zu den Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins abhängig von der Beitragsleistung der Vereinsklasse des betreffenden Ortes. Wollten wir auch heute noch so verfahren und Delegierte aus Orten, die der Parteikasse gegenüber ihre Pflicht nicht erfüllt haben, nicht zulassen, so würde ich manchen hier sehen, der nicht da ist. (Heiterkeit und Zustimmung.) Natürlich können wir heute nicht zu der alten Organisation zurückgreifen, wir sind heute eine große Partei geworden, die zwar noch bestimmte Zentralaufgaben, ein Zentralorgan, eine Zentralkasse hat, die aber doch über den Rahmen eines Vereins weit hinaus gewachsen ist. Eine Reihe von Aufgaben, die früher von der Zentralkasse aus befragt wurden, sind jetzt auf die Provinzial-Parteileitungen übergegangen, die infolge dessen auch einen Teil der Beitragsleistungen bekommen. Ein gewisses Maß von Dezentralisation ist ja notwendig, aber wir sollen darüber nicht vergessen, daß wir auch gemeinsame Aufgaben haben, zu denen gemeinsame Mittel notwendig sind. Es handelt sich viel weniger darum, daß diese Mittel aufgebracht werden, sondern daß bei ihrer Aufbringung ein möglichst großer Kreis von Parteigenossen interessiert ist.

Im letzten Jahre haben nur 251 Orte Deutschlands Beiträge an die Zentralkasse geleistet, während vor Erlaß des Sozialistengesetzes viel mehr Orte an der Ausbringung von Geldern interessiert waren. Und doch wird niemand bestreiten können, daß heute die Partei eine viel größere Ausbreitung gewonnen hat! Aber das Interesse, an den allgemeinen Partei-Kosten durch einen Beitrag beteiligt zu sein, ist im Rückgang begriffen. (Sehr richtig!) Nicht darauf kommt es an, eine möglichst hohe Summe aus den einzelnen Orten herauszuschlagen, obgleich ich denen, die diese hohen Summen eingesandt haben, gewiß keinen Vorwurf machen will. (Heiterkeit.) Im Gegenteil, ich bitte Sie, den alten guten Gewohnheiten auch ferner treu zu bleiben. Ich weiß sehr wohl, daß einzelne Orte, z. B. in Schleswig-Holstein, eine Provinzial-Organisation haben, die die Beiträge gemeinsam einschickt. Wir wollen diese Organisationen nicht auflösen, wohl aber müssen wir auf die Notwendigkeit hinweisen, neben den Leistungen für die Provinzialzwecke auch Leistungen für die allgemeinen Parteizwecke anzubringen. Die Genossen dürfen ihren Gesichtskreis nicht enghen, sie müssen sich erinnern, daß es auch noch eine über ganz Deutschland verbreitete sozialdemokratische Partei giebt. In früheren Jahren wäre mir erwidert worden: Aber lieber Auer, spare Deine Worte, das wissen wir ja alles selbst. Heute hingegen ist es nötig, darauf hinzuweisen. Ich habe verglichen, was früher und was jetzt aus den einzelnen Orten eingegangen ist.

Die Heimat liegt einem ja immer am nächsten (Heiterkeit), ich spreche deshalb zunächst von Bayern. In Frankfurt ist es seinerzeit zwischen uns und einzelnen bayerischen Genossen zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, es wurde darauf hingewiesen, daß sich ein gewisser Partikularismus geltend macht, der die Partei schädigt. Im letzten Jahre haben 15 bayerische Orte Beiträge geleistet, und das ist sehr viel für ein Land, wo der agrarische Charakter so stark ausgeprägt ist und die großen Industriezentren fehlen, besonders wenn man die rigorose Anwendung des bayerischen Vereinsgesetzes berücksichtigt. Es kommt bei allen diesen Dingen viel weniger darauf an, ob es hoch oder niedrig ist, als darauf, daß die Genossen in den einzelnen Orten sich überhaupt erinnern, daß sie diese Pflicht haben. Es hat das Gefühl davon nachgelassen, daß wir eine Organisation sind, die auf Leistung und Gegenseitigkeit beruht. Das zeigt auch die Unregelmäßigkeit der Beitragsleistungen. Von 251 Orten haben nur neun mehr als sechs Mal im Jahr Beiträge geleistet; und München ist darunter ohne seine Schuld nur dadurch, daß dort ein stiller Genosse zufällig wohnt, der mit ersreulicher Pünktlichkeit fünf Mal monatlich einfindet. (Heiterkeit.)

Ich appelliere an die alten Kassaleaner, die mühselig in der Organisation waren, ob es nicht an der Zeit ist, auf die alten Traditionen wieder zurückzukommen. (Sehr richtig.) **Wärzburger** hat ja seine eigene Organisation und macht Ansprüche an die Zentralkasse nur in äußerst seltenen Fällen; aber das kann es nicht von der Pflicht entbinden, sich auch der Zentralkasse zu erinnern. Der Ueberfluß, den die Würzburger an uns abführen, ist zu gering. Er betrug im Vorjahre nur 310 M. Wir müssen neben den Fiskus- und Ueberfluß-Provinzen haben. Die badischen Genossen haben uns 4004 M. geschickt — ja auch nicht viel — aber sie haben versprochen, ihre Sache in Zukunft besser zu machen, wenn wir ihnen vorerst einen größeren Pump geben. (Heiterkeit.) Am schlimmsten ist es mit **Hessen**, das doch eine außerordentlich starke sozialdemokratische Bewegung hat. Die Industriebevölkerung des platten Landes hat uns eben heute Zeugnis abgelegt durch die Siegesdepesche — ich glaube, es liegt noch eine zweite vor aus Mainz. Aus ganz Hessen sind im ganzen 50 Mark an die Zentralkasse abgeführt worden, das ist entschieden zu wenig. Diese Beispiele genügen; also ich ersuche Sie dringend, meinen Appell zu beherzigen.

Wenn wir das bleiben wollen, was wir sind, die große sozialdemokratische Partei, die Vertreterin der Arbeiterklasse Deutschlands, dann dürfen wir in Bezug auf die zentralistische Gesinnung nicht mehr weiter zurückgehen.

Nun zum andern Theil meiner Aufgabe. **Parteigenossen!** Sie wissen aus dem Parteibericht bereits, daß uns die **A u f s t u n g** nicht unvorbereitet getroffen hat, wenn uns auch keine Mittheilung auf unterirdischem Wege gekommen ist. Wir kannten unsern Köller, wir kannten den Einfluß Stumm's und deshalb rechneten wir auf einen Schlag gegen unsere Organisation nach Schluß der Session. Ich kann offen erklären: wir waren auf ganz andere Schläge gefaßt, auf tragisches, nicht aber auf etwas, das zwar nicht Komik ist, aber doch auch nichts Ernstes. Tragisch in der ganzen Geschichte war nur der Sturz Köller's. (Heiterkeit.) Die Schritte, die wir thäten, sind Ihnen bekannt. Die politische Leitung der Partei wurde, wie es in der Praxis schon immer war, der Fraktion übertragen, die geschäftliche Führung dem Ausschuss. Das war ein Provisorium. Wir wollten nicht erst einen außerordentlichen Parteitag einberufen, weil er unter den gegebenen Verhältnissen doch nichts thun konnte. Die polizeiliche Schließung war noch nicht gerichtlich bestätigt und wir mußten als vorsichtige Leute ja selbst jetzt noch auf das Wunder rechnen, daß das Reichsgericht einen guten Tag hat und das Berliner Urtheil umstößt. (Heiterkeit.) Wir wollten auch Herrn v. Köller nicht die Freude bereiten, eine Maßnahme zu treffen, die er dahin anlegen konnte, als sei ihm ein kräftiger Schlag gegen uns gelungen. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages wurde überdies von keiner Seite in der Partei verlangt. Jetzt tritt die Frage an uns heran, was nun zu thun? Unsere provisorischen Einrichtungen haben nach jeder Hinsicht ihren Zweck voll erfüllt. Wir sind deshalb nicht in der Situation, etwas thun zu müssen, wo wir das Geld nicht übersehen können. Das Reichsgericht hat noch nicht gesprochen, deshalb ist es auch noch nicht angebracht, wesentliche und einschneidende Änderungen in der Organisation vorzunehmen und eine definitive Entscheidung zu treffen. Die Bestimmung, daß politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten dürfen, ist von allen Parteien preisgegeben und auch die Regierungen konnten sich des Eindruckes nicht verschließen. Hohelohe hat selber im Reichstag erklärt, daß sämtliche Regierungen sich verpflichtet haben, bei der ersten Gelegenheit diese Bestimmung aufzuheben. Sie wollen aber dabei ein politisches Geschäft machen, sie wollen die reaktionären Bestimmungen ihres Vereinsrechtes beibehalten, ja womöglich noch verschärfen. Wir werden vielleicht einen hohen Preis dafür bezahlen müssen (sehr richtig). Wir wissen nicht, welche neuen Hindernisse man uns in den Weg legen wird. Da wäre es ja thöricht von uns, das Provisorium, das sich bewährt hat, jetzt schon aufzugeben. Ich ersuche Sie, der Resolution, die wir Ihnen vorschlagen, zuzustimmen. Ich glaube, daß wir dadurch im Interesse der Partei handeln.

Was die Anträge zur Organisation anlangt, so ersuche ich Sie, den Antrag 24, den die Niederbarnimer wieder gestellt haben, den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten, abzulehnen. Denken Sie nur, wenn wir in diesem Jahre den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abhalten und in dieser Jahreszeit diesen Weg hier heraus hätten machen müssen, ich sage nichts mehr. (Heiterkeit.) Dieser Antrag entspringt dem Wunsche vieler Arbeiter, die sich als Delegierte wählen lassen und deshalb eine Zeit haben möchten, in der sie nicht in die Fabrik müssen. Aber darauf können wir nicht Rücksicht nehmen. Es ist auch nicht richtig, jedes Jahr neue Delegierte zu wählen. Wir brauchen Genossen, die bereits Erfahrung mitbringen, das Relais-System bei der Delegiertenwahl kann unsere Arbeiten nicht fördern. Auch den Antrag aus Berlin und Hamburg bitte ich abzulehnen, der die Kontrolleure an demselben Ort haben will wie die Parteileitung. Die Kontrolleure sind die Instanz des belebigen Parteigenossen. Daher dürfen keine stetigen persönlichen Beziehungen zwischen Kontrolleuren und Parteileitung bestehen. (Zurufe: Sollen ja auch nicht an selben Orte sein!) Das steht aber im Antrage. Das ist ja immer das Uebel, daß die Anträge nicht so niedergeschrieben werden, wie sie gemeint sind. (Heiterkeit.) Auch die anderen Anträge lehnen Sie ab; wir wollen doch jetzt an der Organisation nichts ändern. (Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet. **Mit zur Debatte** steht nur die Resolution Auer, da die Anträge 26, 27 und 28 nicht genügend unterstützt werden und Antrag 30 zurückgezogen wird. **Schmidl-München:** Die Kennerung des Verichterstatters über die Beiträge der Münchener kann den Eindruck erwecken, als wenn wir auf der Wärenhaut liegen und hinter dem Maßstab sitzen. (Heiterkeit.) Das ist nicht der Fall, wir konnten in diesem Jahre nicht mehr zahlen, weil wir und Nürnberg die Kosten der Agitation für ganz Oberbayern zu bestreiten haben und gezwungen waren, aus eigenen Mitteln die "Münchener Post" zu vergrößern. Auch die beiden großen Ausstände in diesem Jahre erforderten große Kosten, wir haben das Geld, das an die Parteikasse abgeführt werden sollte, hierfür verwenden müssen. Das alles wußte Genosse Auer, er hatte es also nicht nötig, die Münchener hier vor dem Parteitag anzuspähen.

Schleicher-Mech verweist auf die verschiedenen Wahlskämpfe und Ausstände in Elsaß-Lothringen, die es verhindert hätten, Beiträge an die Zentralkasse abzuführen. Dafür sei die Parteibewegung, zum Theil ohne Unterstützung der Parteikasse, in Elsaß-Lothringen ordentlich vorwärts gekommen, trotz der schwierigen Verhältnisse unter dem Diktaturparagrafen und den Ausnahmegeetzen. Den Köller brauchen die Elsaß-Lothringer nicht. (Heiterkeit.) Die erleben dort mehr als Köller. Die sozialdemokratischen Stimmen dort kommen von der französischen Bevölkerung.

Trautwein: Der Rassenbericht und das Referat Auer's stellen es so dar, als ob die Opferwilligkeit der Partei im Niedergang begriffen sei. Die gegnerische Presse fällt da natürlich über uns her: Ich bin aber der entgegengesetzten Meinung: Nicht erlahmt ist die Opferwilligkeit der Genossen im Lande, sondern sie hat zugenommen. Nur wird jetzt das Geld zum Theil für die Gewerkschaftsbewegung gezahlt. Vor der Opferwilligkeit der Berliner und Hamburger alle Achtung! — Aber die sind auch reich. Dort sind Referenten am Ort, dort sind die Versammlungen groß und die Unkosten geringer. Bei uns wird viel Geld in der Landagitation verpulvert. Ein wunder Punkt sind die persönlichen Differenzen an manchen Orten, die können allerdings die Opferwilligkeit der Genossen lähmen.

Röben-Hamburg: Genosse Martine hat gestern gesagt, daß es den Genossen in Schleswig-Holstein nach ihrem Organisationsstatut verboten sei, Gelder an die Zentralkasse abzuführen, so lange die Partei in der Provinz noch Geld braucht. Darin liegt ein Vorwurf gegen Altona und Ottenen, die beide Gelder an die Parteikasse gezahlt, also das Organisationsstatut übertreten haben. Schmitt entschuldigt München, daß nur deshalb keine Gelder geschickt hat, weil dort die Verhältnisse schlecht sind und ein harter Kampf mit den Gegnern geführt werden muß. Aber wo haben wir denn nicht mit Gegnern zu thun? Bei uns in Hamburg ist es doch auch nicht besser, und doch bringen wir große Summen auf. Von den Elsaß-Lothringern erwarten wir allerdings noch keine Gelder. Wir sind froh, wenn sie uns nichts kosten, und wir wären dem Genossen Schleicher dankbar, wenn er dies bewirken könnte. Ich stelle an die Opferwilligkeit der Genossen noch größere Ansprüche als Auer. Ich bin nicht einmal mit der Opferwilligkeit der Hamburger zufrieden. Die sidddeutschen Genossen, die nach Hamburg kamen, haben sich dort oft zurückgezogen und lieber eine Bierprobe gemacht, anstatt die Partei zu unterstützen. Wenn ferner Genosse Trautwein darauf hinweist, daß man jetzt für alles mögliche andere zu zahlen habe und daher nicht für die Partei sowie übrig habe, so ist das eine Konzession an den Individualismus.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Hülle-Erfurt dafür, **Boigt-Berlin** dagegen gesprochen haben, abgelehnt. **Scher-Mürnberg:** Die Darstellung des Genossen Auer bezüglich der Beitragsleistung an die Parteikasse mit seinen Spizen gegen

uns aus Süddeutschland war eine durchaus einseitige. (Sehr richtig.) Wenn er objektiv gewesen wäre, hätte er Stichproben auch aus Nord- und Mitteldeutschland machen müssen; auch da giebt es verschiedene Qualitäten in der Leistung der Beiträge. (Sehr wahr.) Ich muß den Vorwurf des Partikularismus, den er uns machte, entschieden zurückweisen. (Beifall.) Sie wissen doch, daß wir 1894 in München den Anfang einer selbständigen Organisation in Bayern gemacht haben und daß wir dafür Geld selbst brauchen. Wenn das Solidaritätsgefühl mit der ganzen Partei bei uns nicht ein so starkes wäre, dann hätten die Angriffe Auer's gegen uns auf dem Frankfurter Parteitag sehr leicht bewirken können, daß wir in Zukunft überhaupt kein Geld mehr schicken. (Lurbe.) Wir in Nürnberg haben immer regelmäßig unsere Beiträge abgeführt. Die 400 M. im September sind nur zu spät abgeschickt worden, sie waren noch für das Rechnungsjahr 1896/96 bestimmt; ich erkläre das ausdrücklich. (Beifall.)

Martille befreit Könen das Recht, zu den schleswig-holsteinischen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Das Organisationsstatut unserer Provinz verbietet uns, Gelder abzuführen, solange wir selbst noch welche brauchen. (Zuruf: Das ist richtig!) Jawohl, so ist es. Den Ausführungen Auer's in Bezug auf die Dezentralisation stimme ich bei, es müssen Vorschläge gemacht werden, wie diesem Uebelstande abgeholfen werden kann. So lange das aber nicht der Fall ist, müssen wir uns nach unserem Organisationsstatut richten. Könen hat schon wiederholt darüber Däum geschlagen. Wir haben seinem Drängen nachgegeben und werden versuchen, in anderer Weise das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu fördern und unser Organisationsstatut zu ändern. Vielleicht empfiehlt es sich, daß auch andere Orte so vorgehen und nur ihre Gelder an die Parteileitung abführen.

Bocht macht darauf aufmerksam, daß die in Aussicht genommene Sitzungszeit abgelaufen ist und läßt darüber abstimmen, ob diese Punkte der Tagesordnung heute noch erledigt werden sollen. Die Versammlung entscheidet sich dafür, noch weiter zu tagen.

Weiñhder-Hamburg wendet sich gegen die Behauptung Martille's, daß nach dem Organisationsstatut Schleswig-Holsteins alle überschüssigen Gelder nach Neumünster geschickt werden müssen. Das steht gar nicht darin.

Ein Schlußantrag, den **Hoffmann-Bielefeld** begründet, **Fischer** bekämpft, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lejche-Altona: Ich habe hier zu erklären, daß die von Martille-Hamburg aufgestellte Behauptung: "In der Provinz Schleswig-Holstein müsse jeder Wahlkreis sein Geld an den Vorort Neumünster schicken", nicht in dem Organisationsplan enthalten ist. Die selbstverständliche Thatsache der Beitragsleistung an Neumünster ergibt sich aus der Organisation von selbst, schließt aber keinesfalls aus, daß neben diesen Leistungen auch Geld nach Berlin geschickt werden kann.

Bocht: Das ist nicht persönlich. (Heiterkeit.) Zur Geschäftsordnung beschwert sich **Posselt-Niederbarnim** darüber, daß Auer in seinem Bericht die Anträge, die noch nicht die genügende Unterstützung gefunden hätten, kritisiert und so dazu beigetragen habe, daß sie jetzt ohne weiteres in die Versenkung verschwänden. (Heiterkeit.)

Im Schlußwort bemerkt **Auer:** Ich habe niemals die Forderung gestellt, keine neuen Delegierten mehr auf den Parteitag zu entsenden. Gegen derartige Unterstellungen muß ich mich verwahren. Ebenso habe ich niemandem einen Vorwurf wegen mangelnder Opferwilligkeit gemacht. Im Gegentheil, die Opferwilligkeit steigt sich progressiv. Ich habe nur von der Organisation und dem Gefühl der Zusammengehörigkeit gesprochen und den Gedanken der Zentralisation zum Ausdruck gebracht. Man sollte doch nicht offenkundige Thatsachen ins Gegenheil verkehren, um auf einen Gegner loszuschlagen, den man sich nur supponiert. Für einen Gegner, den man sich selbst zurecht macht, kann ich keine Verantwortung übernehmen. (Sehr wahr!) Es ist auch nicht richtig, daß die Beiträge jetzt weniger reichlich fließen müssen als früher, weil jetzt die Gewerkschaftsbewegung Geld erfordert. Eine Gewerkschaftsbewegung hat es vor dem Sozialistengesetz im Verhältnis gegeben wie jetzt. (Zustimmung.)

Dann noch ein Wort an den Genossen **Scherm!** Daß ich nur einige Beispiele aus Süddeutschland angeführt habe, und nicht auch aus Norddeutschland — wie es meine Absicht war — lag daran, daß ich heute plötzlich ganz unvorbereitet das Referat übernehmen mußte und die Aufstellungen nicht hier hatte. Ich gebe ausdrücklich zu, daß ganz dieselben Verhältnisse wie in Süddeutschland auch für ganze Provinzen und Länder Norddeutschlands zutreffen. Es ist also ganz falsch, von Spizen zu reden. Ich weiß ja, daß das zu seinem Verhältnis mir gegenüber gehört. Ich will es ihm auch nicht aus dem Herzen reißen, es würde ihm sonst ein Stück fehlen. (Heiterkeit.) Ich liebe Euch gerade so wie Ihr seid. (Große Heiterkeit.) Daß mein Appell auf dem Frankfurter Parteitag nicht die Ursache gewesen ist, daß die Bayern mehr gezahlt haben, da habe ich mich eben geirrt. Ich begnüge mich mit der Thatsache, daß mehr Geld geschickt ist, ich stehe auf dem bekannten Standpunkt: Wenn es nur kommt; wo es herkommt und wie, das ist mir gleich. (Große Heiterkeit.) Ich habe die Empfindung, daß es sehr angemessen war, gegen den Provinzialismus ins Feld zu ziehen, der die Partei zu überwindern droht. (Sehr gut!) Mein Parteigenosse zwang mich, so zu reden, wie ich geredet habe, ohne daß ich Sotinen und Posheiten gegen irgend jemanden bringen sollte. Martille irrt sich in Bezug auf das Organisationsstatut in der That; ich will nur konstatieren, daß 18 Orte der Provinz im abgelaufenen Jahre 5168,80 M. an die Parteikasse abgeführt haben, — damit will ich schließen und Sie nur bitten, meine Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Bocht theilt unter lebhaftem Beifall ein Telegramm mit, wonach die Genossen **Dr. David** und **Haas** mit 118 Stimmen in den hessischen Landtag gewählt sind.

Da morgen Abend ein Festkommers zu Ehren der Delegierten stattfindet, wird von 9 bis 3 Uhr mit einer halbstündigen Pause getagt werden.

Begrüßungs-Telegramme sind eingegangen von dem Deutschen Bessklub in Paris, von französischen Genossen aus Lille und von der Ungarländischen sozialdemokratischen Partei.

Schluß gegen 1/7 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend von 7^{1/2}—8^{1/2} Uhr abends statt.

Veranstaltungsberichte können mit Rücksicht auf die ausführliche Berichterstattung vom Parteitag ¹¹⁴ ganz kurz gebracht werden und Verzögerungen bei ihrer Veröffentlichung lassen sich nicht vermeiden.

Ente. Vollständige Sonntagsruhe herrscht auf den amerikanischen Bahnen nicht.

Al. 50 Pf. erhalten. Wenden Sie sich an die Buchhandlung Vorwärts.

N. 7. Die Reise wird vergütet, die Tagelöhner werden von den verschiedenen Wahlkreisen bestimmt und sind daher verschieden.

L. Würzburg. Jetzt würde die Klage aussichtslos sein. — **Forchheim.** Dafür besteht keine Frist. — **Sulkan.** An den Vertrag sind Sie gebunden und haben kein Schadenerschaftrecht. Legten Sie Werth auf eine längere Miethzeit, so hätten Sie auf eine andere Bestimmung über die Miethdauer im Vertrag dringen müssen. — **S. 12.** Mit Genehmigung der Militärbehörde: ja. — **Unvorsicht.** Sprechen Sie in nächster Woche mit den aus der früheren Klage vielleicht noch vorhandenen Papieren in der juristischen Sprechstunde vor. — **E. M. Hohenstein.** E. Leider ist der Vermieter im Recht. —

Die Ehre bei den Edellen und Bekken.

Einen höchst interessanten Beitrag, wie man selbst in den Kreisen amtierender Richter über das Duell denkt, dürfte nachstehende Gerichtsverhandlung bieten, die sich am Dienstag vor der Kieler Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsrath Noth abspielte. Der Verhandlung lag folgender Thatbestand zu Grunde: In dem von Offizieren und Studenten stark frequentirten „Vollsteiner Hotel“ zu Kiel hatten sich Anfang März einige Juristen zusammengefunden, um zu mitternächtlicher Stunde sich standesgemäß mit Hazardspiel zu unterhalten. Die altbergrachte Spielfitte soll nun von einem Mitspieler, einem Herrn v. Mallindrodt, dadurch schimpflich verlegt sein, daß er das zum Spiel umgesetzte Geld nicht offen auf dem Tisch liegen ließ, sondern etwas versenkte, d. h. in den Taschen verschwinden ließ, um so den Gewinn zu verbeden. Graf Reventlow, ein Bruder des bekannten früheren Reichsanwalts, theilte seine Wahrnehmungen am 4. März dem stud. jur. Heibelsberg mit in der Absicht, den v. Mallindrodt in flagranti beim Senken abzufassen. Dieser war Mitternacht vorüber, als Graf Reventlow den v. Mallindrodt aufforderte, die Bank zu übernehmen. v. Mallindrodt weigerte sich dazu, erklärte auch, daß er nicht mehr weiter zu spielen gedenke, worauf Graf Reventlow sämtliche Mitspieler aufforderte, anzugeben, wie viel sie gewonnen oder verloren hätten. Dem Wunsch willfährten sämtliche Spieler und v. Mallindrodt erklärte, nur 60 bis 80 M. gewonnen zu haben. Graf Reventlow hatte aber nach der Zeugnisaussage des Grafen Blohme schon bei der Erklärung des v. Mallindrodt, daß er nicht mehr weiter spielen wolle, gesagt: „Du hast wohl genug gewonnen?“ und ihn nunmehr aufgefordert, sein Geld zu zeigen, da er mindestens 400 M. haben müsse. v. M. warf sein geschlossenes Portemonnaie dem Grafen Reventlow auf den Tisch, der es jedoch zurückgab. Als später das Geld gezählt wurde, ergab sich, daß v. M. 390 M. bei sich trug, was den Grafen Reventlow zu den Worten veranlaßte: „Deine Ausfagen verstoßen schwer gegen die Wahrheit.“ v. M. suchte dagegen nachzuweisen, daß er von seinem Gelde höchstens 90 M. gewonnen hätte. Seine Ehre war demnach besetzt und sein in seinen Adern rollendes blaues Blut konnte nur durch Blut beruhigt werden. Aber was für ein Mißgeschick sollte ihn treffen! Als er am anderen Tage, nüchtern wie ein Kapuziner, Kartellträger suchte, wurde er zweimal abgewiesen. Seine Ehre konnte aber nur durch vergossenes Blut gesühnt werden, weshalb v. Mallindrodt folgendes Mittel anwandte. Am 6. März ging er wieder nach dem „Vollsteiner Hotel“, wo er den Grafen Reventlow an einem Tisch sitzen sah. Er ging hinterher heran und schlug dem Nichtsahnenden ins Gesicht. Damit hatte er, wenn auch auf unritterlicher Art, seinen Zweck erreicht, denn nunmehr schickte ihm Graf Reventlow einen Kartellträger ins Haus, um am 8. März auf dem Felde der Ehre zu erscheinen. Die Duellanten fanden sich denn auch pünktlich in Wulfsbagen bei Gethow, der Besingung des früheren Reichsanwalts Grafen Reventlow ein, um bei dreimaligem Kugelwechsel bei 30 Schritt Barriere, wobei nach dem ersten Kugelgang avanciert wurde, die standesgemäße Ehre wieder herzustellen. Beim dritten Kugelwechsel wählte eine gräßliche Kugel ihren Weg durch das hochwohlgeborene Gesicht des Herrn v. Mallindrodt und die treuen Seelen hätten allen Kummer vergessen, wenn nicht der Staatsanwalt Wind bekommen hätte. In der dazu angelegten Verhandlung glaubte Staatsanwalt Gethow, daß der Gerichtshof in Folge des inkorrekten Verfahrens jede Milde gegen v. M. fallen lassen müsse und beantragte ein Jahr drei Monate Festungshaft. Der Verteidiger hielt den Schlag ins Gesicht des Grafen Reventlow auch für inkorrekt, glaubte jedoch den Umstand, daß v. M. keine Kartellträger bekommen konnte, als Milderungsgrund anzuführen zu müssen. Graf Reventlow hat als Reserve-Offizier dem Kriegsgericht unterstanden und ist mit einer milden Strafe davon gekommen, wie der Staatsanwalt beiläufig erwähnte. Das Gericht hielt den eingeschlagenen Weg des Angeklagten für vollständig inkorrekt, denn er hätte so lange nach einem Kartellträger suchen müssen, bis er endlich einen gefunden hätte. Die Strafe sei deshalb auf 8 Monate Festungshaft festgesetzt. Damit hat Herr Landgerichtsrath Noth als Vorsitzender einer Strafkammer zugegeben, daß gewissen Ständen das Duell, das durch das Reichsgesetz verboten ist, eine unumgängliche Nothwendigkeit sei. Bekanntlich hat derselbe Landgerichtsrath kürzlich den angeklagten Vordellwirth den deshalb

mildernde Umstände zugebilligt, weil, wenn sie ihre Häuser nicht zu Zwecken strafbarer Unfittlichkeit vermietet hätten, in wirtschaftlichen Nothstand gerathen wären.

Lokales.

Die städtische Leichhalle Mohrenstr. 41 wird Montag den 19. Oktober, abends 6 Uhr, eröffnet.

Der Magistrat hat dem bei Gelegenheit der Etatsberatung von der Stadtverordneten-Versammlung gefaßten Beschlusse, den Lohn der Hilfsarbeiter bei der Straßenreinigung von 2 M. auf 2 M. 25 Pf. zu erhöhen, nunmehr seine Zustimmung erteilt.

Nach dem jetzt vorliegenden Jahresabschluss der Hauptkasse der städtischen Werke für 1. April 1895/96 gestalteten sich die Resultate der Verwaltung der Kanalisationswerke und der Rieselfelder insofern günstiger, als gegenüber dem im Etat eingeschätzten Zuschuß von 1727 526 M. ein Verbrauch von nur 1501 081,97 M. stattgefunden hat, der Zuschuß also um 226 444,03 M. geringer als angenommen war. Dagegen hatte die Verwaltung der Rieselgüter eine Minder-Einnahme von 170 529,32 M., welche indessen dadurch ausgeglichen wird, daß dieselbe auch mit einer Minderansgabe an Bewirtschaftungskosten zc. in fast gleicher Höhe abschließt.

Stadtverordnetenwahl. Bei der Erziehung der zweiten Abtheilung Gemeindevahlbezirk 8 wurde bei 402 eingeschriebenen Wählern mit 183 Stimmen der liberale Bezirksvorsteher-Stellvertreter Rentner Paul Ulrich gewählt; 4 Stimmen zersplitterten.

Die Handarbeits-Lehrerinnen der Berliner Volksschulen sind dem „Konf.“ zufolge von den städtischen Schulbehörden aufgefordert worden, einen Lehrgang in der hiesigen städtischen Webeschule durchzumachen. Dieser Lehrgang besteht aus Vorträgen mit praktischen Anweisungen über die Technik der Weberei.

Im Kampf um die Konfessionale Ordnung von 1573. Der Gemeindevorstand von St. Markus hat sich wiederholt an die städtischen Behörden mit dem Ersuchen gewandt, ihm einen hinter dem Pfarrhause belegenen Theil des Kirchplatzes als Spielplatz für die Zwecke des Oberlin-Vereins zu überlassen. Die städtische Parteideputation hat diesen Antrag in ihrer gestrigen Sitzung abgelehnt. Ebenso wurde ein Antrag der Heilands-Kirchengemeinde abgelehnt, welche verlangte, daß die Stadtgemeinde die Unterhaltung des Rasens innerhalb der Einfriedigung der Kirche im kleinen Thiergarten auf ihre Kosten übernehmen solle. Sehr verständig.

Das eigenhämliche Stück Prügelpädagogik im katholischen Waisenhause, Thurnstraße 44, über welches wir vorgestern berichteten, wird von der frommen „Germania“ auf höchst unglückliche Weise zu rechtfertigen gesucht. Das Blatt giebt, was ja auch nicht gut anders möglich, die Richtigkeit unserer Meldung zu. Nach dem Blatte ist „Bruder Paulinus“, der die Aussicht über einen der Schlösser hat und in einem neben dem Schlafsaal gelegenen Zimmer schläft, in der Nacht zum Sonntag durch einen Lärm im Schlafsaale geweckt worden. „Da die rigorosste Ordnung auf einem solchen Saale aus leicht begreiflichen pädagogischen Gründen herrschen muß, stand Bruder Paulinus auf und stellte fest, daß mehrere Zöglinge Unruhe trieben. Zwei von ihnen sah er bei der Beleuchtung der Nachtlampe noch im Bette sitzen. Natürlich vermahnten die Knaben bei der Intervention des Aufsehers sofort unter den Decken, was aber den Bruder nicht abhielt, den Delinquenten (alsobald eine derbe Züchtigung zu verabreichen.“ Weiter sucht das Blatt die That des „Bruder Paulinus“ noch wie folgt zu entschuldigen: „Aber das Maß und die Art der Züchtigung gehen bekanntlich in solchen Fällen die Ansichten des aktiven und passiven Theils stark auseinander. Striemen sind, wie aus den Gerichtsentscheidungen wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes der Lehrer hervorgeht, bei nachdrücklichen Strafen nicht zu vermeiden. Wenn der Knabe die Striemen am Arm und nicht anderswo trägt, so mag das wohl an der Art seiner Haltung liegen.“ Mit solcher Argumentation läßt sich natürlich jede Mißhandlung rechtfertigen. Ob „Bruder Paulinus“ sonderlich erbaunt ist von dem Freundschafsdienst, den die „Germania“ ihm hier geleistet hat, mag dahinstehen.

Elektrischer Betrieb auf der Wanneseebahn. Offiziös meldet die „N. Allg. Ztg.“: Das interessante Projekt, auf der Wanneseebahn probeweise den elektrischen Betrieb einzuführen, weist, trotz der Schwierigkeiten, die einem derartigen ersten Versuch im Großen naturgemäß gegenüberstehen, allmählig seiner Aus-

gestaltung und Verwirklichung entgegen. Die endgiltige Feststellung des Entwurfs für den elektrischen Betrieb hat allerdings noch nicht erfolgen können; zunächst ist, wie wir erfahren, in Aussicht genommen, täglich nur 15 Wagenzüge zwischen Berlin und Zehlendorf und zurück elektrisch zu befördern. Die Einführung dieser Betriebsart dürfte voraussichtlich in der ersten Hälfte des nächsten Jahres erfolgen.

Eine Telephonverbindung zwischen Rauen und Berlin wird seitens der Raueners Bürgererschaft angestrebt. Die dortige Stadtverordnetenversammlung hat dem Magistrat das Ersuchen unterbreitet, die geeigneten Schritte in dieser Angelegenheit zu thun. Rauen ist der einzige Berliner Vorort, der eine Fernsprechverbindung noch nicht besitzt.

„Vornehme“ Rowdies. Uns wird berichtet: Am Dienstag, nachmittags um 3 Uhr 40 Minuten, stieg ein Beamter auf dem Stettiner Bahnhofe in ein Wagenabtheil 3. Klasse für Nischtrauer ein, um nach Panlow zu fahren. In dem Abtheil saßen bereits 8 Herren, die nach ihrer Kleidung und ihrem sonstigen Aussehen den besser gestellten Ständen angehören müssen. Vier der Herren rauchten schon, während der Zug auf dem Bahnhof stand, und als er sich in Bewegung gesetzt hatte, steckten noch mehr ihre Zigarren an. In dem Nebenabtheil saßen mehrere Damen, u. a. die Gattin eines Geheimen Rechnungsrathes mit ihrem Manne, die durch den Qualm, da man sich in einem Durchgangswagen befand, stark belästigt wurden. Die Herren gingen aber noch weiter. Sie führten unflätige Reden so laut, daß man ihre Absicht merkte, die Damen zu beleidigen und einen Streit mit den anderen Männern hervorzurufen. Während der Fahrt zwischen Berlin und Panlow kam ein Schaffner in den Wagen. Dieser wurde ersucht, den Herren das Rauchen zu untersagen und ihre Namen zur Belangung wegen Beleidigung der Damen festzustellen. Die beiden Beamten, die das Ersuchen an den Schaffner stellten, wurden nun mit den größten Schimpfworten überschüttet. Der Schaffner aber that gar nichts. In Panlow angekommen, wandte sich der Geheimen Rechnungsrath sofort an den durch eine rothe Mütze gekennzeichneten diensttuenden Stationsbeamten. Da aber der letztere auch nicht sofort einschritt, konnten die Herren unbehelligt weiterfahren. Die Beschwerdeführer mußten sich, als der Zug sich wieder in Bewegung gesetzt hatte, auch noch von ihnen verhöhnen lassen. Sie haben dann das Vorkommniß in das Beschwerdebuch geschrieben.

Wie der Obdachlose endet. Im Schlafe wurde am Dienstag Abend um 7 Uhr der 42jährige aus Kottbus stammende wohnungslose Arbeiter Martin Pufcha auf dem Halter Kufenbahnhofe an der verlängerten Trebbinerstraße todtgefunden. In der Gegend liegt ein Schienenstrang, der von der Drudenmüller'schen Wagen- und Wellblechfabrik zum Transport der Erzeugnisse nach der Bahn benützt wird. Auf diesem Strang hatte sich Pufcha, den man nachmittags in angetrunkenem Zustande in jener Gegend gesehen hatte, unbemerkt zum Schlafen niedergelegt. Als nun in der Dunkelheit sechs Arbeiter von Drudenmüller eine beladene Wozny über das Geleise schoben, wurde der Schlafende überschoben und auf der Stelle getödtet.

In einem ausgedehnten Straßen-Erzech kam es Dienstag Mittag gegen 1 Uhr auf dem Kaiser Franz-Grenadier-Platz gelegentlich der jetzt stattfindenden Rekruten-Einzüchungen. Auf dem genannten Platze findet sich tagtäglich eine größere Menge rabauklüftiger halbwüchsiger Burschen ein, welche die eingezogenen Rekruten „anguullen“ pflegen und einen jeden ankommenden resp. abziehenden Transport mit lautem Johlen begrüßen. Hierbei entstand zwischen Rekruten und dem Gesindel ein Streit, der in Schlägerei ausartete und das Eingreifen von Polizei erforderlich machte. Die Rowdies setzten jedoch den wenigen anwesenden Beamten Widerstand entgegen, so daß von der nahe Wache Hilfe herbeibeordert werden mußte. Die Schulkleute zogen blank und gingen gegen die Erzechenden vor, welche durch die Dresdenerstraße nach der Prinzenstraße zurückgetrieben wurden. Eine größere Anzahl der Hauptschreier ist festgenommen und nach dem Präsidium eingeliefert. Der Platz blieb längere Zeit unter härterer polizeilicher Kontrolle.

Der nach Unterschlagung von 10 000 M. flüchtige Hausdiener Max Weglow ist von der Kriminalpolizei ergriffen und der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden. In seinem Besitz wurden nur 700 M. baar vorgefunden, und zwar ein sächsischer 500-Mark Schein und zwei bayerische 100-Mark Scheine, deren Umwechslung ihm wohl zu gefährlich erschien. 800 M. will er in Schaustokalen ausgegeben haben, über den Verbleib der fehlenden 9000 M. macht er völlig unglaubwürdige Angaben.

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Zweites Kapitel.

Der Suchende.

Es war ein warmer, schwüler Morgen, als man einen einzelnen Reiter jenen herrlichen Weg hinabreiten sah, von dessen Höhe der Wanderer zwischen Feigenbäumen, Weingärten und Olivenhainen nach und nach das bezaubernde Thal des Arno und die Thürme und Kuppeln von Florenz erblickt. Aber jener einsame Reiter theilte dieses Mal nicht die Bewunderung und das Entzücken, mit denen dieser Anblick die meisten Wanderer erfüllt, und jener Sommertag beleuchtete nicht das gewöhnliche muntere Treiben des toscanischen Lebens. Alles war still und öde und selbst das Licht der Sonne schien etwas unheimliches zu haben. Von den Hütten an der Straße waren einige verschlossen, andere standen offen, schienen aber durch ihre Bewohner verlassen zu sein. Der Pflug stand still, kein häusliches Geschäft wurde betrieben, Pferde und Menschen hatten Ruhe, aber welche Ruhe? Es lag ein schrecklicherer Fluch auf dem Lande, als der Fluch Rains. Dann und wann sah man eine einzelne Gestalt, gewöhnlich im Mönchskleide, die den erstaunten Blick auf den Wanderer warf und in irgend einer Hütte verschwand, aus der ein schwaches Sterbegeräusch hervordrang, welches ohne die Todesstille umher kaum vernehmbar gewesen wäre. Als der Reiter sich der Stadt näherte, wurde die Szene weniger einsam, aber noch unheimlicher. Man sah dichterwäldete und behangene Karren und Sänsien, in denen sich Personen befanden, die in der Flucht Rettung suchten, indem sie vergaßen, daß überall die Pest sei. Die Fuhrwerke wurden durch magere, abgefallene Pferde gezogen, die sich selbst nur mühsam einerschleppten. Bisweilen unterdrückte ein heftiger Schrei das Stillschweigen, und das Pferd des Reiters sprang erschrocken zur Seite, wenn irgend ein Unglücklicher, den die Seuche ergriffen hatte, aus diesem Trauerwagen geworfen und durch seine unheimlichen Gefährten verlassen wurde, so daß er auf dem Wege hilflos um-

kommen mußte. Dicht vor dem Thore hielt ein Karren an, und ein Mann mit einer Maske vor dem Gesicht warf dessen Inhalt in eine grüne, schlammige Pfütze am Wege. Dieses waren Kleidungsstücke aller Art und von verschiedenem Werth, der mit Gold gestickte Mantel des Reichs, der Schleier des jungen Mädchens und die Lumpen des Bettlers. Während der Reiter zufah, rannte eine Heerde Schweine, abgefallen und halb verhungert, um Nahrung zu suchen herbei, und der Reisende schauderte, wenn er daran dachte, welche Nahrung sie gesucht haben möchten. Bevor er jedoch das Thor erreichte, fielen diejenigen von den Thieren, die am lebhaftesten in dem Haufen gewählt hatten, todt unter den andern nieder.

„So! So!“ sagte der maskirte Mann, und seine hohle Stimme erkante noch hohler durch die Maske. „Kamst Du hierher, um zu sterben, Fremdling? Sieh, Dein kostbarer Mantel wird Dich vor der Pestbeule nicht schützen. Reite nur zu, reite zu! Heute magst Du noch ein Lederbissen sein für die Lippen eines Mädchens, morgen aber für Ratten und Würmer!“

Adrian, denn er war es, erwiderte nichts auf diesen häßlichen Willkommen und setzte seinen Weg fort. Das Thor stand weit offen; dieses war das abschreckendste Zeichen von allen, denn anfangs waren alle Fremde mit der größten Vorsicht ausgeschlossen worden, jetzt aber war alle Wachsamkeit, alle Sorgfalt vergebens, und dreimal waren neue Wächter auf diesem einen Posten gestorben, und die Beamten, die ihre Nachfolger zu ernennen hatten, waren ebenfalls todt. Geiz und Polizei, die Gesundheits-Kommissionen und die Sicherheitstribunale, alles hatte der Tod hinweggeräumt, und die Pest tödtete selbst die Kunst, die gesellschaftliche Verbindung und den Mechanismus der Zivilisation, als wären sie von Fleisch und Bein gewesen.

So stumm und einsam suchte der Liebende seine Geliebte, entschlossen, sie zu retten trotz aller Schrecknisse durch die heilige Hoffnung jener fetsamen Leidenschaft aufrecht erhalten, welche, wenn edel, die edelste, und wenn gemein, die gemeinste von allen Leidenschaften ist! Er kam auf einen großen Platz mit Palästen umgeben, dem gewöhn-

lichen Aufenthalt des besten und liebenswürdigsten Adels von Italien. Der Fremde befand sich jetzt allein auf diesem Platze, und der Hufschlag seines edlen Hosses ertönte ihm unheimlich in dieser öden Einsamkeit unter den Wohnungen der Menschen. Als er jetzt in eine Straße bog, sah er ein Weib mit einem Kinde in den Armen heranschleichen, während ein anderes kleines Kind sich an ihrem Rocke festhielt. Sie hielt einen großen Blumenstrauß, so wie man glaubte, das beste Mittel gegen die Ansteckung, vor die Nase und flüsterte ihren hungernden Kindern zu: „Ja, ja, Ihr sollt etwas zu essen haben!“ Sie sah sich ängstlich nach allen Seiten um, ob nicht vielleicht ein Kranker in der Nähe wäre. Adrian hielt sein Pferd an.

„Könnt Ihr mir nicht sagen,“ fragte er, „wie ich nach dem Kloster —“

„Fort! fort!“ schrie die Frau.

„Ach!“ sagte Adrian mit trübem Lächeln, „könnt Ihr nicht sehen, daß meine Nähe noch nicht gefährlich ist?“

Aber die Frau achtete nicht auf seine Worte und eilte schnell fort, doch schon nach einigen Schritten wurde sie durch das Kind aufgehalten, das sich an ihr festhielt.

„Mutter, Mutter,“ schrie es, „ich bin krank, ich kann nicht weiter!“

Die Frau blieb stehen, schob den Kermel von dem Kleide des Kindes zurück, sah die schreckliche Beule unter dem Arm und eilte mit einem lauten Schrei über den Platz. Der Schrei ertönte lange in Adrian's Ohren, obgleich er die unnatürliche Ursache desselben nicht kannte — die Mutter fürchtete nicht für ihr Kind, sondern für sich selbst! Auf die Stimme der Natur wurde in jener Leichenstadt nicht mehr geachtet, als im Grabe selbst! Adrian ritt in schnellerem Schritt weiter und kam endlich vor eine stattliche Kirche. Die Thüren waren weit geöffnet und er sah in deren Innern mehrere Mönche (die Kirche wurde durch keine anderen Andächtigen mehr besucht, und die Mönche waren maskirt) um den Altar versammelt, welche das Miserere domini sangen. Sie waren die einzigen, welche in einer Stadt, deren Bevölkerung bisher für die andächtigste in Italien galt, ohne eine fromme Versammlung den Gottesdienst verrichteten. (Fortsetzung folgt.)

Durch Messerliche wurde am Dienstag Abend um 10 Uhr der Dr. med. Heinrich Eckert aus der Al. Hamburgerstraße an der Ecke der Drankensbrunn- und der Kraundstraße lebensgefährlich verletzt. Dr. Eckert wurde von Mädchen angereden und plötzlich von Jubelnden überfallen und mit dem Messer entsetzlich zugerichtet. Der Arzt wurde ins Krankenhaus gebracht werden. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Die Angelegenheit in der Unfallstation X, über die wir gestern nach den Mitteilungen eines Reporters berichteten, wird von dem Kuratorium der Unfallstationen wie folgt dargestellt: Am 12. d. Mts., vormittags 10 Uhr 5 Minuten, hatte der dirigierende Arzt der Unfallstation X, Herr Dr. Sarfert, gerade die ärztliche Versorgung eines auf der Station befindlichen Patienten beendet, als durch die Thür zur Unfallstation hineingerufen wurde: „Es hat sich ein Mann die Pulsader geschnitten.“ Unverzählich eilte Herr Dr. Sarfert und das Hilfspersonal nach der Thür, vor welcher der Verunglückte bereits in Begleitung eines Schutzmannes aus einer Droschke gehoben wurde. Ohne den mindesten Zeitverlust und ganz selbstverständlich, ohne daß auch nur die geringste Weigerung wegen irgend einer Formalität gemacht worden wäre, wurde der Verletzte in die Station hineingetragen und ihm unverzüglich die erforderliche Hilfe geleistet resp. sofort durch Unterbindung der geschnittenen Arterienader die Lebensgefahr beseitigt. Nachdem ihm in dieser Weise das Leben gerettet und die weitere ärztliche Versorgung zu Theil geworden war, wurde er mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus übergeführt.

Der betreffende Schutzmann, namens Lampe, sowie eine Anzahl anderer einwandfreier Personen waren Augenzeuge des ganzen Vorfalles. — Verhält sich die Sache in der That so, dann muß die Art, wie das betreffende Korrespondenzbureau den Vorfall darstellte, als überaus freivol bezeichnet werden.

Neuerdings sucht ein Schwindler seine Opfer unter darlehnsuchenden Damen, auf deren Anzeigen in den Zeitungen er sich als Beamter, z. B. als Postsekretär oder Ingenieur, bezeichnet und seine Bereitwilligkeit ausdrückt, das Darlehn unter „Diskretion“ zu gewähren. Bei persönlicher Rücksprache weicht er dann geflissentlich unter irgend einem Vorwand die Zahlung des Darlehns von der Vergabe einer Summe von 20 bis 30 Mark abhängig zu machen und verschwindet auf Nimmerwiedersehen, wenn er das Geld erhalten hat.

Die Weinstraße von der Barnimstraße bis zur Hölchstraße wird wegen Umplasterung, die Wilowstraße (nördlicher Damm) von der Frobenstraße bis zur östlichen Baustraße der Bienenstraße wegen Neupflasterung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Auf dem hiesigen Neuen Jakobikirchhof in der Hermannstraße haben ruchlose Hände in vorlehter Nacht 25 Grabsteine zertrümmert und die einzelnen Stücke auf den umliegenden Wäldern zerstreut. Wahrscheinlich dieselben Wandalen haben dann in der Kaiser Friedrichstraße zahlreiche Firmenschilder heruntergerissen und verschleppt, sowie viele Schantfestscheiben zerschlagen. Bisher war es leider nicht möglich, die Täter zu ermitteln. — Der in der Wilmannsstraße wohnhafte Kutscher Siebert, welcher kürzlich im Delirium den Versuch machte, seine Geisteskräfte zu erschöpfen, ist vor einigen Tagen aus dem Krankenhaus entlassen worden. Gestern versuchte S. sich durch Gift zu tödten. Ein hinzugerufener Arzt wendete sofort Gegenmittel an und ließ den Lebensmüden nach dem Krankenhaus am Urban bringen, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Garantiefonds-Reichier, denen das Defizit der Ausstellung schwer im Magen liegt, machen den angegrinsten Versuch, dasselbe durch Verlängerung oder Fortsetzung der Ausstellung zu decken. Am Montag wurde in einer schwach besuchten Versammlung ein provisorisches Komitee gewählt, um vorbereitende Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen. Der Vorsitzende des Komitees, ein Herr Gahn, hatte am Dienstag eine Vorlesung der Interessenten einberufen, die von etwa hundert Personen besucht war. Er empfahl der Versammlung, da der Magistrat bekanntlich eine Erhaltung des Ausstellungsgeländes seiner Zustimmung versagt hat, bei demselben dahin vorstellig zu werden, daß die Bauarbeiten auf dem Ausstellungsgelände noch stehen bleiben können. In den Kreisen der Aussteller bestche der Plan, im nächsten Jahre eine deutsch-nationale Ausstellung zu veranstalten, um dadurch das Defizit der gegenwärtigen Ausstellung, welches etwa eine Million Mark betragen werde, zu decken. Der Magistrat — so hofft der Redner — werde wohl zu bewegen sein, der Erhaltung des in Extempore geschaffenen „angenehmen Erholungsortes der Berliner Bevölkerung“, der „Bildungshätte ersten Ranges“ seine Zustimmung zu geben, anstatt den „finsternen Part“ wieder herzustellen. Auch sollte ja das Ausstellungsterrain mit seinem den Gebäuden für spätere Ausstellungen dauernd erhalten bleiben. Der Redner empfahl ferner, wegen Verlängerung der Ausstellungsdauer bis zum 1. November vorstellig zu werden; es könnte dann, wenn die Eisenbahn-Verwaltung für billige Extrazüge Sorge, das Defizit noch gedeckt werden. Dieser Vorschlag fand jedoch keinen Anklang bei den Versammelten. Dagegen wurde beschlossen, den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung in einer Petition um Aufhebung des Beschlusses bezüglich Abriss der Gebäude zu bitten, da Ansicht vorhanden sei, die Ausstellung im kommenden Jahre in irgend einer Form weiterzuführen. Auch der Arbeitsausschuß soll von diesem Beschluß in Kenntniß gesetzt und eine lebhaft propagandistische für den Plan der deutsch-nationalen Ausstellung einsetzt werden. Als nunmehr eine Gesellschafung zur Deckung der Agitationskosten veranstaltet werden sollte, erhob sich ein Theil der Versammlungsbesucher und strebte eilig dem Ausgange zu. Ein Herr machte den Druckbergern begreiflich, daß es jetzt nicht angebracht sei, fortzugehen, ohne daß man für die gemeinsame Sache seinen Obolus geopfert habe. Von der Thür her wurde ihm zugerufen: „Sie haben jedenfalls noch nichts verloren; wir aber haben in der Ausstellung schon genug Geld zugeföhrt.“

Dichtung und Wahrheit. Aus den Kreisen der bei Siemens u. Halske beschäftigten Arbeiter wird uns geschrieben: In den „Offiziellen Ausstellungs-Nachrichten“ war

dieser Tage folgendes Märchen zu lesen: „Heute sendet die Firma Siemens u. Halske ihre Arbeiter in der Stärke von 7000 Personen auf die Ausstellung. Die sämtlichen Kosten für das Entree trägt die Firma, die ihren Deuten außerdem noch einen Beitrag zu ihren Verpflegungskosten bewilligt.“

Dieser erbaulichen Geschichte liegt in Wahrheit folgender Thatbestand zu Grunde: Eine Arbeiterabteilung im Charlottenburger Werk hatte angefragt, ob die Betriebsleitung nicht einen halben Tag zum Besuch der Gewerbe-Ausstellung gewähren wolle? Daraufhin ließ die Firma durch den Arbeiterausschuß bekannt geben, daß am Montag Nachmittag die Ausstellung besucht werden könne. Sie hätte mit der Ausstellungsdirektion Rücksprache genommen und erreicht, daß den Arbeitern das für diesen Tag aus 1 M. festgesetzte Entree auf 50 Pf. ermäßigt werde. Die Fabrik bleibe am Montag Nachmittag geschlossen.

Auf diese Mitteilung hin betheiligten sich einige hundert Arbeiter des Charlottenburger Werks am Besuch der Ausstellung; die übrigen Arbeiter mußten natürlich mitfeiern. Das Stadtgeschloß aber wußte von der ganzen Veranstaltung überhaupt nichts. Von einer Vergütung des den Arbeitern entgangenen Lohnes, vom Bezahlen des Eintrittsgeldes oder gar von einem Zuschuß zu den Verpflegungskosten ist bis heute überhaupt noch nicht die Rede gewesen. Aber immerhin mögen die offiziellen Ausstellungs-Nachrichten über die Absichten der Firma besser unterrichtet sein, als die Arbeiter, und diese leben daher in der frohen Hoffnung, bald die Mitteilung über die Generosität von Siemens u. Halske bestätigen zu können.

Die Verwaltung des Niesenerferrohrs hat sich jetzt ebenfalls an den Magistrat mit der Bitte gewandt, ihr zu gestatten, daß das Institut über die Dauer der Gewerbe-Ausstellung hinaus erhalten bleibe. Der Arbeitsausschuß der Gewerbe-Ausstellung hat dies Gesuch mit Rücksicht auf den wissenschaftlichen Zweck der Anlage unterstützt. Der Magistrat ist, wie wir hören, nicht abgeneigt, diesem Gesuche stattzugeben; indes sollen zunächst Erhebungen darüber angestellt werden, ob und inwiefern der Grund und Boden, worauf die Bauarbeiten des Niesenerferrohrs liegen, städtisches Eigentum ist. Es scheint nämlich ein Stück von einer Privatwiese mit hinzugezogen worden zu sein.

Das Postamt Gewerbe-Ausstellung wird vom 16. d. M. ab nur in den Stunden von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends geöffnet bleiben. Die kurze Dienstzeit ist bedingt durch den Mangel an Briefen, da auf der Post keine Belustigung stattfinden darf. Die Briefkasten auf dem Ausstellungsterrain werden am 16. d. M. beseitigt und Aufgabe der Briefe kann ab dann nur noch bei den Schalter-Briefkasten erfolgen. Ferner wird geschrieben: Bei genanntem Postamt sind in den letzten Tagen zahlreiche Briefe aus der Provinz sowohl als auch aus dem Ausland eingegangen, in welchen die Schreiber Postkarten und geschlossene Kouverts einfinden mit der Bitte, dieselben an bestimmte Adressen weiter zu befördern, in der Absicht, auf diese Weise eine Abstemplung von Briefsendungen mit dem Stempel Gewerbe-Ausstellung zu erlangen. Alle diese Gesuche müssen unbeantwortet und unberücksichtigt bleiben. Die hiesige Postverwaltung läßt sich auf derartige Sachen im Prinzip nicht ein, da unter Umständen eine solche Abstemplung als Unterstützung von Verbrechen zu betrachten ist. Es ist thatsächlich im Auslande bereits vorgekommen, daß Verbrecher sich in dieser Weise ein salfisches Bild zu verschaffen vermochten. — Au, man nich ängstlich!

Heimlich gerückt aus der Ausstellung ist die Quelle fürstlichen. Die Gesellschaft hatte am rechten Wandbezug einen eigenen Pavillon, in welchem sie die Wasser ihrer Quelle zur Ausstellung und zum Ausverkauf brachte. Vorgefunden wurde nun entdeckt, daß der gesammte Inhalt des Pavillons ausgeräumt und verschwunden war. Die Beseitigung der Ausstellungsgelände kann nur in der Nacht und zwar durch Transport auf der Spree erfolgt sein. Die eingeleitete sorgfältige Untersuchung hat ergeben, daß eine Möglichkeit, die Ausstellungsgelände in der Nacht durch die Thore hinaus zu entfernen, ausgeschlossen ist. Nun sollen Maßnahmen getroffen werden, um anderen Ausstellern derartige Tüchteleien unmöglich zu machen und speziell findet jetzt auch nachts eine fortgesetzte Kontrolle der Spree-Ufer statt.

Die Spezialausstellung „Kairo“ bleibt vorläufig geöffnet. Von Freitag an beträgt das Entree von 10 Uhr vormittags ab nur 50 Pf., Kinder unter 12 Jahren zahlen die Hälfte; dieses gilt auch für den Sonntag.

Kunst und Wissenschaft.

Die Erstaufführung des Schauspiels von Henri Ibsen's „Komödie der Liebe“ findet am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Belle-Alliance-Theater unter Regie von Julius Lutz statt.

In der am Sonntagabend im Schiller-Theater zum ersten Mal zur Aufführung kommenden Westron'schen Fosse „Der Herrliche“ ist das Komiker-Triolet Schmasow, Eysen, Steinde in erster Linie beschäftigt. In diesem Abend wird auch das einaktige Lustspiel „Münchhausen“ von Mameel Schuyter und Martin Flich mit den Damen Heindorf und Berner und den Herren Winterstein, Voigt und Dabbe zum ersten Male gegeben. — Im Bürgerkaale des Rathhauses ist Sonntag, den 18. Oktober, der zweite diesjährige Kompositionen: „Beethoven-Abend“.

Der Astronom Dr. Julius Theodor Wolff ist, 70 Jahre alt, am 11. Oktober in Bonn gestorben.

Versammlungen.

Brit. In der am vergangenen Montag stattgefundenen Versammlung des Volksbildungs-Vereins für Brit und Umgegend hielt Genosse K. Wille eine interessante Vorlesung mit Erläuterungen über „Die Entwicklung von Landgemeinden“. Hieran schloß sich eine längere Diskussion. Des ferneren seien die Parteigenossen hiesigen Orts noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlungen jetzt an jedem Montag vor dem 1. und 15. eines Monats stattfinden.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Süd-Ostschule, Wilmannsstr. 14; Hebe-Übung (Die wichtigsten technischen Grundzüge für die Kunst des öffentlichen Redens. Rede vom Aufbau eines Vortrages). Herr Heinrich Schulz — Nordschule, Wilmannsstraße 25; Gedächtnis (Mitte des 19. Jhs.). Entfaltung der Religionen. Orientalische Völker. Griechen und Römer). Herr Dr. G. Vinn.

Die Schulklassen sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 4 Uhr abends an geöffnet.

Lesen u. Diskussionsklubs. Donnerstag. 8 1/2 Uhr: bei Schröder, Wilmannsstr. 25. — Neues Zell, Wilmannsstr. 40 bei Gleich. — bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25.

Arbeiter-Vereine. Donnerstag. 8 1/2 Uhr: bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25.

Arbeiter-Vereine. Donnerstag. 8 1/2 Uhr: bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25.

Arbeiter-Vereine. Donnerstag. 8 1/2 Uhr: bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25.

Arbeiter-Vereine. Donnerstag. 8 1/2 Uhr: bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25.

Arbeiter-Vereine. Donnerstag. 8 1/2 Uhr: bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25.

Arbeiter-Vereine. Donnerstag. 8 1/2 Uhr: bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25. — Sozialistischer Leseverein bei Schradt, Wilmannsstr. 25.

Witterungsübersicht vom 14. Oktober 1896.

Stationen.	Barometer stand in mm. (reduziert auf 0.760 mm. Meereshöhe).	Witterung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0° = 4° F.).
Swinemünde	770	0910	7	Regen	12
Hamburg	770	910	5	bedeckt	11
Berlin	767	910	4	bedeckt	10
Wiesbaden	765	91	1	bedeckt	11
München	764	91	1	bedeckt	7
Wien	765	Still	—	wolkig	13
Saparanda	761	Still	—	heiter	—
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	774	910	3	halb bedeckt	5
Aberdeen	778	91	2	wolkig	7
Paris	767	91	1	Rebel	2

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. Oktober 1896.
Ziemlich warm, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit etwas Regen und stichigen östlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Graf, Stephanstraße. Ohne nähere Angabe, wo der Verein tagt, können wir Ihrem Wunsche nicht Rechnung tragen.

Zu kaufen gesucht
zu guten Preisen: ältere sozialistische Bücher und Broschüren (von Weitling, Lassalle, Marx, Engels u. a.) sowie Zeitschriften (Neue Zeit, Nordstern, Volksstaat, Vorboten, Sozialdemokrat, Zukunft u. a.) Auch einzelne Hefte u. Nummern.
S. Calvary & Co., Berlin NW., Luisenstr. 31. 5551L.

Künstl. Zühne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Heilzählung pr. Wode 1 M.

Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw. wöchentlich 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Herstellen bei Beschädigung mündlich.
Gudst, Danzigerplatz 2, Wasserstr. 12. Steglitzerstr. 71, L.

Klavier, Violoncell, bill. Jossenerstr. 41 III
Älterer gut geschulter Gesangsverein sucht Mitglieder (H. Wasse erwünscht). Zu melden alle Donnerstage bei Zubeil, Lindenstr. 106, Restauration.

Halt!
Wo gehen wir heute Abend hin? Zu Gustav Schulz nach der Wasserthorstraße 55. Da ist großes Gänse-Anschießen auf dem Billard und früh von 6 Uhr ab frische Blut- u. Leberwürst.

Möbelmöbel, spottbill. vertäuflich, 8. Tr. I. Wittbauer. 9306
Gesucht in Rixdorf: 1 einfach möbl. Zimmer für 1 Herrn m. 2 Mädchen. Off. u. G. Z., Postamt Junkerstr. 11.

Hackescher Markt 4 J. Brünn Am Stadtbahnhof Börse.
(Ecke Neue Promenade)
Zelters juridischgehe Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinwandwaren!
gelangen nunmehr zu ganz außer gewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf.

Winter-Regelbahn Montag, Mittwoch und Sonnabend zu vergeben. Frölich, Schönhauser Allee 101.
Strichmoll-Wester, Feinbr., Stockwolle zu Partierpreis. Holzmarktstr. 60, S. 1. 12r.
Endystraße 2, 927b. Vorderwohnungen 400 M., freundlich. Hofwohnungen von 198 M. an.
Zwei Vereinszimmer zu vergeben. Frölich, Schönhauser Allee 161.
Neuen Todesf. verl. sämtl. Maurer-Handwerkzeug. Frau Tschäpe, Alte Jakobstr. 67, Post 926b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 15. Oktober.
Opernhaus. Die Hochzeit des Figaro Schauspielhaus. Ein Königsdahl.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Jopf und Schwert.
Deutsches Theater. Morituri. I. Teja. II. Frischen. III. Das Geiz-Männchen.
Berliner Theater. Die offizielle Frau.

Lesing-Theater. Das Einmaleins. Theater des Westens. Jung gezeit. Neues Theater. Hochsprünge. Vorher: Opus I.
Thalia-Theater. Gebildete Menschen. Residenz-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Erlauben Sie, Madame!
Theater Unter den Linden. Der kleine Herzog. Hieraus: Die Bajadere.
Schiller-Theater. Ein Schritt vom Wege.
Gelle-Alliance-Theater. Mamsell Vieliebchen.

Zentral-Theater. Eine wilde Sache. Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann. Hieraus: Variété fremder Künstler. Zum Schluss: Pladderaudung.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Lily.
Alexandersplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.

Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.
Freitag, abends 8 Uhr: Der Garsenkrat.

Friedrich Wilhelmstadt. Theater
Chausseest. 25/26. Dir. Max Samst.
Zum ersten Male:

Tilli.
Rustspiel in 4 Akten von Francis Stahl. Regie: Der Verfasser.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Ellt.**
Sonntag Nachmittag 8 Uhr: Klassiker-Vorstellung:
Othello, der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.

Alexandersplatz-Theater.
Pikante Novität
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Aufzügen von Wilh. Friedhold.
Anfang 8 Uhr.
(Bons haben Gültigkeit.)
Sonntag Nachmittag 4 Uhr:
Schneewittchen und die sieben Zwerge.
Zaubermärchen
in 8 Bildern von Georg Zimmermann.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
Von 7 Uhr nachmitt. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.
Schaustellungen der Beduinen
5 und 7 1/2 Uhr.
Konzert v. 5 Kapellen.
Entrée 50 Pf. Kinder d. Hälfte.

Apollon-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Signor Bernardi
„Il Camaleonte“.
Mlle. Fougère
die Unübertreffliche.
Ducreux und Giraldic.
Robert Steidl. 7 Troubadours
u. f. w. u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Apollon-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Signor Bernardi
„Il Camaleonte“.
Mlle. Fougère
die Unübertreffliche.
Ducreux und Giraldic.
Robert Steidl. 7 Troubadours
u. f. w. u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Lehrst. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr
abends Vorträge mit Experimenten und
großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit.
42
wilde
Weiber
aus
Dahomey.

Castan's Panopticum
Neu! Die wunderbaren indischen Pygmäen
Neu! Ur-Australier (Kannibalen)
Neu!
Neu!

Halbe Menschen
und 20 Elite-Nummern
Kaufmann's Variété
Sensations-Programm

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, Königl. preuss. Kommissionsrath.
Gebildete Menschen.
Wiener Volkstheater in 8 Akten von Viktor Böhm.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Donnerstag, 15. Oktober 1896,
abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Nur noch kurze Zeit:
Millennium, Bilder a. Ungarn.
Ausserdem: Dir. Busch mit 1. best. dress. Freizeitsperden. Auftreten der Pariser Schulreiterin Mlle. Lorys, Wellington, russ. Dargest. ger. v. Herrn Salamonki. Herr Footitt-Burghardt, Deutschlands bester Schulreiter. Alt-Wien, Neu-Wien, gt. Divertissement. Riß Blas; sensationell d. Aufschwung zur Decke an den Jähnen. Clifton Bros, Salon-Vitrob. Spezialitäten I. Ranges.
Morgen: Millennium.

Schluss der Saison am 31. d. M.
Nur noch 17 Tage 2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Größtes Schaustück der Welt. Ca. 1000 Mitwirkende.
Ueberschreift alles bisher dagew. Von Publikum u. Presse einstimmig anerkannt.
(Lebende Photographien. Auch in Naturfarb.) Inter-
essanteste Bilder historischen Charakters u. des Ge-
sellschaftslebens in vollkommener Naturwahrheit.
Wiedergabe musikalischer und dramatischer Vor-
trage. Für alle Besucher zugleich deutlich
hörbar ohne Schläuche.
Eintrittspreis für alle Vorstellungen 50 Pf. Militäre und Kinder 25 Pf.
Vorstellungen ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
21. Unter den Linden No. 21.
Vereine erhalten Preisermässigung nach Vereinbarung.

Mehr Licht!
Weniger Petroleum!
Fast kein Zerspringen!
Keine Explosion!



Patentkugelcylinder X-Strahl

(D. R. P. Nr. 76356.)
Preisgekrönt Dresden 1896.
Überall erhältlich.

Grätzner & Winter,
Glashüttenwerke,
DEUBEN Bez. Dresden 73.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Donnerstag, den 15. Oktober:
Emil Thomas a. G.
Eduard Steinberger a. G.
Zum 25. Male:

Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungspoffe
mit Gesang und Tanz in 6 Bildern
von W. Mannstädt und J. Freund.
Musik von J. Gindshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Vogler's Casino
fr. Weitzrestaurant, Dresdenstr. 97
Im vorderen Saal:
Tyroler Concert
Entree vollständig freil!
Im ersten Theatersaal die unübertreffl.
Hamburger Sänger.
Im zweiten Theatersaal:
Variété u. Spezialitäten-Theater.
Auftreten v. Kunstkräften I. Ranges.
Aufsührung v. Poffen u. Singspielen.
Auf. Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonnt. 8 Uhr.
Billards. 4 neue Regelbahnen.
Sorgf. gepf. Biere, amer. gute Küche.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Großer Jubel herrscht über das
Neue riesengroße
Oktober-Programm.
Nur noch bis 16. Oktober:
Die uralten Milliarden!
Die egyptischen Millionen!
Die hochdramatische Schattenpantomime!
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservert 50 Pf.
Sonabend, den 17. Oktober:
Wegen Privatfestlichkeit geschlossen.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-
Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53.
City-Passage
Das Riesen-Oktoberprogramm
enthaltend 14 Sensationsnummern.
Li-Hung-Chang!
Das Neueste vom Neuen!
Margarethe Nasarowska.
Josephine von der Heilsarmee.
Miss Ara. The two Gomez.
Lotte Sieger. 3 Bollini.
Adelaide und Erich u. f. w.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
R. Winkler.

Volks-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Jeden Abend 8 Uhr.
Ein vorsichtiger Mann!
Poffe mit Gesang in 3 Bildern.
Um 9 1/2 Uhr: **Gr. Variété.**
Brothers Godart, Gabr. Kulper,
Louise Bouwmoester, die kleine holländische Pfistolenvirtuosin, und Holla Collier, Chansonette comique, Aller-
erste Kunstkräfte.
Jämmtlich neu für Berlin.
Um 10 Uhr:
Pladderadautz.
Berliner Rückblicke in Wort und Bild.
Entree 30 Pf. bis 8 Uhr.
Sonntag Anfang abends 7 Uhr.

Konzerthaus Sanssouci.
Kottbuserstr. 4a:
Heute, sowie jeden
Donnerstag und Sonntag:
Stettiner Sänger
(Kaysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Neu!
Singspieler's Tanz-Institut.
Freitag:
Viktoria-Brauerei.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich: Konzert, Theater-
Vorstellung.
Auftr. von Spezialitäten.
Rühler I. Ranges.
Karlheins Cante.
Schwanz in 1 Akt von Schmasow.
Neu! Neu! Neu!
Berliner Konfektionensen.
Buckele mit Gesang und Tanz
in 1 Akt von Gerike. Musik v. Schmidt.
Jeden Sonntag, Dienstag
u. Donnerstag nach d. Vorstellung
Tanzkränzchen.
Bereinszimmer zu vergeben jeden
Donnerstag und Freitag, außerdem
alle 14 Tage Sonntags. 1499
Wib. Marten's Vereinshaus,
Adersstr. 123.

Möbel J. Kellermann,
Neue Jakobstr. 26.

Cösliner Hof,
Obalinerstr. 8.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Entree frei.
Anfang Mittwoch 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Saal (1000 Pers.) an Vereine u. zu
Festlichkeiten zu vergeb. 2 bis 3 Regal.
Frische Würst.
Heute Donnerstag Nachm. 4 Uhr be-
rühmte Grätzner, ff. Leder- u. Pressw.
bei G. Tempel, Gr. Frankfurterstr. 16.

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Theil-
zahlung gestattet. 8786*
Frs. Müller, Alte Jakobstr. 65.
Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M.
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
in reizenden Jacquard-Mustern.
Grösse 150 x 200 cm. 4,50 M.
per Stück.
Meine illustrierte Preisliste über
hochfeine Stepp- und Schlafdecken
gratis und franko.
Steppdecken-**Emil Lefèvre,**
Fabrik
Berlin S., Oranienstr. 158.

Möbel-Verkauf
des Möbelspeichers Rosenthaler Strasse 13.
Wegen beschleunigter Vergrößerung unserer
Räumlichkeiten verkaufen wir unser Warenlager
zu noch nie dagewesenen Preisen. Das Um-
satz und für Bräutleute ist somit die einzig
rechte Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, so-
wie einzelne Stücke gebiegen und billig ein-
zukaufen. Man lasse sich nicht durch unangenehme
Anpreisungen blenden, sondern besichtige sich
die Möbel, welche man kaufen will, genau und
verleugere dieselben mit seinen nur gebotenen
Wohlsein und anerkannt billigen Preisen. Ver-
kaufe ganz durchsichtig, sowie einzelne Stücke
kaufe bedeutend billiger als jeder andere Möbel-
händler. Auch großes Lager gebrauchter und
verkaufter grosser Möbel in vorzüglichsten
Spezialitäten Kleiderstühle 18 Mark, Kuchbaum-
Kleiderstühle 20, Buchst. Kleiderstühle 26
Kammern 2, Sopha 18, Bettstühle mit Sprung-
federmatratze und Kissen 18, Spiegel 9,
Stühle 2, Kuchbaumtisch mit Stuhl 20,
Küchenschrank 20, neue, hochfeine Tisch-
schrank 100 Mark. Hochfeine Kuchbaum-
und Mahagoni-Möbel (portabil). Auch sehr
schöne Aufstellungen auf Bestellung. Kein
Abzahlungsgeschäft. Keine Lagerverpflichtung,
sondern große Möbelspeicher. Gebaute Möbel
können kostenfrei auf meinen Lagerstücken
3 Monate liegen bleiben und werden dann
durch eigene Gespanne sauber transportiert und
aufgestellt, auch noch außerhalb.

Möbel J. Kellermann,
Neue Jakobstr. 26.

Fruchtsäfte!
Himbeer-saft
Pflaumen-saft
Johannisbeersaft
} & Literflasche
1,30 M.
anerkannt vorzüglich.
Eugen Neumann & Co.
Belle Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 190. Genthinerstr. 29.
Potodam: Bäckstr. 7. Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48.

Prima frische Zander
pro Pfund 30 Pfg.
Donnerstag, Freitag und Sonnabend dieser Woche.
16 Dragonerstraße 16.
Otto Grundmann.

Achtung! Achtung!
Genossinnen und Genossen!

Am **Donnerstag**, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, in der **Norddeutschen Brauerei**, Chaussee-Str. 58, und **Dienstag**, 20. Oktober, abends 8 Uhr, in der **Bockbrauerei**, Tempelhoferberg:

Volksversammlungen.

Tagesordnung: 1. Einbringung einer Protestresolution gegen die Fassung des bürgerlichen Gesetzbuchs, die dem Reichstag eingebracht werden soll. 2. Diskussion.
 Referentinnen: Frau Emma Thier, Frau Martha Rohradt.
 Um zahlreichen Besuch dieser Versammlungen bitten
 Die Einberuferin: Frau Gerndt.

Öffentliche Versammlung

Heute, **Donnerstag**, abends 8 1/2 Uhr, in der **Berl. Ressource**, Kommandantenstr. 57.
 Tages-Ordnung: 229/6
 1. Vortrag über: **Henrik Ibsen und die Komödie der Liebe.**
 Von Julius Türk.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zu dieser Versammlung laden höflichst ein
 Paul Dupont. Franz Mehring.

Achtung! Achtung!
Metallarbeiter.

Sonnabend, den 17., **Samstag**, den 18. und **Montag**, den 19. Oktober 1896:
3 große öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen.
 Referent in allen Versammlungen ist der frühere langjährige Vertrauensmann der Metallarbeiter Deutschlands, Landtags-Abgeordneter **Martin Jęgik**.

Berlin-Zentrum, Süden und Osten
 am **Sonnabend**, 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im **Englischen Garten**, Alexanderstr. 27a.
 Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die Organisation der Unternehmerr und was lehrt uns dieselbe?“ 2. Diskussion. 113/9

Berlin-Nord
 am **Samstag**, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, im **Holberger Salon**, Kolbergerstr. 23.
 Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die Entwicklung der deutschen Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiterschaft.“ 2. Diskussion.

Berlin-Moabit und Charlottenburg
 am **Montag**, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der **Kronenbrauerei** (großer Saal), Alt-Moabit 48-49.
 Tagesordnung: 1. Vortrag über „Unternehmer- und Arbeiterverbände.“ 2. Diskussion.

Pflicht aller in der Metallindustrie Berlins beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, in diesen Versammlungen zahlreich zu erscheinen.
 Die Agitationskommission des deutschen Metallarbeiter-Vereins.

Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Schleifer, Präger u. Prägerinnen, Zulegerinnen, Formstecher, Capstrindrucker und verwandte Berufsgenossen, Arbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes Berlins!
Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, im **Schweizer Garten**, Am **Friedrichshain**:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Lohnkommission über die eingegangenen Antworten der Prinzipale. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 NB. Zellerfassung findet nicht statt. 96/5
 Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, diesen Zettel an ihre Mitarbeiter weiter zu geben, überall dafür zu agitieren, daß die Kollegen und Kolleginnen sämtlicher Anstalten in unserem Gewerbe vollständig erscheinen, denn diese Versammlung ist eine der wichtigsten, welche über vieles zu entscheiden hat. Es sage niemand, daß es auf ihn nicht ankomme, sondern jeder muß seine Pflicht thun!
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer: **H. Friedewald.**

Achtung! Achtung!
Maurer.

Donnerstag, den 15. Oktober, Abends 8 Uhr, im **Local Buske**, Grenadierstraße Nr. 33:
Öffentl. Bau-Deputirten-Sitzung.
Kollegen! Es ist dringend notwendig, daß in dieser Sitzung jeder Bau vertreten ist! Die Mißstände, die auf den Bauten herrschen, können nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn selbige aufgedeckt und der Öffentlichkeit übergeben werden; auch sind wichtige Punkte zu verhandeln, die das Beisein jedes einzelnen Deputirten erfordern.
 Die Lohnkommission der Berliner Maurer.

Achtung! Achtung!
Steinarbeiter

Berlin und Umgegend
Sonntag, den 18. Oktober, vormittags punkt 10 Uhr, Alexanderstr. 27c, im „**Englischen Garten**“.
Große Versammlung.
 Tages-Ordnung: 172/2
 1. Abrechnung vom Sommervergnügen. 2. Abrechnung des Generalfonds. 3. Unterstützungsgesuche. 4. Wahl des Vertrauensmannes, zweier Revisoren, zweier Zentral-Ausschussmitglieder und eines Generalstatistikers.
 Zu anbetrachter der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann.

Färberei und chemische Waschanstalt für Herren und Damen-Garderobe empf. allen Bekannten **W. Neumann**, NO., Gollnowstr. 25 u. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 132.

Feen-Palast, Burg- und Wolfgang-Strassen-Ecke.

Sonnabend, den 17. Oktober 1896:

Grosses

sozialdemokratisches Volks-Fest

arrangirt von den **Genossinnen Berlins und Umgegend**
 bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert

unter gütiger Mitwirkung der gemischten Chöre
Philomele und Freya I (Mitgl. d. A.-S.-B.), Dirigent **F. Koticki**.
 Theater-Aufführung:

Töchter der Arbeit
 in 1 Aufzuge von E. Preczang.

Lebende Bilder
 darstellend:
 Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Gr. Tanz.

Die Musik von Mitgliedern der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“. Dirigent: **G. Schonert**.
Anfang 7 1/2 Uhr. — Entree 25 Pf.

Billets sind zu haben:

Osten	Ottlie Daaber , Straußbergerstr. 28 u. IV.	Norden	Frau Krause , Schliemannstr. 45, IV. I.
	Frau Klossch , Köpenickerstr. 81 D. Qu. IV.		Frau Zeeger , Gerichstr. 48 im Keller.
	Frau Frohmann , Frankfurter Allee 110.		Frau Rosenkreter , Rastanien-Allee 27, I. Quergeb. III.
	Hof rechts IV.		
Süd-Osten	Frau Spring , Mariannen-Ufer 7, S. r. III.	Nord-Westen	Frau Minna Fiedler , Balliststr. 3, S. IV.
Süden	Frau Fahrwald , Rumpfenstr. 3 III.		Frau Anna Bauschke , Rathenowerstraße 97 III.
Süd-Westen	Frau Emma Scholz , Mittenwalderstr. 6, Quergebäude IV.	Nord-Osten	Frau Weich , Lychnersstr. 3 IV.

und in den Zahlstellen der Arbeiter-Bildungsschule sowie den mit Plakaten belegten Handlungen.

Das Komitee.

Freireligiöse Gemeinde.
Herbst-Vergnügen

Sonnabend, den 17. Oktober in **Hess's Festhale**, Weberstr. 17.
Vokal- und Instrumental-Konzert,
Theater-Vorstellung.

Billets sind zu haben à 25 Pf. bei den Komiteemitgliedern **Herrn Kuerbach**, NW. Waldstr. 50; **Budow**, Ränchebergerstr. 10; **G. Bohne**, Brunnenstr. 141; **Christens**, Mühlenerstr. 59a; **Jahnke**, Krautstr. 55; **Kotikow**, Rylestr. 17, außerdem an allen bekannten Biletstellen.
 9286* **Das Komitee.**

Exp.-Vorträge (populär-wissenschaftl.) für Vereine u. Gesellsch. bei mäßigen Preisen veranstaltet **Clausen**, Röntgen-Laboratorium, Naunynstr. 91. [940b

Verband der Möbelpolierer.

Sonnabend, den 17. Oktober, in **Keller's Festhale**, Köpenickerstraße 29:

XI. Stiftungsfest.

Das Konzert wird von Zivil-Berufsmusikern ausgeführt. Aufstreten der Gesellschaft **Strzelewski**. Zur Aufführung gelangt: Ein Zimmer zu vermieten oder: Für immer kurirt. — Prolog, gesprochen von **Fräulein Held**. — Feste, gehalten von **Kollege G. Neuter**. Zum Schluss: Das lebende Bild „Der Sieg der Freiheit“, ausgeführt von Mitgliedern des Verbandes unter gütiger Mitwirkung des Karthaus'schen Gesangvereins. Während der Vorstellung im Speisesaal, nach der Vorstellung in beiden Sälen **Supp.**
Anfang 8 1/2 Uhr. Billets, Damen 30 Pf., Herren 50 Pf., sind in den Zahlstellen und bei **Kircken**, Köpenickerstr. 28, zu haben.
 Mitglieder (siehe § 8 des Statuts) haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches freien Eintritt. [145/7] **Der Vorstand.**

Louisenstädtisches Konzerthaus.

Alte Jakobstr. 37.

Am **Sonntag**, den 18. Oktober dieses Jahres:
 Zur Feier des 19. Stiftungsfestes
 des **Gesangvereins Männerchor „St. Urban“** (Mitgl. d. A.-S.-B.)
Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert
 verbunden mit **Festvorstellung**, sowie Auftreten des beliebten Komitees **Herrn Dostreich** mit seinem neuesten Repertoire.
 Unter anderem gelangt zur Aufführung:
 65/3

Eine Charakterprobe in Hofmusik.

Posse in 1. Akt. Aufgeführt von Mitgliedern des Vereins.
Konzert. Musik v. d. Fr. Vereinig. d. Zivilberufsmusiker. **Tanz.** Direktion: Herr Raabe. Nach dem Konzert: **Tanz.** **Raffensöffnung** 4 Uhr. **Anfang 6 Uhr.**
Programm-Billets à 30 Pf. sind vorher zu haben bei **O. Rasche**, Zigarrengeschäft, Reichenbergerstr. 160; **Gottfr. Schulz**, Zigarrengeschäft, Kottbusser Platz; **Folgentreff**, Restaurant, Kottbusser Platz; „**Post**“, Restaur., Kottbusser Platz; **Greiner**, Restaurant, Alte Jakob- u. Oranienstr.-Ecke, und in allen bekannten Restaurants und Zigarrengeschäften, sowie abends **an der Kasse ohne Preisausschlag.**
 Allen Anwesenden einen gemüthlichen Abend versprechend, ladet zu regem Besuch ein **Das Komitee.**



Naturärztliche Vorträge,

für Männer und Frauen sehr wichtig, verständlich erklärt am künstl. Lebensgroßen, auseinandernehmbarren Menschen, von **O. Grundmann**, prakt. Naturheilkundiger, Charlottenburg. Heute, **Donnerstag**, 15. Okt., abends 8 1/2 Uhr, bei **Schönung**, Köpenickerstr. 68, über:
Magen- und Verdauungsleiden.
 Entstehung und Heilung. Entree 10 Pf.
 Jeder Vereinsvorstand sollte diese Vorträge veranstalten.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß- u. Saisisch Bier** und **gr. Speisegeschäft**. Reichhalt. Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abends à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-30 Personen. 5892L* **H. Stramm**, Restaurant, Ritterstr. 129.

H. Ebert's Festhale, 72 Kommandantenstr. 72. **Empfehle meine Säle** zu Festlichkeiten und Versammlungen u. Habe noch einige **Sonnabende** im **Oktober** und **November** frei. **Jeden Sonntag: 8 a 11.**